

Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW

Hochschule für Soziale Arbeit HSA

Master of Arts in Sozialer Arbeit mit Schwerpunkt Soziale Innovation

„Da sind diese politischen Rahmenbedingungen“

Eine Untersuchung zum sozialpolitischen Engagement
von sozialen Organisationen

Masterarbeit

Olten, im Juli 2018

Eingereicht durch:

Alexandra Wälti

Matrikelnummer: 07-531-361

Eingereicht bei:

Prof. Dr. Elisabeth Müller Fritschi

Abstract

Diese Masterarbeit stellt die Frage nach dem politischen Engagement von sozialen Organisationen. Die qualitative Untersuchung zielt darauf ab, das mehrheitlich politische Schweigen der sozialen Organisationen kritisch zu hinterfragen. Das geringe politische Engagement wird, auf den Grundlagen aktueller Fachliteratur und den Untersuchungsergebnissen, diskutiert. Konkrete politische Methoden und die vier Mandate der Profession werden erörtert. Die Ent- und Repolitisierung der Profession wird in Bezug zum aktuellen sozialpolitischen Klima und den damit verbundenen veränderten Rahmenbedingungen gesetzt. Die Ergebnisse, aus den problemzentrierten Interviews mit Führungspersonen, aus sozialen Organisationen mit unterschiedlichen Kostenträgerschaften diskutiert. Das Experteninterview, bereichert die Ergebnisdiskussion mit der relevanten Sicht des Berufsverbandes. Die Ergebnisse zeigen, dass das Bewusstsein für den politischen Auftrag unter Professionellen der Sozialen Arbeit mehrheitlich gegeben ist, sich daraus aber keine automatische Anerkennung der Zuständigkeit ableitet. Die Befürchtungen der negativen Auswirkungen einer politischen Positionierung führen unter anderem zum geringen politischen Engagement von sozialen Organisationen.

1

¹ Titel: Zitat aus der Transkription Interview B, Zeile 46

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Fragestellung der Arbeit und Relevanz für die Soziale Arbeit	2
1.2	Aufbau der Arbeit	3
1.3	Klären von Begrifflichkeiten	4
1.3.1	Definition Soziale Arbeit	4
1.3.2	Definitionen politische Sozial Arbeit und Sozialarbeitenden	5
1.3.3	Definition politisches Engagement	5
1.3.4	Definition Sozialpolitik	6
2	Grundlagenwissen Politik	7
2.1	Politsystem der Schweiz	7
2.1.1	Allgemeine Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung	7
2.2	Polity, Policy, Politics	8
2.2.1	Politikzyklus	9
2.3	Politische Akteursformen	10
3	Organisationen	11
3.1	Organisation und Institution	11
3.1.1	NPO	12
3.2	Grundlagendokumente	13
3.3	Trägerschaften der Sozialen Arbeit	13
3.3.1	Unterschied freie und staatliche Trägerschaft	14
3.4	Verbände	15
3.4.1	AvenirSocial	15
3.4.2	Anwaltschaftliche Interessenvertretung	16
3.4.3	Soziale Bewegungen	18
4	Die vier Mandate der Sozialen Arbeit	19
4.1	Tripelmandat	19
4.1.1	Politische Aufgabe der Sozialen Arbeit	19
4.1.2	Verankerungen der politischen Aufgabe	20
4.1.3	Kontrapositionen zum politisches Mandat	21
4.1.4	Zuständigkeit für die politische Aufgabe	21
4.1.5	Das vierte Mandat - Die Perspektive der Organisation	22
5	Formen des politischen Engagements	23
5.1	Politikimplementation	23
5.2	Politische Bildung	24
5.3	Politikberatung	24
5.4	Lobbyarbeit	25
5.4.1	Öffentlichkeitsarbeit	25
5.4.2	Die schwache Lobby der Sozialen Arbeit	26
5.4.3	Ethik und Lobbyarbeit	26
5.4.4	Relevanz der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit	26
6	Aktuelle Rahmenbedingungen	28
6.1	Aktuelles sozialpolitisches Klima	28

6.2	Abhängigkeitsbeziehungen	30
6.3	Entpolitisierung der Sozialen Arbeit	32
6.4	Forderungen und Ziele der Repolitisierung	33
7	Methodisches Vorgehen	37
7.1	Theoretische Sensibilisierung.....	37
7.2	Datenerhebung.....	37
7.2.1	Problemzentrierte Interviews.....	37
7.2.2	Leitfadengestütztes Experteninterview.....	39
7.2.3	Dokumentenanalyse.....	39
7.3	Sampling.....	40
7.4	Datenaufbereitung	41
7.5	Datenauswertung.....	41
8	Deskriptive Ergebnisdarstellung.....	43
8.1	Das Bewusstsein für die politische Soziale Arbeit.....	43
8.2	Konkrete Methoden	45
8.3	AvenirSocial	49
8.4	Mikropolitik.....	50
8.5	Entprofessionalisierung.....	52
8.6	Kontext des politischen Engagements.....	55
9	Ergebnisse.....	57
9.1	Diskussion und Beantwortung der Fragestellung.....	57
9.1.1	Beantwortung Unterfragestellung 1	58
9.1.2	Beantwortung Unterfragestellung 2.....	60
9.1.3	Beantwortung Unterfragestellung 3.....	61
9.1.4	Beantwortung Unterfragestellung 4.....	63
9.1.5	Beantwortung Unterfragestellung 5.....	65
9.1.6	Beantwortung Hauptfragestellung	67
9.2	Implikationen.....	68
9.3	Validierung und Limitationen	72
10	Schlusswort und Fazit.....	74
11	Literaturverzeichnis.....	76
12	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	83
Anhang	84
	Einverständniserklärung Organisationen.....	84
	Einverständniserklärung AvenirSocial	85
	Leitfaden problemzentrierte Interviews.....	86
	Leitfaden Experteninterview	88
	Transkriptionsregeln	91
	Exemplarische Transkriptionsauszüge	92
	Kodierschema.....	95
	Exemplarische Auswertungsauszüge.....	96
	Ehrenwörtliche Erklärung	99

Vorwort

Bei der Entstehung dieser Arbeit haben mich zahlreiche Personen unterstützt. An dieser Stelle gilt mein Dank:

Frau Prof. Dr. Elisabeth Müller Fritschi für die wertschätzende und motivierende Begleitung.

Frau Dr. Sigrid Haunberger für die hilfreiche Unterstützung zu Beginn des Entstehungsprozesses.

Den interviewten Personen für die wertvollen und spannenden Gespräche.

Meiner Tandempartnerin, Madeleine Laffer, als unverzichtbare Gefährtin in den vergangenen Monaten.

Meiner Familie, Freundinnen und Freunden für ihre Bestärkung und den Rückhalt in allen Bereichen.

1 Einleitung

Soziale Arbeit² und Politik - dies ist der thematische Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchung. Trotz bereits oft geführtem Diskurs über das Verhältnis zwischen den beiden Feldern, ist dieses Thema noch immer aktuell und höchst relevant für die Gesellschaft und die Profession der Sozialen Arbeit. Die Aktualität zeigt sich z.B. in der Themenwahl der ersten nationalen Fachtagung des Berufsverbands AvenirSocial vom 01. Juni 2018 „Das Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Politik“. Die Präsidentin des Verbandes, Simone Gremminger, eröffnete die Fachtagung mit der Frage: wie systemkritisch die Soziale Arbeit ist oder sein soll. Auch ausserhalb des Tätigkeitsbereichs der Sozialen Arbeit ist die Wahrnehmung für dieses spannende und vielseitige Thema vorhanden, wie der Zeitungsbericht der bzBasel vom 15. Juli 2018 zeigt. Darin wird der SP-Präsident Basel-Stadt und Mitglied des Grossen Rates, Pascal Pfister, folgendermassen zitiert: „Wir wollen, dass sich auch Armutsbetroffene engagieren können bei uns.“ Er begründet diese Aussage damit, dass die Betroffenen selbst am besten wissen wovon die Rede ist bei der Sozialpolitik (vgl. Sieber 2018: o.S.)³.

Im Januar 2017 entstand, die aktuell viel beachtete Masterarbeit von Kathrin Amann mit dem Titel „Sozialarbeitende in der Politik“. Darin werden die Politisierungsprozesse von parteipolitisch engagierten Sozialarbeitenden beleuchtet. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass bislang kaum empirische Daten zum politischen Bewusstsein und Engagement von Sozialarbeitenden vorliegen und eine Untersuchung dazu wünschenswert wäre. Im Januar 2019 werden voraussichtlich die Ergebnisse der Masterarbeit von Tobis Kindler veröffentlicht, zum Thema der „politischen Aktivitäten und der förderlichen Faktoren dafür“. Und auch die Bachelorarbeit von Helfer und Saxer von 2014, welche die politische Funktion der Sozialen Arbeit untersucht und den Schwerpunkt auf den Vergleich der Berufsfelder legt, wurde in Fachzeitschriften mehrfach aufgegriffen. Dies zeigt einerseits die immer noch vorhandene Aktualität dieses Themas auf und andererseits ist es ein Hinweis auf die Relevanz und die bestehende empirische Forschungslücke.

Die vorliegende Arbeit basiert auf der Haltung und dem Professionsverständnis der Verfasserin, welche sich stark verkürzt in folgendem Zitat, zum politischen Mandat der Sozialen Arbeit, von Kusche und Krüger (2011: 15f.), widerspiegelt:

² In der vorliegenden Arbeit wird auf die Terminologie nach Schmocker (2011) zurückgegriffen, wonach Soziale Arbeit als Oberbegriff Sozialpädagogik, Soziale Arbeit und Soziokulturelle Animation subsumiert.

³ Es wird die Wegleitung zur Gestaltung wissenschaftlicher Arbeiten an der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW (2016) angewendet.

Letztlich ist es unerheblich, ob dieses Mandat sich aus sozialrechtlichen Regelungen ergibt, gesellschaftspolitisch legitimiert oder im Wege der Selbstaneignung realisiert wird. Entscheidend ist die inhaltliche Ausgestaltung dieses Auftrags in der Wahrnehmung sozialpolitischer Verantwortung und Gestaltung.

Diese Grundhaltung ist bei der Fragestellung der Untersuchung spürbar und wird im Theorie-
teil der Arbeit weiter ausgeführt.

Die Wahl der Untersuchungsebene der Organisationen begründet sich im Interesse der Verfasserin, an den sich veränderten Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit im Zuge der neoliberalen Dynamik und den daraus resultierenden Strategien der Organisationen im Umgang damit.

Das Vorgehen zur Bearbeitung der Forschungsfrage ist ein deutendes und erklärendes. Mögliche Einflussfaktoren werden erkannt und in einen gesellschaftlichen Kontext gestellt. Das Erkenntnisinteresse der Verfasserin verankert sich unter anderem in der Suche nach inneren und äusseren Abhängigkeiten von sozialen Organisationen, welche das politische Engagement beeinflussen. Der Wunsch besteht, durch diese Arbeit und die dadurch entstandenen, zahlreichen und anregenden Diskussionen einen Anstoss zum Bewusstsein der Wichtigkeit der sichtbaren Repolitisierung der Sozialen Arbeit zu leisten. Damit ist die vorliegende Arbeit in der Wissenschaftsposition der kritischen Theorie zu verorten.

1.1 Fragestellung der Arbeit und Relevanz für die Soziale Arbeit

Mit der vorliegenden Arbeit wird das Ziel verfolgt neue Erkenntnisse zum politischen Engagement von sozialen Organisationen zu gewinnen. Dies mit der Kontextualisierung im Schweizer Politsystem, der Auftrags- und Zuständigkeitsklärung der Sozialen Arbeit, den konkreten Möglichkeiten zur Einflussnahme und der Einbettung in den sich verändernden Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit.

Im Vordergrund dieser Untersuchung stehen soziale Organisationen mit Sozialarbeitenden als Führungskräfte, sowie der Berufsverband AvenirSocial in seiner politischen Funktion. Als Antrieb für diese Masterarbeit dient der Verfasserin die befürchtete und erschreckende Tendenz der Anpassung der Sozialen Arbeit an neoliberale Anforderungen (vgl. Seithe 2012: 18).

Es wird die Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung der Lesenden dieser Arbeit angestrebt, für das Thema der Verantwortung der Sozialen Arbeit zur Skandalisierung von gesellschaftlichen Missständen, durch ihr Expertenwissen zu Problemlagen von Klientinnen und

Klienten. Im Sinne von Stocker (2010: 20): „Wer aufmerksam macht, dass es Ungerechtigkeit und Elende gibt, ist politisch; nicht parteipolitisch, aber gesellschaftspolitisch.“

Die Fragestellung und die Unterfragestellungen der vorliegenden Arbeit lauten:

- **Wie sieht das politische Engagement von sozialen Organisationen aus?**
- Inwiefern ist das Bewusstsein für den politischen Auftrag der Sozialen Arbeit vorhanden und wem wird dieser Auftrag von den sozialen Organisationen zugeschrieben?
- Inwiefern sind Veränderungen der Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit in den sozialen Organisationen spürbar?
- Welche konkreten Methoden des politischen Engagements werden in sozialen Organisationen angewendet?
- Wie wird das politische Engagement von sozialen Organisationen durch die Kostenträgerträgerschaft beeinflusst?
- Wo liegt die organisationsinterne Zuständigkeit für das politische Engagement?

Die Unterfragestellungen machen deutlich, dass das Erkenntnisinteresse auf mehreren Zugängen erschlossen wird. Sowohl auf der Ermittlung der persönlichen Haltung der Führungskräfte gegenüber dem politischen Auftrag, sowie ihrer Wahrnehmungen zum aktuellen politischen Klima, in dem Soziale Arbeit stattfindet. Des Weiteren liegt das Forschungsinteresse in den konkreten Methoden des politischen Engagements von sozialen Organisationen. Auf den möglichen Einflussfaktor der Kostenträgerschaft wird ein besonderer Fokus gelegt. Ebenso wird die Verortung der organisationsinternen Zuständigkeit als zielführend, zur Beantwortung der Fragestellung erachtet.

1.2 Aufbau der Arbeit

Nach der Herleitung der Fragestellung folgt die Klärung wichtiger Begrifflichkeiten für ein besseres Verständnis der vorliegenden Arbeit. Im Kapitel 2 werden die erarbeiteten Grundlagen zum Politsystem als allgemeine Ausgangslage beschrieben. Darauf folgt im Kapitel 3 die Fokussierung auf das Schwerpunktthema „Organisation“ im Kontext der Sozialen Arbeit. Es werden unter anderem die Träger- und Verbandsstrukturen beleuchtet. Im darauffolgenden Kapitel 4 wird auf die vier Mandate der Profession eingegangen und somit ein Teilaspekt der Ausgangslage, für die Annahmen der vorliegenden qualitativen Untersuchung, geschaffen. Die vier Dimensionen nach Rieger (2013), als Orientierungspunkt konkreter Methoden für ein politisches Engagement von Sozialarbeitenden finden im Kapitel 5 ihren Platz. Die wichtige fachliche Rahmung der vorliegenden Untersuchung erfolgt in Kapitel 6. Dadurch

wird unter anderem der Verstehungsrahmen für die Ergebnisse geschaffen und die Ausgangslage vertieft. Das methodische Vorgehen wird in Kapitel 7 dargelegt. Es wird die Wahl der Datenerhebungsmethoden, sowie der Auswertung methodisch begründet. Die Schwerpunkte der Arbeit, nämlich die deskriptive Beschreibung der Ergebnisse und die zusammenfassende Diskussion befinden sich in Kapitel 8 und 9 der Arbeit. Die Implikationen für Forschung und Praxis werden daraus abgeleitet (Kapitel 9.2) und die Limitationen der Untersuchung aufgezeigt (Kapitel 9.3). Die Arbeit schließt mit dem Kapitel 10, dem Fazit und Schlusswort der Verfasserin.

1.3 Klären von Begrifflichkeiten

Nachfolgend werden zentrale Begriffe der vorliegenden Arbeit für ein besseres Leseverständnis definiert.

1.3.1 Definition Soziale Arbeit

Der vorliegenden Arbeit liegt die Definition von Sozialer Arbeit der IFSW (International Federation of Social Workers) zu Grunde (IFSW 2006: o.S.):

Die Profession Soziale Arbeit fördert den sozialen Wandel, Problemlösungen in menschlichen Beziehungen sowie die Ermächtigung und Befreiung von Menschen, um ihr Wohlbefinden zu heben. Unter Nutzung von Theorien menschlichen Verhaltens und sozialer Systeme vermittelt Soziale Arbeit am Punkt, wo Menschen und ihre sozialen Umfelder aufeinander einwirken. Dabei sind die Prinzipien der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit für die Soziale Arbeit fundamental.

Dabei ist es wichtig festzuhalten, dass keine Definition als vollständig betrachtet werden kann und die Betonung auf der dynamischen und Entwicklung fördernden Seite der Sozialen Arbeit liegt (vgl. IFSW 2006: o.S.).

In den Ausführungen zur Definition von Sozialer Arbeit der IFSW von 2000 sind diverse implizite und explizite Hinweise auf das politische Mandat der Sozialen Arbeit zu erkennen. So wird die Einmischung Sozialer Arbeit, nicht nur auf die Individuen bezogenen Vorgehensweisen erwähnt, sondern auch die Beteiligung am sozialpolitischen Diskurs als relevant erklärt. Es wird eine Verpflichtung zu sozialen und politischen Aktionen, welche zur Weiterentwicklung der sozialen Gesetzgebung beiträgt, klar benannt (vgl. IFSW 2006: o.S.).

Wird diese internationale Definition Sozialer Arbeit, welche auf dem Postulat der Menschenrechte basiert, ernst genommen, können Fachkräfte und Organisationen der Sozialen Arbeit

sich nicht auf eine Position professioneller Neutralität oder Indifferenz zurückziehen (vgl. Benz/Rieger 2015: 101).

1.3.2 Definitionen politische Sozial Arbeit und Sozialarbeitenden

Stark (2007: 70) versteht unter politischer Sozialer Arbeit eine Profession, „(...) die bei der Analyse von Ursachen sozialer Probleme und deren Verhinderung bzw. Bewältigung ihr Augenmerk auf strukturelle, gesellschaftlich bedingte Faktoren legt, diese öffentlich macht und diesen genannten Auftrag als Erfüllung eines von mehreren Kernaufträgen professionellen sozialarbeiterischen Handelns betrachtet“.

Unter „politischen Sozialarbeitenden“ sind Fachpersonen zu verstehen, „(...) die sich nicht zum Objekt herrschender Verhältnisse machen lassen, sondern als Subjekt versuchen, auf gesellschaftspolitische Verhältnisse, die die Problemlagen ihrer Klientel mitbedingen, Einfluss zu nehmen und Sozialpolitik mitzugestalten“ (Stark 2007: 73).

1.3.3 Definition politisches Engagement

Eine einheitliche Definition von politischem Engagement ist in der Literatur nicht zu finden (vgl. Rudolf/Zeller 2001: 207). Meist wird die Einflussnahme auf Entwicklungen (vgl. Langer 2014: 98) und das Schaffen von Rahmenbedingungen, welche das Zusammenleben der Gesellschaft prägen (vgl. Burri 2008: 3) betont. Die weitgefaste Definition von Stark (2007: 70), der unter politischer Handlung jede Aktivität „(...) die eine positive Veränderung von Gesellschaftsstrukturen, die soziale Problem bedingen, anstrebt: z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Kritik an repressiven Gesetzen, etc.“ versteht, vereint die beiden Merkmale.

Unter politischem Engagement wird also die Ausrichtung auf die Mitwirkung bei der Gestaltung der Politik verstanden, was die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Lebensgestaltung in der Gesellschaft mit sich zieht (vgl. Rudolf/Zeller 2001: 211).

Als Vorstufe, respektive als Grundlage, von politischem Engagement ist das politische Interesse zu verstehen (vgl. ebd.: 209). Dieses ist, wie die Forschungsergebnisse der Studie „Die politische Funktion der Sozialen Arbeit“ von Helfer und Saxer (2014a) zeigen, dass das Interesse unter Sozialarbeitenden gegeben ist. Diese Ergebnisse dienen der vorliegenden Arbeit als Ausgangspunkt für die Forschung. Die Verfasserin geht bei den Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern von einem grundlegenden Verständnis des Schweizer Politsystems und ihrem politischen Interessen aus.

Rudolf und Zeller (2001: 207f.) formulieren, in ihrer empirischen Wirkungsstudie zur politischen Bildung, relevante Indikatoren zur Erfassung des politischen Engagements auf folgenden drei Ebenen:

Als Indikatoren für ein politisches Engagement im weitesten Sinne können die Teilnahme an Wahlen, das Verfassen von Leserbriefen, Geldspenden an eine politische Organisation, usw. verstanden werden. Im engeren Sinn werden Indikatoren wie beispielsweise die Mitgliedschaft in einer politischen Partei oder einem Verband verstanden. Und als „harte“ Faktoren für das politische Engagement im engsten Sinn, dem „politisch aktiv sein“, verstehen Rudolf und Zeller (2001: 208) die Übernahme eines politischen Amtes in einer Partei oder eines öffentlichen Mandates, die Mitarbeit in einer politischen Partei, Verband, etc.

1.3.4 Definition Sozialpolitik

In der vorliegenden Arbeit geht es mehrheitlich um Sozialpolitik, ein Teilsystem der Politik, in der Schweiz. Die Sozialpolitik umfasst im weitesten Sinne alle staatlichen geregelten sozialen Massnahmen und hat die Gewährleistung von sozialer Sicherheit durch das Beheben, respektive Mindern von sozialen Missständen zur Aufgabe (vgl. Burri 2008: 4). „Die Sozialpolitik entwickelt und lenkt Handlungsbereiche, die primär das Ziel der Sicherung der Menschen vor generellen Lebensrisiken dienen, ferner dem Ziel, Notlagen zu vermeiden und abzuwenden und schliesslich Menschen bei ihrer gesellschaftlichen Integration zu fördern.“ (Nikles 2008: 19)

Sozialpolitik ausschliesslich als organisierter und institutionalisierter Teil der sozialen Sicherungsstruktur zu verstehen greift zu kurz. Sie beinhaltet die politische Diskussion über die Verantwortung zur sozialen Solidarität und spielt sich im Bereich der Lebenswelten ab (vgl. Lorenz 2006: 265). Politische Leitvorstellungen und Zuständigkeiten werden im Rahmen der Sozialpolitik auf verschiedenen Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinde) zum Gegenstand von Aushandlungsprozessen unter beteiligten Akteurinnen und Akteuren. Dies bedeutet fortwährende Kompromissbildung zwischen Interessensgruppen wie z.B. Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden. Damit wird ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in modernen Gesellschaften, vor dem Hintergrund latenter sozialer Risiken, geleistet. Sozialpolitik kann somit mit präventiver Wirkung begründet werden (vgl. Backhaus-Maul 2014: 108f.).

2 Grundlagenwissen Politik

Dieses Kapitel dient der grundlegenden Einbettung der vorliegenden Arbeit in das Politsystem der Schweiz und zeigt gängige Modelle zur Analyse auf. Die ausgewählten Aspekte sind nach Meinung der Verfasserin relevant für das allgemeine Verständnis von politischen Prozessen und der damit verbundenen Chance zielführende Möglichkeiten des politischen Engagements zu erkennen.

2.1 Politsystem der Schweiz

Eine detaillierte Ausführung zum Politsystem der Schweiz würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen und wäre nicht zielführend. Im Folgenden werden einige für die Untersuchung relevante Punkte des Systems für ein besseres Verständnis aufgeführt.

Die möglichen Wege der politischen Einflussnahme sind durch zwei Besonderheiten des Schweizer Politsystems, der direkten Demokratie und der Konkordanz, geprägt. Die Mehrebenen-Demokratie, mit der Verteilung der Macht auf nationaler (Bund), kantonaler (Kantone) und kommunaler (Gemeinde-) Ebene und der Schweiz spezifische Föderalismus, mit der Übertragung der Verantwortung und Kompetenzen auf die kleinste Struktur, müssen beim politischen Engagement von Organisationen berücksichtigt werden (vgl. Uebelhart 2011: 230). Die Sozialpolitik findet auf allen drei Ebenen statt. Das föderale System führt teilweise zu Unklarheiten bei Zuständigkeiten und finanziellen Verpflichtungen (vgl. Knöpfel 2018: o.S.). Das Stimm-, Wahl- und Referendumsrecht der Bürgerinnen und Bürger, sowie das Konkordanz-Prinzip haben einen Einfluss auf die Möglichkeiten des politischen Engagements von sozialen Organisationen. Das Konkordanz-Prinzip setzt voraus, dass sich alle relevanten Interessensgruppen einbringen, neben Parteien, auch Verbände, usw. Was die Möglichkeit der Einflussnahme von NPO stärkt. Das Herausarbeiten von mehrheitsfähigen Vorlagen aus der Vielzahl unterschiedlicher Ansätzen ist anschliessend Aufgabe der Politik (vgl. Wirz 2009: 43).

2.1.1 Allgemeine Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung

Beuchat (2018: 42) sieht breit gefächerte Möglichkeiten sich politisch zu engagieren. In klassischen Strukturen wie z.B. politischen Parteien, Lancierung einer Volksinitiative oder eines Referendums oder die Mitgliedschaft in Berufsverbänden und Gewerkschaften, sowie die Teilnahme an Kundgebungen und Veranstaltungen. Nach Vatter (2014: 179) sind die vier wesentlichen Kanäle der Mitwirkungsfunktion im Schweizerpolitsystem, die Teilnahme an

Expertenkommissionen sowie an Vernehmlassungsverfahren, das Lobbying im Parlament und über Abstimmungskampagnen.

Vernehmlassungsverfahren, also die Prüfung eines Vorhabens des Bundes auf die sachliche Richtigkeit, Vollzugstauglichkeit und Akzeptanz, stehen interessierten Kreisen, Gruppierungen und allen Verbänden offen. So ist es auch für den Berufsverband AvenirSocial, NPO sowie einzelnen Professionellen möglich, sich in diese Verfahren einzubringen. Des Weiteren können NPO ihr spezifisches Fachwissen in die ausserparlamentarischen Kommissionen einbringen, welche den Bundesrat und die Bundesverwaltung beraten. Auch in parlamentarischen Kommissionen werden oft NPO eingeladen, zum besseren Sachverständnis. (vgl. Wirz 2009: 42f.).

2.2 Polity, Policy, Politics

Als konzeptionelle Untergliederung und zur Erfassung der Mehrdimensionalität von Politik haben sich folgende drei Begriffe eingebürgert (vgl. Uebelhart 2011: 230f.):

Polity: Durch das weit verzweigte Institutionensystem von Parteien, Verbänden, Parlament, etc. wird die politische Willensbildung kanalisiert, der Handlungsspielraum abgesteckt und der Inhalt und Verlauf der Politik bestimmt. Grundlegende formelle und informelle Verfahrensregelungen der relevanten Fachpolitik, auch Aufgabenteilung zwischen öffentlichen und freien Trägerschaften (vgl. Güntner/Langer 2014: 241)

Policy: Gegenstand ist die Politik „für die Menschen“ und die damit verbundene Problemerkennung und -bearbeitung. Es geht um die Frage wie gesellschaftliche Probleme gelöst und bearbeitet werden.

Politics: Befasst sich mit dem Prozess der Entscheidungsfindung und der Willensbildung. Lobbyarbeit, Interpretationen von Spielräumen in der Umsetzung politischer Vorgaben durch Akteure und Akteurinnen wie Verbände, Fachexperten, etc. (vgl. ebd.).

Dimension	Erscheinungsform	Merkmal	Bezeichnung
Form	Verfassung Normen Institutionen	Organisation Verfahrensregelungen Ordnung	polity
Inhalt	Aufgaben und Ziele politische Programme	Problemlösung Aufgabenerfüllung Wert- und Zielorientierung Gestaltung	policy
Prozess	Interessen Konflikte Kampf	Macht Konsens Durchsetzung	politics

Tabelle 1: Polity-Policy-Politics (Uebelhart 2011: 230f.)

Diese drei Dimensionen lassen sich in jedem politischen Phänomen finden und können zur Politikanalyse genutzt werden. Eine bestimmte Form davon ist die Politikfeldanalyse, also die Kontextualisierung und das Aufklären von Inhalten einzelner Politikfelder. Durch das Verstehen, Einordnen und kritische Hinterfragen dieser Phänomene steigt die Auseinandersetzung und somit die Politikfähigkeit (vgl. Benz/Rieger 2015: 79). Die Politikfeldanalyse ist ein Instrument um Zusammenhänge herzustellen und zur Orientierung im konkreten politischen Handeln (vgl. Dischler 2014: 112).

2.2.1 Politikzyklus

Ein weiteres zentrales und verbreitetes Model für Politikanalysen, ist der Policy-Cycle, welcher sich zur Beleuchtung von politischen Inhalten und Prozessen eignet (vgl. Dischler 2014: 112). Dadurch kann aufgezeigt werden wie politische Entscheidungen gefällt und umgesetzt werden (vgl. Uebelhart 2011: 230f.).

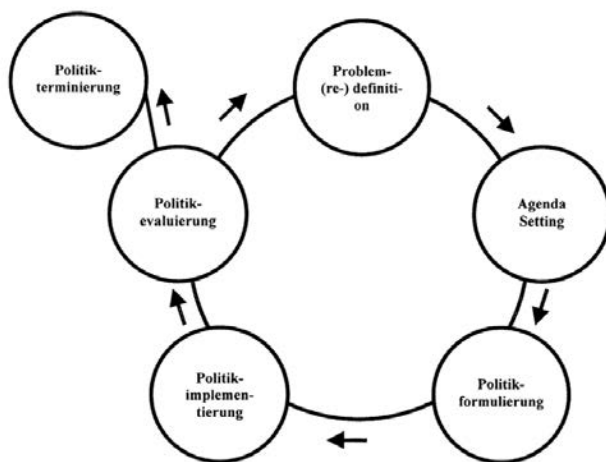


Abbildung 1: Policy-Cycle (Benz/Rieger 2015: 147)

Problemdefinition: Wahrnehmung des Problems und als von politischen Instanzen zu bearbeiten definiert. Dies kann durch Betroffene, Experten, Angehörige, etc. geschehen. In sozialpolitischen Feldern erfolgt die Problemdefinition wesentlich im Rahmen der jeweiligen Fachöffentlichkeit (Experten aus sozialen Organisationen, Verbänden, etc.) (vgl. Benz/Rieger 2015: 147).

Agenda Setting: „Erst wenn die Notwendigkeit eines steuernden Eingriffs artikuliert ist, kann ein Problem auf die politische Tagesordnung gesetzt werden.“ (Köpl 2014: o.S.) Ein soziales Problem wird politisch handlungsrelevant (vgl. Benz/Rieger 2015: 147). Nicht alle Problemlagen haben die gleiche Chance, auf die politische Agenda gesetzt zu werden.

Politikformulierung und Entscheidung: Die formal zuständige Entscheidungsinstanz trifft die Auswahl und die Verabschiedung eines bestimmten Programms. Der Fokus der Analyse liegt in dieser Phase auf der Interessensaushandlung und Konsensbildung, welche durch informellen Austausch und Verhandlungsprozesse beeinflusst sind. Interessensvertreter versuchen durch Lobbying und Politikberatung Einfluss zuzunehmen. Das Fachwissen von Sozialarbeitenden kann zu diesem Zeitpunkt eine wichtige Rolle für Lösungsversuche bilden (vgl. ebd.: 149).

Implementation: „Die Verabschiedung einer Massnahme bürgt noch nicht für den Erfolg einer Politik.“ (Köpl 2014: o.S.) Programme können blockiert oder verändert werden in der Umsetzung, sie können an Widerstand oder unbeabsichtigten Nebenfolgen scheitern. Denn es sind die Sozialarbeitenden in den Organisationen „(...), welche die jeweiligen Ergebnisse des Politikformulierungsprozesses für und mit ihren Klientinnen ausführen müssen“ (Benz/Rieger 2015: 150).

Evaluierung und Terminierung: Die Bewertung der beabsichtigten und nicht intendierten Auswirkungen politischer Programme und die Zielüberprüfung finden immer statt, sei es durch Experten oder einzelne Institutionen des politischen Systems. Neuformierungen, Aussetzungen oder die Beendigung des politischen Programms können die Folgen sein und somit einen erneuten Durchlauf des Policy-Cycles mit sich bringen.

2.3 Politische Akteursformen

Die differenzierte Betrachtung von relevanten Akteurinnen und Akteuren im politischen Prozess liefert die Möglichkeit zur Analyse von zusammenarbeitenden- oder auch gegeneinander agierenden Parteien (vgl. Benz 2013: 79). Dies kann eine weitere zielführende Analyse-methode, für das Erkennen von möglichen Ansatzpunkten zum politischen Engagement von sozialen Organisationen sein.

Neben der individuellen Akteursform, welche primär aus Eigeninteresse individuell, politisch handelt, gibt es die komplexen Akteursformen, welche aus mehrere Personen bestehen.

Die aggregierten Akteurinnen und Akteure können als „Quasi-Gruppen“ beschrieben werden. Ihre politischen Aktivitäten verlaufen parallel und gleichgerichtet. Das politische Gewicht bildet dabei die Summe der individuellen Handlungsentscheide. Die kollektive Akteursform hingegen beruht auf der aktiven, bewussten Übereinkunft der Mitglieder, z.B. als Verband. Die Entscheidungen werden per Abstimmungen gefällt und die Handlungen, Ziele, Ressourcen sind kollektiv organisiert. Dem gegenüber steht die korporative Akteursform, welche als Organisation im Auftrag der Mitglieder handelt. Die Entscheidungen werden hierarchisch gefällt, die Ziele und Ressourcen liegen bei der Organisation (vgl. Benz/Rieger 2015: 135).

3 Organisationen

In diesem Kapitel der Arbeit wird auf den Gegenstand der „sozialen Organisation“ eingegangen und ausgewählte Bezugspunkte zur vorliegenden Forschung beschrieben. Es wird auf Nonprofit-Organisationen und ihre Systemabhängigkeit Bezug genommen, da die Beiden für die Forschung ausgewählten Organisationen in ihrer Form NPO sind.

Die Wichtigkeit von Grundlegenden Dokumenten wird diskutiert und es wird versucht Licht in die Träger- und Kostenträgerlandschaft der Sozialen Arbeit zu bringen. Des Weiteren finden Verbände, als politische Akteursform und die äusserst relevante „anwaltschaftliche Interessenvertretung“ in diesem Kapitel ihre Beachtung.

3.1 Organisation und Institution

Unter Organisation wird in der Regel eine zweckrationale, geplante arbeitsteilige Ordnung verstanden. Diese Form von geregelter Kooperation mit dem Fokus auf Zweckhaftigkeit, Strukturierung und Planung vorrangig rationaler Handlungsabläufe sind typisch für moderne Gesellschaften (vgl. Nikles 2008: 10). Das Ziel von Organisationen des Sozialwesens sollten laut Zängl (2015: 96) die Lösung oder Linderung eines sozialen Problems sein. Die Konkretisierung der Zielbestimmung findet sich in den Grundlegenden Dokumenten.

Nikles (2008:11) versteht, mit Zugangsperspektive über den Systembegriff, „Organisation als ein Gefüge von Elementen (Abteilungen, usw.), die in einem funktionalen Zusammenhang (Kommunikationsverbindung, usw.) stehen. Dadurch entsteht ein Gebilde mit Grenzziehung zur Umwelt“. Diese Grenzziehung geschieht über die Formulierung der Bedingungen zur Mitgliedschaft, wie z.B. das Regelwerk in Arbeitsverträgen (vgl. Zängl 2015: 96). Innerhalb der Organisation besteht eine festgelegte Hierarchie welche die Unter- und Überordnung der Mitarbeitenden bestimmt und teilweise auch die Aufgabenzuweisung.

Die Bildung von Organisationen wird teilweise als kritisch gesehen mit den Argumenten, dass sie Ressourcen binden, welche für die Mobilisierung fehlen oder sich die Organisationsführung zu oft von den Betroffenen entfernen. Wiederum schaffen Organisationen erst die Voraussetzungen für kollektives Handeln. Dies durch die Förderung des Interessenbewusstseins, der Einsicht in gemeinsame Problemlagen und das Formulieren gemeinsamer Ziele (vgl. von Winter/Willems 2000: 20).

Die Begriffe Institution und Organisation werden häufig synonym verwendet (vgl. Nikles 2008: 10). Die politisch-soziologische Begriffsunterscheidung wie sie z.B. von Schubert und Klein (2011: 33) vorgeschlagen wird, findet in der vorliegenden Arbeit keine Beachtung.

3.1.1 NPO

Die Abkürzung NPO steht für Nonprofit-Organisation. Darunter werden produktive soziale Systeme verstanden, welche ergänzend zu Staat und marktgesteuerten erwerbswirtschaftlichen Unternehmen „(...) spezifische Zwecke der Bedarfsdeckung, Förderung oder Interessenvertretung bez. Beeinflussung für ihre Mitglieder oder Dritte wahrnehmen“ (Lichtsteiner et al. 2015: 19). Die Ausprägungen und Einsatzgebiete dieser Organisationen sind breit, zu NPO zählen z.B. Gewerkschaften, Hilfswerke, politische Parteien, Branchenverbände. Sie werden häufig im Dritten Sektor angesiedelt und decken Bedürfnisse ab, welche weder vom Staat noch von Unternehmen übernommen werden (vgl. ebd.: 15). Bekannte Beispiele für NPO Organisationen sind die Caritas oder das Rote Kreuz.

Als offene und systemabhängige Gefüge, müssen sie ihre Strategien stets neuen Wettbewerbsbedingungen anpassen. Ein Beispiel dafür ist der Paradigmenwechsel der Finanzierung in einem Teilbereich von sozialen Organisationen; von den traditionellen Subventionierungen zu Leistungsvereinbarungen (vgl. ebd.: 55). Die Bedeutung von politischen Entscheidungen für Nonprofit-Organisationen ist offensichtlich, ob daraus ein Handlungsbedarf abgeleitet wird oder nicht ist unterschiedlich. Oft werden Dienstleistungen für ihre Mitglieder mit Interessenvertretungen auf politischen Ebenen kombiniert. NPO können sich auch ungefragt in die politische Diskussion einbringen (vgl. Wirz 2009: 42-44). Das Einbringen von relevanten Interessensgruppen ist eine Voraussetzung für die pluralistische Demokratie und für das vom Konkordanzprinzip getragenen politischen System der Schweiz.

Die Finanzierungsstrategien von NPO sind unterschiedlich, je nach Ziel wird ein anderer Finanzierungsmix angestrebt. Die Finanzierungsform sollte übereinstimmen mit der Mission. Als Hauptfinanzierungsquellen benennen Lichtsteiner et al. (2015: 261f.) private Spenden, öffentliche Subventionen und Leistungsentgelt.

Eine Ablehnung oder die Bevorzugung einer Finanzierungsquelle kann auf unterschiedlichen Überlegungen gründen. So wird z.B. der Erhalt oder die Erhöhung der Effizienz, das Minimieren von Finanzierungsrisiken oder die Zielerreichung mit möglichst geringem Mitteleinsatz hoch gewichtet. Ein relevantes Argument ist ebenfalls der Erhalt des strategisch-strukturellen Freiheitsgrades. Die Leitung und die strategischen Entscheidungen einer Organisation sind den Einflüssen der Kostenträgerschaft ausgesetzt. „Sowohl öffentlich subventionierte, als auch spendensammelnde oder beitragsfinanzierte NPO sind entsprechenden Erwartungen ihrer Geldgeber ausgesetzt (...)“ (ebd. 2015: 262)

3.2 Grundlagendokumente

Wie oben erwähnt beinhalten Grundlagendokumente die Konkretisierung der Organisationsziele, sowie deren Wertvorstellungen und haben einen langfristigen und übergeordneten Charakter. Grundlagendokumente einer Organisation, wie z.B. das Leitbild erfüllen folgende vier grundlegende Funktionen (Giesel 2007, zit. nach Wunderlich 2014: 178f.):

- gibt Orientierung: Werte, Normen, Regelungen sind für alle als Grundhaltung transparent,
- hat eine Integrationsfunktion: ein Wir-Gefühl und ein offener Kommunikationsstil führen zur Identifikation,
- hilft bei Entscheidungen: macht Prioritäten und Entscheidungsspielräume deutlich und fördert das Verstehen,
- hat eine vermittelnde Funktion zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Politik der Öffentlichkeit und den Familien

Laut Burri (2008: 2) stützen sich zahlreiche Leitbilder und Konzepte auf den Berufskodex, in dem die politische Beteiligung verankert ist. Eine direkte Verankerung der politischen Funktion der Sozialen Arbeit lässt sich aber kaum in den Leitbildern oder Pflichtenheftern finden (vgl. Helfer/Saxer 2014b: 33).

3.3 Trägerschaften der Sozialen Arbeit

Der, in der Sozialen Arbeit, zentrale Begriff der „Trägerschaft“ soll in diesem Kapitel, für ein besseres Verständnis der kommenden Ausführungen, kurz umrissen werden. Oft scheint die Begriffsverwendung für das Erbringergefüge der Sozialen Arbeit undurchsichtig und unklar. So wird unter Trägerschaft und Leistungserbringern der Sozialen Arbeit oft das gleiche verstanden. Auch im Auf- und Ausbau des Sozialwesens der Schweiz besteht teilweise Unklarheit und keine einheitliche Strategie, die Ursache dafür sieht Engler (2015: 217) im föderalen Prinzip der Schweiz. Auch Zängl (2015: 111) beschreibt die Informationslage zum Mengengerüst über Organisationen im schweizerischen Sozialwesen als diffus und die Situation von privaten und staatlichen Trägerschaft sozialer Dienste als unübersichtlich.

Unter Trägerschaft der Sozialen Arbeit können öffentliche und freie Körperschaften gefasst werden, „(...) die mit oder ohne gesetzliche Bindung auf unterschiedliche Art und Weise absichtsvoll auf Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit Einfluss nehmen“ (Bieker/Floercke 2011: 14). Unter öffentliche oder auch staatliche Trägerschaft fallen der Bund, Ämter, die Kantone, die Städte, etc. Mit privaten, freien oder nicht-öffentlichen Trägerschaften sind

Kirchen, Wohlfahrtsverbände wie z.B. Caritas gemeint. Eine weitere Unterteilung der freien Trägerschaft kann in gemeinnützig (NPO) und gewerblich (PO) erfolgen (vgl. ebd.: 26).

Über 70% der Trägerschaften von Organisationen des Sozialwesens in der Schweiz sind Freie. Trotzdem ist die Finanzierung des Sozialwesens und seiner Organisationen zumindest 90% öffentlich. Die Koordination, Strategieentwicklung und die Umsetzung sind in privater Hand, trotz eindeutig öffentlicher Finanzierung.

In der vorliegenden Arbeit werden die Organisationen der Sozialen Arbeit als Leistungserbringende verstanden. Es wird unterschieden in staatliche oder freie Trägerschaft. Dies gibt jedoch, wie im oberen Abschnitt aufgezeigt, noch keinen Aufschluss über die Finanzierung der Organisation. Eine soziale Organisation kann einer freien Trägerschaft, z.B. einem Verein mit Vorstand unterstehen, die Hauptkostenträgerschaft ist jedoch der Staat. Dennoch bezeichnen Lichtsteiner et al. (2015: 17) als wichtigstes Unterscheidungsmerkmal der beiden Trägerschaften, dass Organisationen mit privaten Trägerschaften unabhängig vom Staat und dessen dominierenden Einfluss sind.

3.3.1 Unterschied freie und staatliche Trägerschaft

Freie Trägerschaften sind berechtigt, aber im Vergleich zu öffentlichen nicht verpflichtet soziale Dienstleistungen zu erbringen. Dies bringt den Vorteil, sich in ausgewählten Gebieten zu engagieren oder sich aus bestimmten Gebieten zurückzuziehen. Die Drohung des Rückzuges kann bei der Verhandlung um die finanzielle Ausstattung mit staatlichen Mitteln eingesetzt werden. Laut Bieker und Floercke (2011: 34) bedeutet eine freie Trägerschaft von sozialen Organisationen ein hohes Mass an Selbstbestimmung in der Ausgestaltung der Sozialen Arbeit. Die weltanschauliche und pädagogische Konzeption von Organisationen mit einer freien Trägerschaft sei gänzlich frei vom Einfluss durch den Staat. Selbst dann, wenn die Organisation öffentliche Zuwendungen erhält (vgl. ebd.: 31f.). Bieker und Floercke (2011: 34) gestehen der Sozialen Arbeit in Organisationen mit freier Trägerschaft ein Recht auf freie Betätigung, unabhängig von staatlicher Bevormundung, zu. Nikles (2008: 13) betont die Möglichkeit einer Organisation eine hohe Autonomie zu erreichen, jedoch weist er auf zwingende Anpassungsaufgaben hin. Das Angebot kann nicht gänzlich gelöst von der Umwelt und dem Kontext gedacht werden in dem die Organisation agiert. Sie stehen in einem Tauschverhältnis, so finanzieren öffentliche Trägerschaften einen Grossteil der Angebote und die Organisation erbringt nach festgelegten Qualitätsstandards ihre Leistung (vgl. ebd.: 11f.).

3.4 Verbände

Eine benannte Form von NPO sind die Verbände, unter welchen Gruppen von natürlichen oder juristischen Personen zu verstehen sind, „(...) die sich freiwillig zur Verfolgung gemeinsamer Ziele zusammengeschlossen haben und über eine stabile Organisationsstruktur verfügen“ (Alemann 1989, zit. nach Vatter 2014: 169). Sie fungieren als Repräsentanten organisierter Interessen im politischen Entscheidungsprozess (vgl. ebd.: 189). Interessenverbände beteiligen sich am politischen Prozess ohne üblicherweise an Wahlen teilzunehmen oder das Anstreben der direkten Übernahme der Regierungsverantwortung. Ihnen werden wichtige Funktionen zugesprochen, wie die Aggregation, Artikulation, Rekrutierung und Sozialisierung von Interessen in der Gesellschaft. Zu deren Kernaufgaben gehören die Mitwirkung am politischen Willensbildungsprozess (Inputfunktion) und die Implementation öffentlicher Aufgaben (Outputfunktion), diese haben Eingang in die Bundesverfassung gefunden (vgl. ebd.: 188f.). Verbände sind meist auf einzelne Themen spezialisiert und vertreten ihre Mitglieder gegenüber dem Staat und übernehmen so eine politische Funktion als Kollektivleistung (vgl. ebd.: 169). Die Politik akzeptiert die Verbände als legitime Verhandlungspartner, wo einzelne Mitglieder oft machtlos sind (vgl. Lichtsteiner et al. 2015: 219f.). Aus den heutigen staatspolitischen Entscheidungsprozessen sind Verbände nicht mehr weg zu denken (vgl. ebd.: 266). Rund 60 Prozent der mehr als 1000 Verbände in der Schweiz können als Wirtschaftsverbände bezeichnet werden, dennoch besteht auch eine Vielzahl an Verbänden, die gesellschaftliche, politische oder kulturelle Themen in der Politik vertreten (vgl. Vatter 2014: 187).

3.4.1 AvenirSocial

AvenirSocial versteht sich als Berufsverband der Sozialen Arbeit Schweiz und zählt zu den Arbeitnehmerverbänden (vgl. Grand 2015: 535). Er zählt rund 3`6000 Mitglieder und vertritt die Interessen der Professionellen „mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokulturelle Animation, Kindererziehung und Sozialpädagogische Werkstatteitung“ (AvenirSocial Soziale Arbeit Schweiz o.J.). AvenirSocial ist als Verein organisiert und parteipolitisch unabhängig, sowie konfessionell neutral (vgl. AvenirSocial Soziale Arbeit Schweiz 2017: o.S.). Der Berufsverband, mit Sitz in Bern, hat sich die Vernetzung und die Interessenvertretung der Professionellen der Sozialen Arbeit zum Ziel gesetzt. „Die Schwerpunkte von AvenirSocial liegen in der Berufs-, Bildungs- und Sozialpolitik auf nationaler und internationaler Ebene.“ (AvenirSocial Soziale Arbeit Schweiz o.J.) So beobachtet die Fachkommission Sozialpolitik die sozialpolitischen Entwicklungen, erarbeitet Grundlagen und nimmt Stellung zu aktuellen Themen. Konkret werden Antworten zu Vernehmlassungen,

Positionspapiere und Abstimmungsempfehlungen von der Fachkommission vorbereitet. Der Verband setzt sich für Ratifizierungen z.B. für die revidierte europäische Sozialcharta ein. Für die Analyse der Auswirkungen von sozialpolitischen Massnahmen auf die Praxis und die Verfolgung soziapolitischer Ziele, werden Synergien genutzt. Eine gute Vernetzung, durch die Mitgliedschaft von AvenirSocial in zahlreichen regionalen, nationalen und internationalen Organisationen, trägt dazu bei. Ebenso wird ein koordiniertes fachpolitisches Lobbying mit der Zusammenarbeit angestrebt um die Wirkung der Einflussnahme auf das laufende Geschäft zu verstärken (vgl. Beuchat 2011: 25).

Laut Vatter (2014: 179) ist bei autonomen Berufsverbänden des öffentlichen Sektors, wie z.B. Bildung oder Gesundheit, ein starkes Wachstum sichtbar. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Schweiz liegt mit weniger als 20 Prozent unter dem internationalen Vergleich. Die Zunahme von Interessenverbänden wird, für gesellschaftliche Gruppen, welche lange als schwach repräsentiert und kaum organisierbar galten, als positiv gewertet. Dennoch sind die Asymmetrien in der politischen Handlungsfähigkeit verschiedener gesellschaftlichen Gruppen noch nicht verschwunden. Die Verbandsgefüge unterscheiden sich nach wie vor stark im Hinblick auf die Artikulations-, Organisations-, Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Interessen (vgl. von Winter/Willems 2000: 9f.).

3.4.2 Anwaltschaftliche Interessenvertretung

Zu unterscheiden sind das berufs- und das professionspolitische Engagement der Sozialen Arbeit. Als berufspolitisch wird das Engagement für den eigenen Berufsstand verstanden (vgl. Burri 2008: 5). Die anwaltschaftliche Interessenvertretung zu Gunsten der Klientinnen und Klienten fallen unter den professionspolitischen Auftrag. AvenirSocial engagiert sich als Berufsverband der Sozialen Arbeit in beiden Bereichen wie den Statuen entnommen werden kann. Fachliche Expertise und berufspolitische Interessen überlagern sich oft (vgl. Rieger 2014: 339).

Bei Verbänden und NPO im Allgemeinen geht es darum, Interessen von Dritten zu bündeln und diese zu vertreten. Die Ziele, Zusammensetzung der Mitgliedschaft, das Selbstverständnis und die Besonderheiten der Organisationsstruktur haben Einfluss auf die advokatorische Rolle des einzelnen Verbandes (vgl. von Winter/Willems 2000: 25f.). Die anwaltschaftliche Interessenvermittlung einer Organisation zeichnet sich dadurch aus, dass die erzeugten Güter nicht den Mitgliedern selbst zugutekommen. Die Ausdeutung der Advokatenrolle basiert auf innerorganisatorischen Konstellationen und des jeweiligen Verbandszwecks (vgl. ebd.).

Jede Organisation ist Teil eines bestimmten Gesellschaftssystems und wird wesentlich davon geprägt. Im Bereich der Sozialen Arbeit kommt dieser Art von Interessenvermittlung eine äusserst wichtige Rolle zu. Die Mechanismen und Motive einer stellvertretenden Interessen-

repräsentation in der Politik sind erst ansatzweise erforscht. Die Vertretung schwacher Interesse, von anderen als den Betroffenen selbst, ist trotzdem weitgehend anerkannt (vgl. ebd.: 12). „Das Handeln in Stellvertreterfunktion bedarf allerdings immer einer besonderen Reflexion im Hinblick auf die Frage, ob nicht z.B. KlientInnengruppen letztlich instrumentalisiert werden.“ (Krüger 2012: 163)

Wird, wie in der vorliegenden Arbeit, von einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit ausgegangen, kommt der Vertretung von „schwachen Interessen“ eine grosse professionspolitische Bedeutung zu. „Der Begriff ‚schwache Interessen‘ bezeichnet eine relative Benachteiligung in der politischen Interessenkonkurrenz, die aus einer Minderausstattung mit den für die Artikulations-, Organisations-, Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit notwendigen sozialen Eigenschaften resultiert.“ (von Winter/Willems 2000: 14) Die Ermächtigung zur selbständigen Vertretung eigener Interessen von Klientinnen und Klienten (Empowerment) ist ein zentraler Orientierungspunkt für das politische Engagement in der Sozialen Arbeit. Soziale Organisationen, respektive Sozialarbeitende können aber auch als Advokaten und Advokattinnen fungieren und „(...) das Interesse der Marginalisierten der Öffentlichkeit als moralische Forderung präsentieren“ (ebd.: 19). Die Aufgabe zur Stellvertretung stellt eine grosse Herausforderung dar. Einerseits ist das Interessenbewusstsein der betroffenen Personengruppen oft schwach (z.B. Selbstdistanzierung von Arbeitslosen) und andererseits bildet die Heterogenität von Interessenlagen eine Restriktion für die Vertretung (z.B. mangelnde Gruppenidentität) (vgl. ebd.). Dies benennen von Winter und Willems (2000: 17) jedoch gerade als wichtige Voraussetzung für die Verfolgung von politischen Interessen: Das Interessenbewusstsein, die Motivation zur Realisierung, sowie materielle und geistige Ressourcen. Die Erhöhung der materialen Ressourcen durch z.B. Sponsoring kann als anderer Weg zur Stärkung von „schwachen Interessen“ gesehen werden (vgl. ebd.). Als Sponsoren können unterschiedliche Akteursgruppen auftreten z.B. Stiftungen oder individuelle Personen, mehrheitlich jedoch kommt die Unterstützung von staatlichen Stellen (vgl. Walker 1991, zit. nach von Winter/Willems 2000: 21). Somit haben staatliche Mittel eine existentielle Bedeutung für die Vertretung schwacher Interessen in der Politikarena (vgl. ebd.). Das Sponsorenwesen im Generellen birgt einige Gefahr in sich. So z.B. die selektive Mittelvergabe, die Bevorzugung von Interessen, welche als legitim angesehen werden oder die Instrumentalisierung für die Interessenrealisierung der Geldgebenden (vgl. ebd.: 21). Jedoch gilt: „Je mehr eine Gruppe von Menschen von Ausschluss bedroht oder betroffen ist, desto mehr ist sie auf Politik angewiesen“ (Rieger 2010: 12).

3.4.3 Soziale Bewegungen

Auf „soziale Bewegungen“ wird in der vorliegenden Arbeit nicht eingegangen, auch wenn Soziale Arbeit und soziale Bewegungen vielfältig aufeinander bezogen sind und sie sich in politische Aktivitäten teilweise ergänzen. Dennoch sind die Bearbeitungsformen von sozialen Problemen durch die institutionalisierte Soziale Arbeit und sozialen Bewegungen unterschiedlich (vgl. Benz et al. 2014: 13). Sie können sich teilweise bereichern. So eröffnen soziale Bewegungen durch ihre Herangehensweise z.B. durch öffentlichkeitswirksame Thematisierung, der Sozialen Arbeit Spielräume, welche die Soziale Arbeit aus sich selbst heraus nicht gleichermaßen leisten kann. „Ein herausragendes Merkmal sozialer Bewegungen ist ihre Sichtbarkeit, ist ein sich öffentlich artikulierender Protest.“ (Stövesand 2014: 26) Im Gegenzug kann die Soziale Arbeit unter bestimmten Bedingungen, Anliegen von Bewegungen weitertragen. Die Zusicherung von Unterstützung, Fachwissen und Kontinuität sind teilweise unabdingbar in politischen Prozessen (vgl. ebd.: 29-32).

4 Die vier Mandate der Sozialen Arbeit

Die Diskussion um die Mandate der Sozialen Arbeit wird nach wie vor emotional geführt und ist nach Meinung der Verfasserin relevant, um das dahinterliegende Berufsverständnis- und somit eine wichtige Verständnisgrundlage der Untersuchung aufzuzeigen.

Die Verfasserin der vorliegenden Arbeit geht vom anerkannten Doppelmandat, vom stark diskutierten Tripelmandat und zusätzlich vom weniger bekannten vierfachen Mandat aus. Als Mandat wird im weitesten Sinne die Übernahme einer verantwortungsvollen Funktion verstanden (vgl. Röh 2006: 442), welche im Falle der Sozialen Arbeit die Klientinnen und Klienten, die Gesellschaft, die Profession und die Organisationen betreffen. Die vier Mandate können teilweise widersprüchliche Aufträge und Anforderungen mit sich bringen (vgl. ebd.: 448). Das reflexive Bewusstsein der Sozialarbeitenden für diese Spannungsfelder ist Voraussetzung für einen professionellen Umgang damit.

4.1 Tripelmandat

In der professionellen Betrachtung der Sozialen Arbeit ist das klassische Model des „Doppelmandats“ unbestritten. Auf der einen Seite der Staat und die Gesellschaft mit den jeweiligen Normierungszielen und auf der anderen Seite die Klientinnen und Klienten mit ihren spezifischen Bedürfnissen. Kurzum der Bestehende Widerspruch zwischen den bekannten Polen der „Hilfe“ und „Kontrolle“. Sozial Arbeitende einerseits als Anwältinnen und Anwälte des Individuums gegenüber der Gesellschaft, andererseits als Vertretende universaler, normativer Geltungsansprüche der Gesellschaft gegenüber dem Individuum. Dazu kommt die Formulierung des dritten Mandats: die Selbstmandatierung der Profession Sozialer Arbeit durch Silvia Staub-Bernasconi (vgl. Röh 2006: 442-445).

4.1.1 Politische Aufgabe der Sozialen Arbeit

„Empirisch wie historisch ist der Politikbezug Sozialer Arbeit nicht zu leugnen, und doch ist ihr politischer Auftrag umstritten.“ (Rieger 2010: 10) Knöpfel (2018: o.S.) fragt sich in seinem Redebeitrag mit dem Titel „Warum sich die Soziale Arbeit auch politisch engagieren sollte“ an der Verleihung des PrixSocial Beider Basel, ob sich die Soziale Arbeit überhaupt noch eine solch grundsätzliche Debatte, über das „warum“, leisten kann. Er strebt das Vorantreiben der Diskussion über das „wie“ des politischen Engagements der Sozialen Arbeit an. Die Motivation von Sozialarbeitenden sich fachpolitisch einzumischen und diese mitzugestalten ist für Mathis (2014: 9) verständlich, ist die Soziale Arbeit doch abhängig von staatlichen

Rahmenbedingungen, Vorgaben und Gesetzen. Welche wiederum nur im politischen Handlungsprozess beeinflusst werden können.

Der Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit liegt im politischen Auftrag der Sozialen Arbeit. Dieser ist unter anderem im Tripelmandat von Staub-Bernasconi, dem Berufskodes und den Theorien der Disziplin begründet. Auf eine Auslegung des viel geführten Fachdiskurses, um das politische Mandat der Sozialen Arbeit, wird an dieser Stelle verzichtet. Ausgewählte Verankerungspunkte des politischen Auftrages der Sozialen Arbeit werden im folgenden Kapitel jedoch knapp zur Einbettung des Forschungsinteresses erörtert.

4.1.2 Verankerungen der politischen Aufgabe

Silvia Staub-Bernasconi unterstreicht die politische Dimension von Sozialer Arbeit in ihrem Konzept der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession. Es basiert auf dem UNO-Dokument „Human Rights“⁴. Soziale Arbeit soll sich als Profession für soziale Gerechtigkeit als Weiterentwicklung von Menschen- und Sozialrechten einsetzen. Auf diese Weise trägt die Soziale Arbeit zu gesellschaftlichem Wandel bei und sorgt dafür, dass die Verletzbarkeit von Menschen durch sozialökonomische Erschütterungen nicht aus dem Blick geraten (vgl. Stark 2007: 73).

Durch die Orientierung des dritten Mandats an den Menschenrechten kann Soziale Arbeit nicht anders als politisch sein, denn die Umsetzung dieses universalen Rechts kann nur über politische Prozesse erfolgen (vgl. Mathis 2014: 9). Diese Tatsache löst den Gegensatz von Professionalität und Politik auf. Daraus leitet sich der Anspruch der wissenschaftlich und menschenrechtlich begründeten Fachpolitik ab, welche sich in öffentliche Diskurse einmischt und die Politik mitgestaltet (vgl. Staub-Bernasconi 2007: 201). Durch den Auftrag der Realisierung und Durchsetzung der Menschenrechte, welcher nicht ohne politisches Handeln möglich ist, ergibt sich die Chance zur Selbstbestimmung der Sozialen Arbeit (vgl. Benz et al. 2014: 17).

Hinweise auf die politische Aufgabe der Sozialen Arbeit finden sich wie oben aufgezeigt beim Tripelmandat durch die Verankerung in den Menschenrechten. Auch im Berufskodex der Sozialen Arbeit des Berufsverbands AvenirSocial findet sich eine klare Stellungnahme dazu. Die Grundsätze, Grundwerte und Handlungsprinzipien des Kodex verweisen eindeutig auf eine politische Aufgabe der Sozialen Arbeit. Für Staub-Bernasconi (2007: 243) steht fest, dass bereits die Formulierungen in den Berufskodizes ausreichen würde, um ein fachliches und wissenschaftliches, politisches Mandat zu begründen. Der Aufruf zum politischen Handeln im Berufskodex stützt sich ebenfalls auf die Grundlage der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit (vgl. Rieger 2010: 11). Es wird unter anderem die Herstellung einer

⁴ Human Rights: die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948.

politischen Ordnung gefordert, die alle Menschen als Gleich berücksichtigt (vgl. AvenirSocial 2010: 8). Der Ethikkodes der IFSW (2006: o.S.) verpflichtet dazu ungerechte Politik und Praktiken zurückzuweisen und relevante Akteurinnen und Akteure auf Situationen der unangemessenen Ressourcenverteilung hinzuweisen. Das Wissen um Problemlagen der Klientinnen und Klienten bringt eine Verantwortung mit sich.

Eine weitere Verankerung erfährt die politische Aufgabe der Sozialen Arbeit in prägenden Theorien der Disziplin. „Ob systemisch, ökosozial oder lebensweltorientiert, aus den gängigen Theorien Sozialer Arbeit lässt sich problemlos ihr politischer Anspruch ableiten.“ (Rieger 2010: 11) Auch in der kritischen Theorie wird auf das politische Mandat verwiesen, mit der Begründung, dass die Soziale Arbeit von politischen Entscheidungen beeinflusst wird (vgl. Röh 2006: 443). Auch gibt es die Bestrebung den politischen Auftrag aus der gesellschaftlichen Funktion der Sozialen Arbeit herzuleiten, ohne Rückgriff auf eine Handlungstheorie (vgl. Rieger 2010: 11).

Auch in der Praxis der Sozialen Arbeit liegen Verankerungspunkte der politischen Aufgabe. Die Legitimation für das sozialpolitische Engagement der Sozialen Arbeit fusst auf der praktischen Erfahrung (vgl. Knöpfel 2018: o.S.) und der teilweisen anwaltschaftlichen Aufgabe als Interessenvertretung (vgl. Benz et al. 2014: 8).

4.1.3 Kontrapositionen zum politisches Mandat

Wie eingangs des Kapitels erwähnt gibt es diverse kritische Stimmen zur Anerkennung des politischen Mandats der Sozialen Arbeit. Der Fachdiskurs darüber ist noch nicht abgeschlossen und ist höchst relevant für die Zukunft der Profession. Die Auseinandersetzung über die viel diskutierten Fragen, wie z.B. nach der Erteilung des Mandats, wird für die vorliegende Fragestellung als nur bedingt zielführend erachtet und somit nicht erörtert.

In der aktuellen Fachliteratur wird die politische Funktion oder der politische Auftrag der Sozialen Arbeit jedoch kaum mehr in Frage gestellt. Rieger (2013: 58) ordnet die Methoden des politischen Handelns der Sozialen Arbeit als „unspezifische Hilfe“ ein. Er versteht das politische Engagement als eine der vielfältigen Formen der Unterstützung welche die Soziale Arbeit zur Inklusionsvermittlung und Exklusionsvermeidung anzubieten hat. Auf diesem Professionverständnis, der Sozialen Arbeit mit einem politischen Auftrag, baut die vorliegende Arbeit auf. Die Frage, nach dem politischen Engagement von sozialen Organisationen, wird ebenfalls daraus abgeleitet.

4.1.4 Zuständigkeit für die politische Aufgabe

Wie bereits mehrfach erwähnt ist die Soziale Arbeit stark durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen definiert und kann sich daher nicht aus der Entscheidungsebene heraushalten (vgl.

Burri 2008: 2). Die Professionellen nehmen die Abhängigkeit wahr und klagen über sich verschärfende politische Rahmenbedingungen, aber sehen es nicht als ihren Auftrag aktiv zu werden. Allenfalls delegieren sie den Auftrag an Fachverbände weiter und gestalten somit nur ihren eigenen Handlungsspielraum (vgl. Wigger 2010: 16). Organisationsintern ist die Zuständigkeit für das politische Mandat ebenfalls oft unklar. Somit ergeben sich teilweise eigentümliche Konstellationen, in denen engagierte Sozialarbeitende organisationsintern für ein verstärktes sozialpolitisches Engagement lobbyieren müssen (vgl. Knöpfel 2018: o.S.).

4.1.5 Das vierte Mandat - Die Perspektive der Organisation

Das vierte Mandat stellt eine Ergänzung zum klassischen Befund des Doppelmandats mit der Erweiterung zum Tripelmandat dar. Es befasst sich mit dem Verhältnis der Profession zu den Organisationen der Sozialen Arbeit (vgl. Röh 2006: 442).

Vom vierfachen Mandat wird gesprochen, wenn die Perspektive der Organisationen der Sozialen Arbeit mit einbezogen wird, welche ein von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusste Aufgabenzuweisung an Sozialarbeitende vornimmt. Die enge Verknüpfung zum ersten Mandat ist gegeben, als eigenes Mandat lässt es sich jedoch differenzierter betrachten. Röh (2006: 446) begründet diese für ihn notwendige Differenzierung mit der zunehmenden Verrechtlichung verschiedenster Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Und dass die Abhängigkeit von sozialen Organisationen oft als Begründung für die Unterordnung der Sozialen Arbeit und ihre fehlende Autonomie benannt wird. Die Abhängigkeit der Sozialen Arbeit von institutionellen Vorgaben und Rahmenbedingungen ist nicht von der Hand zu weisen. So ist das vierte Mandat, welches an die Sozialarbeitenden herangetragen wird auch in der zunehmenden Ökonomisierung der Sozialen Arbeit zu verorten. Den Auftrag „(...) marktkonform und kostengünstig unter bestmöglicher Ausnutzung vorhandener Ressourcen zu bearbeiten, sprich mehr Leistung mit gleich bleibendem oder gesunkenem Budget zu erbringen“ (ebd.: 446f.). Die Anpassung der Sozialen Arbeit an das neoliberale Gedankenmodell beeinflusst die Arbeitsweise im sozialen Bereich markant. Das Mandat gegenüber der Organisation betrifft somit die betriebswirtschaftliche Existenzsicherung. Die Vorgaben der Träger- und Kostenträgerschaft erfolgen im gesellschaftlich anerkannten Rahmen und werden im Verhältnis der Professionellen zur Organisation umgesetzt (vgl. ebd.). Daher ist eine Beleuchtung der Aufträge der Sozialen Arbeit mit dem Blick der Organisation, neben der Differenzierung des Triplemandates schlüssig.

5 Formen des politischen Engagements

In diesem Kapitel werden die politischen Einflussmöglichkeiten der Sozialen Arbeit aufgezeigt. In den folgenden Unterkapiteln werden dann die konkreten Methoden, nach den vier Dimensionen nach Rieger (2013), erörtert.

Es werden indirekte und direkte Methoden der politischen Einflussnahme von Sozialarbeitenden unterschieden. Als indirekte politische Interventionen können die politische Bildung, die Partizipationsförderung und das Empowerment von Klientinnen und Klienten verstanden werden. Als direkte Intervention gelten die Politikberatung, die politisch reflektierte Fallarbeit, Gremienarbeiten, Soziallobbying inklusive Öffentlichkeitsarbeit und mikropolitische Entwicklungen in Organisationen, wie Leitbildentwicklung, usw. (vgl. Benz et al. 2014: 19).

„Methodisch lässt sich das politisch Handeln Sozialer Arbeit in vier Dimensionen auffächern: Politikimplementierung, Politikberatung (Skandalisierung Agendasetting, Lösungsstrategien Politikformulierung) Soziallobbying, Politische Bildung.“ (Rieger 2013: 64) Auf diese vier Dimensionen wird in den nachfolgenden Kapiteln einzeln eingegangen.

5.1 Politikimplementierung

Die Anwendung oder Anpassung von Vorgaben, in Form von Gesetzen, im Alltag von Sozialarbeitenden ist eine bewusste oder unbewusste politische Handlung. Soziale Arbeit transformiert in ihrem täglichen Handeln allgemeine (sozial) politische Richtlinien, Konzepte und Gesetze (vgl. ebd.). Die Politikimplementierung der Sozialen Arbeit umfasst einerseits die Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Interessenslagen oder die Arbeit an der Veränderung der Rahmenbedingungen. Somit ist die Reflexion der politisch vorgegebenen Rahmenbedingungen und die daraus resultierenden Handlungen eine politische Methode, welche zum Alltag von Sozialarbeitenden gehört (vgl. ebd.: 65). Rieger (2010: 13) meint weiter:

Der erste Schritt politischer Professionalität besteht deshalb in der Reflexion der gegebenen sozialpolitischen Handlungsbedingungen und der Bildung eines entsprechenden politischen Bewusstseins. Erst wenn diese Interpretations- und Aufklärungsaufgabe geleistet ist, wird es möglich, Handlungsspielräume zu nutzen und individuelle Hilfe und Organisationsgestaltung auch politisch professionell zu tätigen. Bewusste Politikimplementierung ist die Basis weiter gehenden politischen Handelns.

Dies bedeutet, dass die reflektierte Einzelfallarbeit unter Einbezug der Rahmenbedingungen ein höchst relevanter Aspekt für das politische Engagement ist. Dies sieht Kusche und Krüge

(2011: 19f.) gleich: „Diese Zugriffsmöglichkeit auf die Verteilung von Lebenschancen ist das politische Mittel, das jeder Sozialarbeiterin und jedem Sozialarbeit zur Verfügung steht. Ohne gegen gesetzliche Regelungen oder allgemeine Vorgaben zu verstossen, kann sie/er nach eigener Zielsetzung mit ihr umgehen.“

5.2 Politische Bildung

Empowerment und politische Bildung sind wesentliche Teile einer politischen Sozialen Arbeit. Es werden Personen unterstützt, die nicht ausreichend wahrgenommen werden vom politischen System (vgl. Rieger 2013: 666). Dies beinhaltet die Befähigung der Klientinnen und Klienten zum politischen Bewusstsein, der Selbstorganisation zur Selbstvertretung, die Befähigung zur Artikulation, sowie die Mitbestimmung, die Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung des Vorhabens (vgl. Benz/Rieger 2015: 47).

5.3 Politikberatung

Die Politikberatung als weitere anerkannte Methode von politischem Engagement legitimiert sich über die fachliche Expertise (vgl. Rieger 2014: 339). Es besteht ein selbstverständlicher Anspruch einer Profession die Politik, aufgrund ihrer herausragenden Expertise in einem bestimmten Feld, zu beraten (vgl. ebd.: 332). Der Stellungsbezug der Sozialen Arbeit legitimiert sich einerseits durch die Nähe zum Menschen (vgl. Schmid 2011: 20) und andererseits durch den wachsenden Beratungsbedarf von politischen Entscheidungstragenden, durch die zunehmende Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse (vgl. Rieger 2014: 332f.). Ebenso ist Politikberatung ein Bestandteil der advokatorischen Rolle der Sozialen Arbeit und gehört zum Leistungsspektrum sozialer Organisationen (vgl. ebd.: 338). Die Ziele der Politikberatung sind das Informieren, Aufklären und auch Irritieren von Akteurinnen und Akteuren, sowie der Politikinstitutionen selbst. Diverse Akteurinnen und Akteure wie z.B. Interessenverbände sollen auf gesellschaftliche Veränderungen und Problemlagen aufmerksam machen und mögliche Lösungsansätze aufzeigen (vgl. ebd.: 333). Neben der fundierten Fachexpertise wird heute auch die Berücksichtigung der Durch- und Umsetzbarkeit erwartet (vgl. ebd.: 335). Daraus ergeben sich drei Ansatzpunkte für die Politikberatung: Die Fachwissenschaftliche Beratung für Politikfelder (Vermittlung von Problemlagen und Lösungsansätzen), Prozess- und Strategieberatung (Durchsetzung Inhalte) und die Beratung zur praktischen Umsetzung (Implementierung) (vgl. Schattenmann/Steuber 2006, zit. nach Rieger 2014: 333).

5.4 Lobbyarbeit

Lobbyarbeit kann als Instrument zur Organisation von Politik verstanden werden (vgl. Dischler 2014: 112). Es bezeichnet „(...) systematische Aktivitäten zur Beeinflussung von Politik und Bürokratie durch gesellschaftliche Gruppen (...)“ (Rieger 2014: 339).

Mit dem Prozess des Lobbyismus werden Meinungen von ähnlichen Interessensgruppen und Ressourcen gebündelt, politische Interessensvertretungen im Allgemeinen kontrolliert, die Politik beraten und auf Missstände hingewiesen (vgl. Engemann et al. 2007: 146). Es ist eine Mischung aus Politikberatung, Netzwerkarbeit und Öffentlichkeitsarbeit und geschieht unter anderem durch Lieferung von aussagekräftigem Datenmaterial (vgl. Dischler 2014: 112). Es findet auf allen Ebenen und in allen Phasen statt (vgl. Rieger 2014: 339).

Politische Lobbyarbeit ist strategisch, geplante Arbeit. Engemann et al. (2007: 147f.) beschreiben drei konkrete, förderliche Strategien dafür:

- Am Informationsfluss bleiben
 - Relevante Ausschüsse besetzen
 - Zusammenarbeit mit der Verwaltung entwickeln, diese an den Ergebnissen und Herausforderungen der Sozialen Arbeit teilhaben lassen
 - Kontaktpflege im Netzwerk
- Präsenz zeigen
 - Anlässe wie Jubiläen zur öffentlichen Präsentation nutzen
 - Anlässe für das Platzieren von Themen und Positionen nutzen
- Lösungen anbieten
 - Lösungsvorschläge der Sozialen Arbeit anbieten
 - Vorteile für den Gesprächspartner betonen (win-win-Strategie)
 - Argumente für eine fundierte Sozialpolitik liefern

5.4.1 Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit in der Sozialen Arbeit kann als indirektes Lobbying für die Klientinnen und Klienten verstanden werden (vgl. Schulze-Krüdener/Ternes 2011: 12f.) und ist daher als Methode des politischen Engagements von sozialen Organisationen zu verstehen. Ziele der Öffentlichkeitsarbeit im sozialen Bereich sind das Stärken des Vertrauens in die Soziale Arbeit, das Werben um Verständnis für soziale Belange und eventuelle Einstellungsänderungen zu bewirken, Steigerung des Bekanntheitsgrades der Organisation, Mittelbeschaffung, usw. Eine starke öffentliche Präsenz kann je nach Situation auch zum Überleben einer sozialen Organisation beitragen (vgl. ebd.: 10). So kann das Erzeugen von Druck auf die Politik,

über die Öffentlichkeit und Medien, im äussersten Fall eine Handlungsoption für Organisationen sein (vgl. Rieger 2014: 344).

5.4.2 Die schwache Lobby der Sozialen Arbeit

Laut Engemann et al. (2007: 146) fällt die konkrete Lobbyarbeit vielen Akteuren und Akteurinnen in sozialen Organisationen schwer. Die Sozialarbeitenden sind mit der Methode der Lobbyarbeit oft nicht vertraut, unterschätzen den eigenen Einfluss und erkennen den Auftrag und die Notwendigkeit der gezielten Einmischung nicht. Engemann et al. (ebd.) sehen einen Grund für die zurückhaltende Lobbyarbeit darin, dass Sozialarbeitende nicht davon ausgehen per se politisch zu handeln. Degiacomi (2005: o.S.) hingegen verortet die Schwierigkeit, in der bescheidenen Wahrnehmung der Professionellen der Sozialen Arbeit in der Öffentlichkeit. Die, in der Untersuchung von Helfer und Saxer (2014a: 87), befragten Personen schätzten die Lobby der Sozialen Arbeit als schwach ein. Als Erklärungsansatz wurde die schlechte Organisation der Sozialen Arbeit erwähnt, was sich in der geringen Anzahl an Mitgliedern des Berufsverbandes AvenirSocial festhalten lässt. Dies wiederum wurde von den Befragten damit begründet, dass kein beruflicher Leidensdruck in der Schweiz bestehe.

5.4.3 Ethik und Lobbyarbeit

Lobbyarbeit steht oft unter dem Generalverdacht der Intransparenz und Ungleichheit, dieser Umstand erschwert die Akzeptanz dieser Methode unter Sozialarbeitenden. Deshalb fordert Dischler (2014: 112), dass die Strategien von Lobbyarbeit an normative Leitbilder, wie z.B. soziale Gerechtigkeit geknüpft werden müssen, damit keine egoistische Einrichtungs- oder Verbandspolitik betrieben werden kann. Auch Rieger (2014: 145) betont die Wichtigkeit der ethischen Rückbindung an Menschbild, Wert und Standards Sozialer Arbeit, um Lobbying als eine fachlich akzeptable Methode der Sozialarbeitspolitik zu etablieren.

5.4.4 Relevanz der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit

Aus den dargelegten Gründen ist die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit relevant für die Soziale Arbeit und ihre Klientinnen und Klienten. Das Schaffen eines förderlichen Meinungsklimas und der Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist durch strategisch geplante politische Arbeit zu erreichen. Daher plädiert Dischler (2014: 112) dafür, dass Öffentlichkeitsarbeit als integraler Bestandteil von Organisationen zu verstehen ist und sie kontinuierlich statt nur zu besonderen Anlässen zu erfolgen hat. Doch bedarf Öffentlichkeitsarbeit eines hohen Kosten- und Zeitaufwandes sowie der Professionalität. Die unzureichende strukturelle, personelle oder auch finanzielle Verankerung erweist sich als Schwierigkeit in der Umsetzung (vgl. Schulze-Krüdener/Ternes 2011: 13). Die Koordination und Konsensbildung innerhalb einer Organisa-

tion, sowie die strategische Planung und Argumentationsentwicklung sind notwendige Voraussetzungen für gelingendes Soziallobbying. Die entsprechenden Rahmenbedingungen, wie organisatorische Ressourcen (Personal, Ausstattung, etc.), betreiben von Monitoring (kontinuierliche Beobachtung von Politikprozessen) und die Vernetzung müssen im Vorfeld geschaffen werden (vgl. Rieger 2014: 342f.).

6 Aktuelle Rahmenbedingungen

In diesem Kapitel werden die Veränderungen der politisch bedingten Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit, durch den Einzug neoliberaler Dynamiken kurz erörtert, sowie die Abhängigkeiten der sozialen Organisationen von ihren Kostenträgern beschrieben. Einige wichtige Aspekte einer politischen Sozialen Arbeit, sowie die Ent- und Repolitisierungstendenzen werden aufgegriffen. Diese Themenbereiche liegen der Fragestellung der vorliegenden Masterarbeit zu Grunde und bildeten das sensibilisierende Konzept für die Leitfadentextentwicklung und die anschließende qualitative Datenerhebung und -auswertung.

6.1 Aktuelles sozialpolitisches Klima

Das sozialpolitische Klima, in dem Soziale Arbeit stattfindet, hat sich verhärtet und die Soziale Arbeit hat sich diesem Umstand angepasst. Ermessensspielräume werden kaum mehr genutzt und es ist eine Art „vorausseilender Gehorsam“ zu beobachten. Diese inhaltliche Aussage stammt von Prof. Dr. Carlo Knöpfel (2018: o.S.) und bringt, nach Meinung der Verfasserin, die aktuell wichtigste Debatte der Sozialen Arbeit im direkten Bezug mit der Gesellschaft auf den Punkt.

Die Ökonomisierungsmechanismen sind in verschiedenster Form spürbar und haben Auswirkungen auf den Alltag und die Profession der Sozialen Arbeit (vgl. Röh 2006: 447). Der Ab- und Umbau des Sozialstaats sind die Themen der Stunde. Und diese auf allen drei Ebenen des Sozialstaates (vgl. Knöpfel 2018: o.S.). Es scheint vergessen gegangen zu sein, dass der soziale Ausgleich zu den wichtigsten Errungenschaften der westlichen Demokratien gehört und sich eine gute Sozialpolitik positive auf den Wohlstand, die Gesundheit und soziale Sicherheit der gesamten Gesellschaft auswirkt. So ist laut Knöpfel, Frei und Jannette (2016: 40) nicht nur eine neoliberale Prägung bei der Revision der SKOS- Richtlinien vorhanden, wonach der aktivierende Sozialstaat Aufgaben der Integration zugeschrieben bekommt. Es ist auch eine neokonservative sozialpolitische Ausrichtung der zweiten Revision erkennbar. Dies durch das Einfordern des Wohlverhaltens von Betroffenen unter Androhung von einschneidenden Sanktionen. Dies ist unter anderem dem wachsenden politischen Druck, sowie dem konstanten Spardruck zuzuschreiben (vgl. Knöpfel et al. 2016: 40).

„Die gegenwärtige Macht- und auch ökonomischen Herrschaftsverhältnisse werden eben nicht thematisiert, politische Debatten über eine gerechte Verteilung von Reichtum zur Finanzierung sozialer Gerechtigkeit (...) verweigert.“ (Kusche/Krüger 2011: 15) Dies steht im zentralen Widerspruch zu den Aufgaben und Zielen der Sozialen Arbeit, für soziale Gerechtigkeit einzustehen. Die Leistungsgerechtigkeit und die Eigenverantwortung, trotz ungleicher

Verteilung diverser Ressourcen und Fähigkeiten, welche zum neoliberalistischen Gesellschaftsmodell gehören sind nicht vereinbar mit den Werten und Zielen der Sozialen Arbeit.

„Die Logik der Sozialarbeit ist nicht die Logik des Profits und des Marktes.“ (Stark 2017: 80)

Die verstärkten Kontrollen, der Leistungs- und Gegenleistungsgedanken, sowie der permanente Spardruck, um nur einige negative Auswirkungen zu nennen, prägen den sozialarbeiterischen Alltag (vgl. Knöpfel et al. 2016: 39) und führen zu einer Entprofessionalisierung der Sozialen Arbeit. Somit ist z.B. zu befürchten, dass die direkte Klientenarbeit zu Gunsten von Dokumentationen und Mittelbeschaffung zurückgeht. Die Umsetzung erfolgt im Verhältnis zur Institution und der Legitimation gegenüber den Geldgebern (vgl. Röh 2006: 447).

Das vierte Mandat, die Perspektive der Organisation, findet seinen Platz in der erhöhten Wettbewerbsdynamik unter den Leistungserbringenden, um die Sicherung der Organisationsfinanzierung. Der Wettbewerb wird als Instrument gehandelt, um zu einer effektiven und effizienten Gestaltung des Sozialen, durch die Politik und Verwaltung zu führen. Die Ökonomisierung des Sozialen ist Teil der Gegenwartsgesellschaft welche unter anderem die Privatisierung, Senkung der Lohnkosten, usw. zum Ziel hat (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2015: 12f.). Durch die Wettbewerbsorientierung des New Public Managements konkurrenzieren staatliche und private Leistungserbringende. Langzeitgesicherte Subventionen und Defizitgarantieren werden durch kurzweilige Leistungsvereinbarungen und Kontrakte ersetzt (vgl. Engler 2015: 220). Dieses Konzept der Leistungsvereinbarung setzt auf das Prinzip der Gegenleistung. Die im Voraus klar definierten Leistungen für ein konkretes Projekt oder eine Massnahme, rückt die Auftragserfüllung der Organisation ins Zentrum (vgl. Schellberg 2014: 258). Dies kann die Organisation weit, von der Bedürfnisorientierung der Klientinnen und Klienten, abbringen. Des Weiteren gliedern immer mehr Leistungserbringende, angesichts des verschärften Wettbewerbs, einzelnen Teile aus. Dies führt oft zu einer professionellen Betriebsführung, welche von der ideellen Verbandstätigkeit getrennt ist (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2015: 45f.), was eine Entprofessionalisierung mit sich ziehen kann.

Ein weiteres aktuelles Thema, welches einen Einfluss auf die Auftragserfüllung der Sozialen Arbeit hat, ist die vorangehende Privatisierung. Dahme und Wohlfahrt (2015: 161) sehen die Gefahr darin, dass „(...) sich die Unterschiede zwischen einer kapitalistischen Waren- und einer kapitalistischen Dienstleistungsproduktion nivellieren.“ Dafür wäre eine radikale Verschiebung des Fokus der Basisarbeit der Sozialen Arbeit notwendig. Diese Dynamiken „(...) prägen den Wandel, weg vom Leistungsstaat, der seine Dienstleistungen selbst erbringt, hin zum Gewährleistungsstaat, der seine Aufgaben an Dritte auslagert“ (Uebelhart 2011: 234f.). Der Staat würde bestimmte Dienstleistungen weiterhin abdecken oder zumindest finanzieren, da die Versorgung sonst lückenhaft wäre und sich auf bestimmte Klientengruppen beschränken (vgl. Wulf-Schnabel 2001: 72). Da die privaten leistungserbringenden Organisationen ihre Handlungsfelder selbst bestimmen können. Genau dieser Aspekt, von

privatwirtschaftlicher Gewinnorientierung und Gewährleistungsinteresse des Staats, führt zu einem weiteren Spannungsverhältnis. Vielfach werden Aufgaben nur formal privatisiert und bleiben inhaltlich weitgehend reglementiert (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2015: 41).

6.2 Abhängigkeitsbeziehungen

In diesem Kapitel wird auf die diversen Abhängigkeitsbeziehungen der Sozialen Arbeit eingegangen. Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit gründet auf der Annahme, dass sich das Abhängigkeitsverhältnis sozialer Organisationen von ihren Kostenträgern, auf das politische Engagement auswirkt. Diese Annahme wird in diesem Kapitel theoretisch erörtert. Die Soziale Arbeit ist eingebettet in Abhängigkeit von staatlichen Rahmenbedingungen, sowie von Gesetzen und Verordnungen, aber auch von Ressourcen (vgl. Mathis 2014: 6).

Neben diesen zwei greifbaren Aspekten, ist zusätzlich der Gebrauchswert von sozialen Dienstleistungen staatlich bestimmt. Dies dadurch, dass sie nicht das Ergebnis von zahlungsfähigen Nachfragen sind, sondern eine mehrheitlich staatlich geschaffene und finanzierte Investition. „Die Nützlichkeit des Produkts ist durch die staatliche Entscheidung über seine Finanzierung hergestellt, unabhängig davon, ob sich das Produkt für den Adressaten als nützlich erweist.“ (Dahme/Wohlfahrt 2015: 37f.) Diese Aussage gibt Aufschluss über die Wichtigkeit der gesellschaftlichen Akzeptanz der Sozialen Arbeit. Denn die Bedingungen der Sozialen Arbeit sind das Ergebnis von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen über den Wert der Sozialen Arbeit. Die Stimme der Sozialen Arbeit in diesem Prozess ist aktuell eine Schwache. „Aufgrund von Abhängigkeitsbeziehungen wollen und können sich viele nicht öffentlich positionieren.“ (Kotlenga 2013: 20)

Der Einfluss der Trägerschaft, staatlich oder frei, ist wie im Kapitel 3.3.1 dargelegte nur bedingt entscheidend für die Autonomie einer sozialen Organisation. Die Einbettung in den Kontext, der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen bleibt bei beiden Varianten bestehen, ebenso die Abhängigkeit vom Ressourcenfluss. In einer Studie von Knöpfel et al. (2016: 42) forderten die interviewten Experten, dass Hilfswerke mit einer freien Trägerschaft, sich „(...) stärker in der sozialpolitischen Arena anwaltschaftlich engagieren und das aus- und ansprechen, was den Mitarbeitenden in den Sozialdiensten offenbar nicht möglich ist.“ Dieses Zitat gibt Aufschluss darüber, dass sich Sozialarbeitende in einer Organisation mit staatlichem Träger weniger politisch engagieren können. Ein Erklärungsansatz ist das Machtverhältnis zwischen öffentlichen und freien Trägern. Die massgebenden Machtbasen liegen nach wie vor sehr deutlich bei den öffentlichen Auftraggebern. Sie entscheiden über Regelungen wie z.B. die Ausführung von Gesetzen und die Ressourcen Verteilung. Als Gegenstrategie werden Allianzen unter freien Trägern gesehen, denn das Wissen über adäquate informelle Regelungen und die Deutung sozialer Problemlagen scheint sich immer mehr

auf die freien Träger zu verlagern (vgl. Langer 2014: 97). Güntner und Langer (2014: 239) schreiben dem professionellen Handeln in der Sozialen Arbeit eine zwangsläufig politische Relevanz zu, und dies unabhängig vom Träger. Der Einfluss der Trägerschaft auf das politische Engagement von sozialen Organisationen, wird in der vorliegenden Arbeit nur am Rande vermerkt. Der Fokus, welcher der leitenden Annahme zugrunde liegt, bildet der Einfluss der staatlichen oder freien Kostenträger. Ausführungen zur Trägerlandschaft in der Sozialen Arbeit finden sich im Kapitel 3.3.

Wie bereits weiter oben im Text nach Kotlenga (2013: 20) zitiert, ist die öffentliche Positionierung von sozialen Organisationen, aufgrund ihrer Abhängigkeiten nicht möglich oder nicht gewollt. Die befürchteten Konsequenzen bei einer politischen Positionierung der Organisation drehen sich mehrheitlich um die Finanzierung. Auch der Entzug des Auftrages durch den Träger ist eine existenzielle Bedrohung (vgl. Engler 2015: 220). Die direkten finanziellen Konsequenzen stehen jedoch laut der aktuellen Literatur im Vordergrund. Die Finanzierung von Seiten der Kostenträger kann z.B. in Frage gestellt werden, aufgrund einer engagierten Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen (vgl. Stövesand 2014: 33). Es besteht die Angst sich mit einer politischen Positionierung für die Klientinnen und Klienten, durch die Abhängigkeit von Leistungsfinanzierenden, ins eigene Fleisch zu schneiden (vgl. Degiacomi 2005: o.S.). Auf der Ebene der einzelnen Mitarbeitenden, sind die Befürchtungen gross, wegen eines politischen Engagements, unter anderem arbeitsrechtliche Konsequenzen zu erfahren (vgl. Krüger 2012: 168) oder in eine herausfordernde „Sandwichposition“ zu geraten (vgl. Stövesand 2014: 33).

In der Studie über das Verhältnis der öffentlichen Sozialhilfe und Hilfswerken von Knöpfel, Frei und Janett 2016, wurde einerseits der politische Auftrag von Seiten der Hilfswerke, mit dem Hervorheben der politischen Neutralität, negiert. Andererseits wurde auf die finanzielle Abhängigkeit verwiesen. Der allfällige Angriff auf sozialpolitische Akteurinnen und Akteure wolle vermieden werden, da diese für das Sprechen der benötigten Mittel von zivilgesellschaftlichen Organisationen verantwortlich sind (vgl. Knöpfel 2018: o.S.).

In der aktuellen Tagespresse finden sich ebenfalls Aussagen zu solchen Befürchtungen, wie folgendes Beispiel der Basler Zeitung „TagesWoche“ zeigt: Die Präsidentin eines neutralen Quartiervereins bezieht Position gegen den Zusammenschluss mehrere Quartiervereine in einem Stadtteilsekretariat. Dies weil sie befürchtet: „Finanziert werden sie [die Stadtteilsekretariate] grösstenteils vom Kanton. Ob sie so unabhängig agieren können wie die neutralen Quartiervereine, ist deshalb fraglich“ (vgl. Duong 2018: o.S.).

Die Auswirkung dieser Abhängigkeitsbeziehungen und der daraus resultierenden Befürchtungen, um die Gefährdung der finanziellen Basis der Organisation, sind der Verzicht auf ein sozialpolitisches Engagement zu Gunsten eines getreuen Vollzugs des Auftrages (vgl. Knöpfel 2018: o.S.). Die sozialpolitischen Aktivitäten nahmen laut Stark (2007: 75) seit Ende der

90er Jahre ab. Einerseits weil es als nicht mehr notwendig erachtet und andererseits, weil es von der Leitung untersagt wurde. Die Gründe dafür sind die Angst, dass ein zu starkes sozialpolitisches Engagement und der damit verbundenen Kritik an den Geldgebern, zu Kürzungen führen könnte (vgl. Stark 2007: 75). Die Einbindung von sozialen Organisationen mit einer freien Trägerschaft durch Leistungsverträge und staatliche Kostenträgerschaften führt dazu, dass diese Organisationen sich nicht mehr frei zu Fehlentwicklungen äussern können. Knöpfel et al. (2016: 42) befürchten, dass diese Form der Einbindung soziale Organisationen „(...) vor allem auf kantonaler und kommunaler Ebene politisch ‚mundtot‘ machen, obwohl gerade dort grösste Dringlichkeit für eine gute politische Arbeit besteht.“ Mit anderen Worten, die Einbindungen in Leistungsvereinbarungen zwischen Sozialstaat und sozialen Organisationen führen zu einem sozialpolitischen Verzicht (vgl. Knöpfel 2018: o.S.).

6.3 Entpolitisierung der Sozialen Arbeit

Für viel Sozialarbeitende der 60er- und 70er-Jahre war die Berufswahl der Sozialen Arbeit attraktiv, durch die Vereinbarung von Beruf und ihrer kritischen Haltung gegenüber der „spätkapitalistischen Gesellschaft“. Die Berufspraxis war vereinbar mit der Distanz und Kritik gegenüber der herrschend Gesellschaftsordnung (vgl. Scherr 2011: 102). Damals war das Berufsverständnis ein Gesellschaftskritisches in Theorie und Praxis. Heute hingegen wird teilweise versucht, die Soziale Arbeit „(...) als einen modernen Dienstleistungsberuf jenseits grundsätzlicher gesellschaftskritischer Positionen zu etablieren“ (ebd.: 104). Die Überzeugung, dass Sozialarbeitende als Fachkraft und nicht nur als Staatsbürgerinnen und -bürger aufgefordert sind, sich politisch zu engagieren, ist historisch bedingt. Die Bewegung, die 1967 in Gang gekommen war, forderte einen integrativen und emanzipatorischen Umgang mit Personen, welche aus dem Rahmen und Raster der Gesellschaft fielen (vgl. ebd.: 102). Gegenwärtig ist die Rede von der Entpolitisierung der Sozialen Arbeit und ihren Ausbildungsstätten. Als Entpolitisierung der Sozialen Arbeit kann der Verzicht, von sozialen Organisationen und Sozialarbeitenden, auf ihren Beitrag zur Berücksichtigung von fachlich begründete Einsichten und Forderungen im politischen Entscheidungsprozess verstanden werden (vgl. ebd.: 109). Gysi (2018: 22) sieht in der Professionalisierung der Sozialen Arbeit einen Grund dafür: „Die Pionierprojekte entwickelten sich zu anerkannten professionellen Angeboten. Der politische Kampf dafür trat in den Hintergrund.“ Weitere Begründungen dieser Tendenz sind in der Verschiebung von rechtlichen, finanziellen und professionellen Zuständigkeiten für soziale Problemlagen von der Sozialen Arbeit auf den bürokratisch organisierten Dienstleistungssektor zu finden (vgl. Salustowicz 2006: 194). Diese Verschiebung geht einher mit dem Verschwinden der Reflexion über das Verhältnis von Sozialer Arbeit und Sozialpolitik. Dies gibt Anlass zu Befürchtungen und könnte bedeuten, „(...) dass die Soziale

Arbeit zu sehr versucht, sich mit den neuen ‚Gegebenheiten‘ zu arrangieren, (...)“ (Lorenz 2006: 261). Die grösste Herausforderung für die Repolitisierung der Sozialen Arbeit besteht darin, die eigene Profession von der Notwendigkeit der planvollen politischen Einmischung zu überzeugen (vgl. Engemann et al. 2007: 148).

6.4 Forderungen und Ziele der Repolitisierung

Dieses Kapitel hält das Spannungsfelder fest, in der sich Soziale Arbeit bewegt, streift das teilweise grosse Unverständnis über die entpolitisierte Soziale Arbeit und zeigt die Wichtigkeit des Bewusstseins von Sozialarbeitenden über ihre politische Funktion auf. Es werden einige Forderungen an eine politisch engagierte Soziale Arbeit zusammengefasst, woraus sich unter anderem das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit ableiten lässt. Abschliessend wird der mögliche Nutzen einer politisch stärker aktiven Sozialen Arbeit aufgezeigt.

Die Spannungsfelder und hohen Anforderungen an die Soziale Arbeit wurden in den vorhergehenden Kapiteln dargelegt. Die Mandate, sowie die Abhängigkeitsbeziehungen wurden erörtert. Die Soziale Arbeit findet im aktuellen gesellschaftspolitischen Kontext statt und steht täglich vor den „Vereinbarkeitserfordernisse unterschiedlicher Trägerinteressen und Vereinbarkeitsnotwendigkeiten der politischen und administrativen Entscheidungsebene“ (Böllert 2011, zit. nach Stövesand 2014: 33). Die Spannungen aus den Mandaten werden deutlich an den „(...) Verhältnissen zwischen trägerseitigen Kostenorientierung und professionsseitiger Bedarfsfeststellung oder zwischen klientenbezogenen Ansprüchen und gesellschaftlichen Kontrollinteressen“ (Röh 2006: 447). Trotz diesem Wissen über die Schwierigkeiten der Vereinbarkeit, der teilweise widersprüchlichen Aufträgen an die Soziale Arbeit, fordert unter anderem die kritische Theorie, eine Repolitisierung der Profession.

Die Auseinandersetzung mit der Sozialpolitik wäre im Interesse der Gestaltung einer klaren professionellen Identität und auch im Interesse der einzelnen Sozialarbeitenden. Doch die Auseinandersetzung findet entweder im Privaten statt oder die neuen Rahmenbedingungen werden oft unkritisch übernommen (vgl. Lorenz 2006: 261). Anstatt sich vermehrt für die Verpflichtung der sozialen Gerechtigkeit einzusetzen, ist ein Rückzug zu beobachten (vgl. Gysi 2018: 23). Auch bei Rieger (2013: 54) ist ein Unverständnis darüber zu spüren, denn nach seiner Meinung ist für die Etablierung der Sozialen Arbeit als Profession, das politische Handeln notwendig. Durch das zweite Mandat und die Abhängigkeit von staatlichen Rahmenbedingungen wohnt der Sozialen Arbeit eine gewisse Kontrollfunktion inne. Dieser Aspekt erhöht die Dringlichkeit eines politischen Engagements von Seiten der Sozialen Arbeit, um Einfluss auf die staatlichen Rahmenbedingungen zu nehmen (vgl. Mathis 2014: 6) und nicht Gefahr zu laufen von der Sozialpolitik instrumentalisiert zu werden.

Doch ist aktuell genau eine Anpassung der Sozialen Arbeit, an die Umstände des neoliberalen, sozialpolitischen Klimas und den verhärteten Rahmenbedingungen festzustellen. Ermessensspielräume werden kaum mehr genutzt und es ist eine Art „vorausseilender Gehorsam“ zu beobachten (vgl. Knöpfel 2018: o.S.). Zum Erstaunen der Verfasserin wird in der Studie von Helfer und Saxer (2014a: 84f.) darauf aufmerksam gemacht, dass sich in Anbetracht der finanziellen Abhängigkeit der meisten Organisationen, es ein Bewusstsein für die Grenzen und Handlungsspielräume von Seiten der Professionellen geben muss. Dies ist für die Verfasserin beispielhaft für die stille Übernahme und Anpassung der Sozialen Arbeit an die neoliberalen Dynamiken und Akzeptanz der Ökonomisierungstendenzen im Sozialwesen. Das Bewusstsein dafür ist unbestritten höchst relevant, zentral ist jedoch die Frage nach der daraus resultierenden Handlung.

„Wer aufmerksam macht, dass es Ungerechtigkeit und Elend gibt, ist politisch; nicht parteipolitische, aber gesellschaftspolitisch.“ (Stocker 2010: 20) Und diese „Seismographenfunktion“, als Expertenwissen über gesellschaftliche Entwicklungen hat die Soziale Arbeit durch ihre Nähe zu den Klientinnen und Klienten inne (vgl. Kotlenga 2013: 20). Sowie im Kapitel 4.1.1 dargelegt eine politische Aufgabe um ihren Auftrag zu erfüllen und ihrer Profession entsprechend zu handeln.

Lorenz (2006: 268) meint, dass Sozialarbeitende, durch das Bewusstwerden ihrer Interpretationsaufgaben, der sozialpolitischen Entmündigung von Klientinnen und Klienten entgegenwirken können. Auch Benz und Rieger (2015: 46) machen auf die zentrale Bedeutung des Bewusstseins von Sozialarbeitenden, für ihre politische Funktion, aufmerksam: „Sie [die Soziale Arbeit] handelt politisch dort, wo sie die sozialpolitischen Vorgaben ohne Bewusstsein ihrer sozialpolitischen Implikationen umsetzt, wie auch dort, wo sie ihren erheblichen Gestaltungsspielraum vor Ort in die eine oder andere Richtung nutzt.“

Nur durch das Rollenbewusstsein von Sozialarbeitenden, können die vorhandenen Gestaltungsfreiräume in der Klientenarbeit wahrgenommen werden (vgl. Lorenz 2006: 269). Somit hat das Handeln in der Sozialen Arbeit eine politisch relevante Gestaltungskraft und eine Verantwortung dafür (vgl. Güntner/Langer 2014: 239).

Neben der Forderung nach einem verstärkten Bewusstsein von Sozialarbeitenden für die politische Funktion und der damit verbunden kritischen Auseinandersetzung mit den arbeitspezifischen Rahmenbedingungen der Organisationen, um die damit verbundene Chance den vorhandenen Spielraum mehr zu Gunsten der Klientinnen und Klienten zu nutzen, wird die Aneignung von Wissen zum Politsystem der Schweiz gewünscht. Das Wissen über formale Abläufe und Instrumente, sowie die Vernetzung zu relevanten Akteurinnen und Akteure ist unabdingbar für ein zielführendes politisches Engagement (vgl. Wigger 2010: 16f.). Von Seithe (2012: 421f.) wird eine erhöhte Beteiligung von Sozialarbeitenden in Gewerkschaften, Bündnissen und Verbänden gefordert, um der Entsolidarisierung und dem erhöhten Wettbe-

werb entgegenzuwirken und um die Durchsetzungskraft gegenüber von sozialpolitischen Gesprächspartnern zu stärken. Die Vernetzung und der Informationsaustausch unter den Organisationen können wertvolle Synergien bieten, um der Basis beim Einbringen von politischen Anliegen mehr Gewicht zu verleihen (vgl. Mathis 2014: 11f.). Auch Kotlenga (2013: 30) sieht in der stärkeren Vernetzung unter sozialen Organisationen eine Verbesserung ihrer sozialpolitischen Rolle.

Im Rahmen des fachlichen Selbstverständnisses von Sozialarbeitenden wird das politische Handeln als Bestandteil und eine klare Haltung gefordert (vgl. Wigger 2010: 15). „In erster Linie eine fachliche, und wenn nötige selbstverständlich auch eine politische. Der Positionsbezug kann sicher nicht ‚neutral‘ sein.“ (Stocker 2010: 20) Durch ein kritisches Selbstbewusstsein und ein ethisch-menschenrechtliches Professionsverständnis kann auf dem sozialarbeiterischen Standpunkt beharrt werden und dieser als Strategie, z.B. zur Thematisierung von Dilemmata, angewandt werden (vgl. Seithe 2012: 407).

Des Weiteren müssen die organisationsinternen Strukturen angepasst werden, um eine qualifizierte sozialpolitische Einmischung überhaupt zu zulassen (vgl. Wulf-Schnabel 2001: 288). Dies setzt voraus, dass das politische Engagement als eine Form der Hilfe, im Sinne des ersten Mandats, wahrgenommen wird und die Mittel zur engagierten Betreuung bereitgestellt werden (vgl. Rieger 2007: 105).

Die kritische Theorie macht im Zusammenhang, mit der Forderung nach mehr politischen Aktivitäten im sozialarbeiterischen Bereich, auf die Förderung der Fähigkeit zur Utopie aufmerksam. Nur so können Gegenentwürfe zum vorherrschenden System entwickelt werden (vgl. Röh 2006: 446).

Die benannten Forderungen an soziale Organisationen, wie auch an einzelne Sozialarbeitende, haben das politische Engagement und die allgemeine Repolitisierung der Sozialen Arbeit zum Ziel.

Die kritische Soziale Arbeit sieht die Repolitisierung als unumstößlich. Als wichtige Voraussetzung dafür nennt Seithe (2012: 405) die Strategie der Reflexivität. Die Soziale Arbeit soll aktuelle Herausforderungen der Profession reflektiert und Kritik wissenschaftlich begründen. Somit können Zusammenhänge verstanden und ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass die gesellschaftlichen Normen, Regeln und Rahmenbedingungen, und dass Verhältnisse von Menschen konstruiert sind (vgl. ebd.: 405-407). Vor diesem Hintergrund können die Verhältnisse dann kritisch analysiert und soziale Gerechtigkeit eingefordert werden.

Die Professionalisierung und die Gewinnung fachlicher Entscheidungsautonomie der Sozialen Arbeit kann laut Wigger (2010: 17) nur durch politisches Engagement erreicht werden. Daher ist die Steigerung der Politikfähigkeit der Sozialen Arbeit, mit reflexivem Rückbezug auf ethische Grundsätze, dringend notwendig (vgl. Rieger 2013: 59). Um dem Anspruch der Sozialen Arbeit gerecht zu werden, für vulnerable und vom sozialen Ausschluss bedrohte

Menschen einzutreten, braucht es eine politische Selbstbehauptung (vgl. Röh 2006: 448). Da die Soziale Arbeit die rechtlichen und materiellen Ressourcen politisch zugewiesen bekommt (vgl. Benz/Rieger 2015: 37). Auch Sommerfeld (2013: 183) sieht die Notwendigkeit einer klaren politischen Positionierung um sich als Profession zu behaupten. Auch in unterschiedlichen politischen Kontexten soll sich die Soziale Arbeit anhand ihrer Werte positionieren, um der Abhängigkeit von der Politik entgegenzutreten. Die Stärkung der Sozialen Arbeit durch eine bessere politische und gesellschaftliche Positionierung, führt zu einer Verbesserung der Arbeits-, Unterstützungs- und Hilfebedingungen (vgl. AvenirSocial 2010: 8). Die aktive Auseinandersetzung und Einmischung der Sozialen Arbeit in die sozialpolitischen Trends können Mithelfen die Fremdbestimmung, z.B. bei der Zuweisung der Arbeitsfelder, abzufedern (vgl. Schmid 2011: 21).

7 Methodisches Vorgehen

Nachfolgend wird das methodische Vorgehen der qualitativen Untersuchung dargelegt. Benz und Rieger (2015: 73) benennen die Vorgehensweise der Befragung, der Dokumentenanalyse und der Beobachtung als die relevantesten Forschungsmethoden für den Bereich der Politikwissenschaften. Zwei dieser Methoden wurden in der vorliegenden Untersuchung angewendet.

7.1 Theoretische Sensibilisierung

Bei der gewählten Forschungsmethode bildet der Ausgangspunkt eine wahrgenommene, relevante, gesellschaftliche Problemstellung. Der Wissenshintergrund der vorliegenden Arbeit wurde in den vorhergehenden Kapiteln wie von Witzel (1985: 230) verlangt offengelegt und systematisiert.

Das Vorgehen in der vorliegenden Untersuchung war kein rein deduktives oder induktives. Es wurde ein „Mittelweg“ gewählt, welche dem Forschungsgegenstand gerecht wird, einerseits durch die Beleuchtung der vorläufig theoretischen Kategorien und andererseits der induktiven Entwicklung von Neuen. Laut Kelle und Kluge (2010: 23) müssen qualitativ entwickelte Konzepte gleichermassen empirisch begründet und theoretisch informiert sein, es soll also vom theoretischen Vorwissen, wie auch vom empirischen Datenmaterial ausgegangen werden. Dieses theoretische Vorwissen wurde mit Hilfe von sensibilisierenden Konzepten erarbeitet und für die Strukturierung der Untersuchung, sowie der Fokussierung der Aufmerksamkeit der forschenden Person zu Hilfe genommen. Die Präzisierung und Konkretisierung findet danach in der Auseinandersetzung mit dem Untersuchungsgegenstand statt (vgl. ebd.: 30).

7.2 Datenerhebung

7.2.1 Problemzentrierte Interviews

Das problemzentrierte Interview eignet sich für die Erfassung von sozialwissenschaftlichen Forschungsgegenständen, die einen komplexen und prozessualen Kontextcharakter aufweisen. Diese Datenerhebungsmethode gilt als flexibel, situationsadäquat und kann der Situationsbezogenheit und Prozesshaftigkeit interpretativer Anteile des sozialen Handelns gerecht werden. Es gilt als offenes, halbstrukturiertes qualitatives Verfahren (vgl. Mayring 2002: 67).

Im Kern geht es um die Sichtweise der Individuen und um die Erfassung der Konstruktionsweisen der gesellschaftlichen Wirklichkeit (vgl. Witzel 1985: 227f.).

Auf eine explizite Hypothesenbildung im Vorfeld wird verzichtet, um den empirischen Erkenntnisgewinn, durch ein einengendes Kategoriensystem, nicht zu begrenzen. Das „Prinzip der Offenheit“ zeigt sich in der Herangehensweise mit einem relativ offenen theoretischen Konzept, welches sich verbunden mit der Fragestellung auf die subjektive Problemsicht fokussiert. Der Kern bildet die Aufschlüsselung des Sinns und der Begründungen für Handlungen und Absichten und nicht die Suche nach Ursachen (vgl. ebd.: 228).

„Problemzentrierte Interviews eignen sich hervorragend für eine theoriegeleitete Forschung, da es keinen rein explorativen Charakter hat, sondern die Aspekte der vorangegangenen Problemanalyse in das Interviewe Eingang finden.“ (Mayring 2002: 70) Des Weiteren gilt es den „kommunikativen Charakter“ der Datengewinnung zu berücksichtigen, in dem ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten angestrebt wird (vgl. Witzel 1985: 229). Dies führt zu einem oftmals ehrlicheren, reflektierten, genaueren und offeneren Forschungsprozess als bei einer Erhebung mittels Fragebogen (vgl. Mayring 2002: 69). Ziel ist es das Interview in narrativer Dialogform zu führen, in dem die interviewte Person die Möglichkeit hat Sachverhalte zu explizieren (vgl. Witzel 1985: 234).

Mittels des aus Erzählanreizen und Fragen bestehenden Leitfadens⁵ wurden die, für die Forschungsfragestellung, relevanten Themenbereiche angesprochen. Der Leitfaden gründet auf den oben erläuterten sensibilisierenden Konzepten.

Der Leitfaden wurden in Anlehnung an das SPSS-Prinzips entworfen, welches das Sammeln möglichst vieler Fragen, die Prüfung der Fragen auf ihre Wichtigkeit, das Sortieren der Fragen in zwei bis vier Fragebündel und das Subsumieren der Fragbündel unter eine Erzählauforderung vorsieht (vgl. Helfferich 2011: 182-185). Die einzelnen Fragebündel enthielten konkrete Unterfragen die den gezielten Nachfragen und der Lenkung auf das Forschungsinteresse dienten.

Das konkrete Vorgehen sah wie folgt aus: Im Vorfeld wurde ein Pretest durchgeführt, mit dem Ziel der Qualitätsverbesserung des Fragebogens und der Einschätzung der Interviewdauer. Nachdem die Interviewpartnerinnen und -Partner über das Untersuchungsvorhaben, sowie über die Gewährleistung der Anonymität und des Datenschutzes informiert wurden, kam es zur Unterzeichnung der Einwilligungserklärung⁶. Die Interviews mit Führungspersonen aus sozialen Organisationen dauerten 48 und 59 Minuten, wurden auf Tonbandaufgezeichnet und in Basel, an einem Ort ihrer Wahl, durchgeführt.

⁵ Leitfaden: im Anhang.

⁶ Vorlage der Einwilligungserklärungen: im Anhang; die unterzeichneten Erklärungen werden getrennt von den Daten aufbewahrt.

7.2.2 Leitfadengestütztes Experteninterview

Ziel des Experteninterviews war das spezifische Fachwissen abzuholen und die beiden problemzentrierten Interviews mit einer weiteren Sicht zu ergänzen. Stéphane Beuchat, Co-Geschäftsleiter AvenirSocial, wurde zu seinem Sonderwissen zum politischen Engagement von sozialen Organisationen und seinem Handlungsbereich innerhalb des Berufsverbandes befragt (vgl. Helfferich 2011: 163).

Eine stärkere Strukturierung für Experteninterviews wird durch das Interesse an Fakteninformationen gerechtfertigt und im Allgemeinen anerkannt (vgl. ebd.: 165). In der vorliegenden Arbeit wurde der Grad der Strukturierung so gewählt, dass Informationen, aber auch Deutungswissen erhoben werden konnte (vgl. ebd.: 164). Die Verfasserin hielt sich die Option offen weitere Experten- oder Expertinnen zu interviewen würden weitere relevante Instanzen in den problemzentrierten Interviews benannt werden.

Das Interview wurde in Bern auf der Geschäftsstelle von AvenirSocial geführt. Es wurde auf Tonband aufgezeichnet und dauerte 1 Stunde und 9 Minuten. Die Vorlage der Einwilligungserklärung, mit dem Verzicht auf Anonymisierung, befindet sich im Anhang. Das Experteninterview wurde geplant als letztes der drei Interviews durchgeführt, um allfällige Denkanstöße aus den problemzentrierten Interviews einzubringen.

7.2.3 Dokumentenanalyse

Die Grundlagendokumente der Organisationen, in welchen die interviewten Personen tätig sind, wurden mittels einer Dokumentenanalyse beleuchtet. Das Ziel der in dieser Arbeit durchgeführten Dokumentenanalyse war den institutionellen Handlungskontext, sowie die Wertorientierung der Organisationen in Bezug auf das politische Engagement zu erkunden (vgl. Salheiser 2014: 815). Dokumentenanalysen können Aufschluss über Rahmenbedingungen geben, welche die interviewten Personen in ihrem Handeln berücksichtigen und für ihre Arbeit interpretieren müssen (vgl. Witzel 1985: 230).

Es können Erkenntnisse über soziales Handeln erschlossen werden und daraus besteht die Möglichkeit soziale Prozesse und Strukturen zu rekonstruieren (vgl. Salheiser 2014: 814). Neben der manifesten Sinnebene des Textes, in der relevante Sachverhalte dargestellt und bewertet sind, besteht die latente Sinnebene, auf die durch das Dokument geschlossen werden kann z.B. die Bedeutung, hinter dem Ablauf der Interaktionssituation. (vgl. ebd.: 815).

Ein nennenswerter Vorteil der Dokumentenanalyse ist, dass die zu analysierenden Daten bereits vorhanden sind und nicht eigens hervorgebracht werden müssen. „Wegen ihres nichtreaktiven Charakters können sie dazu dienen, die Gültigkeit auf anderen Wegen gewonnen Materials einzuschätzen.“ (Mayring 2002: 49) Wichtig dafür ist die Einschätzung des

Erkenntniswertes des zu analysierenden Dokumentes (vgl. ebd.: 47f.). Den sogenannten Quellenkunden kommt im Verfahren der Dokumentenanalyse eine zentrale Bedeutung zu. Die Verlässlichkeit, Aussagekraft und Authentizität des Dokuments werden dabei kritisch bewertet (vgl. Salheiser 2014: 814f.). Auch die Rekonstruktion des Entstehungs- und Nutzungszusammenhangs, sowie des Zwecks des Dokuments sind unabdingbar (vgl. ebd.: 816).

Die Dokumentenanalyse wurde, in der vorliegenden Arbeit, zeitlich vor den Interviews durchgeführt, um den Forschungsgegenstand in der Phase der Exploration näher zu erschliessen (vgl. ebd.: 823). Die gefundenen Textstellen, welche den Schluss auf eine Verankerung des politischen Engagements der Organisation zuließen, konnten im Interview zielführend einfließen.

Die Quellenkunde wurde methodengetreu beachtet. Die Verlässlichkeit, Aussagekraft und Authentizität der Grundlegendokumente wurden von der Verfasserin als erfüllt eingestuft, unter anderem weil die Dokumente nicht absichtlich für diesen Forschungszweck erstellt wurden. Auch der Erkenntniswert wurde als gegeben bewertet. Da die Bedeutung, sowie die Anzahl der extrahierenden Faktoren vor der Analyse unbekannt waren, wurde das Aufdecken von unbekanntem Strukturen angestrebt. Dieses Vorgehen wird als explorative Faktorenanalyse bezeichnet und ist ein strukturierendes Verfahren (vgl. ebd.: 815). Die auszuwertenden Textstellen der Dokumente wurden in die gleiche Auswertungstabelle der Interviews kopiert und mit dem gleichen Verfahren der Paraphrasierung, Generalisierung und Reduktion bearbeitet. Die zusammengefassten Ergebnisse der Dokumentenanalyse sind im Kapitel 8.4.4 dargestellt und die Interpretation folgt im Kapitel 9.1.3.

7.3 Sampling

Die qualitative Sozialforschung muss sicherstellen, dass die für den Forschungsgegenstand relevanten Fälle einbezogen werden und eine theoretisch bedeutsame Verzerrung vermieden wird (vgl. Kelle/Kluge 2010: 41f.). Die bewusste Auswahl der zu untersuchenden Organisationen für qualitative Befragungen ist eine zulässige Methode nach Meyermann, Gebel und Liebig (2014: 968). Die Stichprobe kann bewusst kriterien gesteuert geschehen, durch die Berücksichtigung von Trägerinnen und Trägern relevanter Merkmalskombinationen (vgl. Kelle/Kluge 2010: 43). In der vorliegenden Arbeit sind diese relevanten Merkmalskombinationen: Organisationen mit Sitz im Kanton Basel-Stadt, im sozialen Bereich tätig und als Unterscheidungsmerkmal mit freier oder staatlicher Träger- und Kostenträgerschaft.

Neben der Wahl der Organisation stellt sich die Frage der Auswahl von Mitgliedern, welche die Organisation repräsentieren, da Organisationen nicht für sich selber sprechen können.

Solche stellvertretenden Mitglieder werden Proxy-Informantinnen und Informanten genannt und werden als auskunftsfähige Repräsentantinnen und Repräsentanten der jeweiligen Organisation eingeschätzt (vgl. Meyermann et al. 2014: 968).

Die Wahl fiel auf Mitglieder der Geschäftsleitung der jeweiligen Organisation als Proxy-Informantinnen und Informanten. Einerseits, weil Führungspersonen am ehesten das Recht haben sich im Namen der Organisation zu äussern, andererseits weil die Erwartung der qualifizierten Einmischung in politische Diskussionsprozesse an die Ebene der Führungskräfte gestellt wird (vgl. Engemann et al. 2007: 145). Engemann et al. (ebd.) benennen die Veränderung des Kompetenzprofils von Führungskräften als eine Auswirkung des Sozialabbaus. Um dem finanziellen und legitimatorischen Druck stand zu halten und die Existenz der Organisation zu sichern müssen die Führungskräfte neben ausgeprägten fachlichen Fähigkeiten, auch „(...) strategisch die wirtschaftliche und politische Logik der eigenen Arbeit erfassen und entsprechend handeln – Managementkompetenzen sind gefragt“ (Engemann et al. ebd.).

7.4 Datenaufbereitung

Die Interviews wurden auf Tonband aufgenommen und anschliessend vollständig von der Verfasserin transkribiert und gemäss Datenschutz anonymisiert. Bei der kommentierten Transkription werden zusätzliche Informationen über das Wortprotokoll hinaus festgehalten, z.B. Betonungen oder Pausen (vgl. Mayring 2002: 94). Die Transkriptionen der vorliegenden Arbeit wurden in Anlehnung an die Transkriptionsregeln⁷ nach Kallmeyer und Schütze, sowie nach Kuckartz 2007 erstellt (vgl. Kuckartz 2010: 43-45).

7.5 Datenauswertung

Die Auswertung der Interviewtranskriptionen wurde mit der Methode der qualitativen zusammenfassenden Inhaltsanalyse nach Mayring (2002: 114) vorgenommen, einer kontrollierten schrittweisen Analyse. Dieses Vorgehen ist regelgeleitet und damit stark intersubjektiv überprüfbar (vgl. Mayring/Fenzl 2014: 543). Durch dieses Vorgehen wird das Material reduziert ohne die wesentlichen Inhalte zu verlieren. In der vorliegenden Arbeit wurden die Kategorien deduktiv und induktiv entwickelt, indem mit der theoretischen Sensibilisierung und dem erarbeiteten Leitfaden an das Material herangetreten wurde. Der Leitfaden verwies bereits auf theoretische, forschungsrelevante Aspekte. Diese zu analysierenden Aspekte des politischen Engagements von sozialen Organisationen wurden dabei als deduktive Oberka-

⁷ Die Transkriptionsregeln und exemplarische Ausschnitte aus den Transkriptionen: im Anhang.

tegorien verstanden, welche im Verlauf der empirischen Auswertung mit induktiv entwickelte Kategorien ausgefüllt wurden (vgl. ebd.: 547).

Konkret wurde jede Zeile des Materials bearbeitet mit dem Fokus der Selektionskriterien. Die inhaltstragenden Textstellen wurden paraphrasiert und in Kategorien zusammengefasst, ähnliche Textstellen wurden subsumiert (vgl. Ramsenthaler 2013: 30). Die Kategorienbezeichnung ist ein Begriff oder Satz aus dem Material oder der Theorie. Für unpassende Textstellen wurde eine neue Kategorie gebildet (vgl. Mayring 2002: 116f.). Die Reduktion des Datenmaterials fand einerseits durch das paraphrasieren relevanter und das Streichen weniger relevanter Zitate statt. Sowie durch die Zusammenfassung ähnlicher Paraphrasen zu Generalsierungen (vgl. Mayring/Fenzl 2014: 544). Die Zusammenfassung wird immer abstrakter und kann schrittweise verallgemeinert werden (vgl. Mayring 2015: 69). Das entstandene Kategoriensystem⁸ wurde in einem letzten Schritt deduktiv am Material rücküberprüft. Die einzelnen Auswertungen wurden zum Schluss übergreifend betrachtet, wodurch eine Generalisierung bestimmter Resultate möglich wurde. Die Beantwortung der Fragestellung wurde durch das interpretieren der Ergebnisse und auf der Grundlage der Theorie angegangen und ist im Kapitel 9 zu finden.

⁸ Kodierschema: im Anhang.

8 Deskriptive Ergebnisdarstellung

In den folgenden Kapiteln werden die empirischen Ergebnisse deskriptiv dargestellt. Sie sind in thematische Unterkapitel geordnet, entlang den induktiv und deduktiv entwickelten Kategorien. Der folgenden Ausführungen sind sprachlich nahe an den mündlichen Aussagen der interviewten Personen angelehnt.

Die Aussagen von den interviewten Führungspersonen sind anonymisiert und mit den Bezeichnungen „A“ und „B“ betitelt.

Die Organisation A, ist eine soziale Organisation mit freier Trägerschaft und staatlichem Hauptkostenträger.

Die Organisation B, ist eine soziale Organisation mit freier Träger- und Kostenträgerschaft. Beide Organisationen sind in ihrer Rechtsform als Verein mit Vorstand organisiert.

Beim Experteninterview mit Stéphane Beuchat, Co-Geschäftsleiter von AvenirSocial, besteht keine Verpflichtung zur Anonymisierung. Für den besseren Erhalt der Übersicht wird in der folgenden Ergebnisdarstellung dieses Interview trotzdem mit dem Kürzel „E“ bezeichnet.

8.1 Das Bewusstsein für die politische Soziale Arbeit

Aktuelle Stellung der Sozialen Arbeit in der Politik

Die Sozial Arbeit wird nicht immer genügend ernstgenommen und hat sicherlich auch weniger Gewicht, als der Wirtschaftssektor findet die interviewte Person A. Dies ist unter anderem dadurch bedingt, dass die Soziale Arbeit nicht den professionellen Ruf genießt, den sie haben sollte. Die Wichtigkeit und der Nutzen, der Sozialen Arbeit wird nicht gesehen und unterschätzt. Die Soziale Arbeit hat nach Meinung der Führungsperson A ein Defizit in der Vertretung von Anliegen und der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Führungskraft aus dem Interview B schreibt der Sozialen Arbeit in der Politik eine kleine Rolle zu. Und betont, dass die Stimme der Sozialen Arbeit immer weniger Gehör findet.

Interviewpartner E schätzt die Stellung der Sozialen Arbeit in der Politik als „mager bis dürftig“ ein (Interview E, Zeilen 53). Die Soziale Arbeit ist seiner Meinung nach im politischen Diskurs überhaupt nicht angekommen und hat lediglich einen ausführenden Aspekt. Auch als Fachexpertinnen und -experten finden die Sozialarbeitenden überhaupt keine Beachtung, nach seiner Einschätzung. Dies schreibt er unter anderem der Untervertretung von Sozialarbeitenden in den Parlamenten zu.

Seismographen-Funktion

„Soziale Arbeit bearbeitet im besten Fall gesamtgesellschaftliche Herausforderungen und wenn man es nicht auch gesamtgesellschaftliche betrachtet und reflektiert macht man auch Sisyphusarbeit.“ (Interview E, Zeilen 266-272) Das Bewusstsein für den gesellschaftlichen Ursprung von Problemlagen ist, nach Aussage von Interviewpartner E, zu wenig vorhanden. Und „Die Problemlagen auf der gesellschaftlichen Ebenen verorten, (,) das können wir [die Soziale Arbeit] zu wenig.“ (Interview E, Zeilen 283-285)

Die Führungskraft A schreibt der Sozialen Arbeit die Rolle zu, auf Problemlagen aufmerksam zu machen und diese in die Öffentlichkeit zu bringen.

Aus dem Interview B geht hervor, dass die Führungskraft die Aufgabe ihrer Organisation unter anderem darin sieht, die Gesellschaft für die ihnen bekannten Problemlagen zu sensibilisieren. Die Führungskraft B beklagt einen Rückgang des Bewusstseins für Problemlagen der Klientinnen und Klienten im politischen System und schreibt es der Haltung zu, dass es genügend Institutionen gebe und alles aufgegleist sei.

Die Soziale Arbeit trägt eine Mitverantwortung und sei teilweise blind unterwegs meint Interviewpartner E auf die Frage nach der Seismographen-Funktion der Sozialen Arbeit. Und weiter, dass der Leidensdruck des Einzelnen zu gering sei, um sich einzubringen.

Er hat den Anspruch, dass die Soziale Arbeit Missstände zur Sprache bringt. Und meint weiter: „(...) und im besten Fall uns gut organisieren und uns einbringen.“ (Interview E, Zeilen 260-264). Er bekräftigt seine Aussage damit, dass er die Soziale Arbeit als Temperaturmesser von sozialen Problemlagen auf der Mikro- Makro- und Meso-Ebene sieht. Schreibt der Profession aber keine alleinige Verantwortung für Veränderungen in der Gesamtgesellschaft zu. Die Wahrnehmungen der Sozialen Arbeit sollen an Entscheidungsträger weitergegeben werden.

Das Bewusstsein für den politischen Auftrag

Die interviewte Person A denkt das eine Veränderung von unten nach oben durch die Soziale Arbeit möglich ist, wenn sich Sozialarbeitende zu Gunsten der Klientinnen und Klienten einsetzen und auf soziale Problemlagen aufmerksam machen.

Die Führungskraft B beschreibt prägnant ihr Bewusstsein für den politischen Auftrag mit folgenden Worten: „Also ich finde, unser <spezifisches Projekt> ist für mich eine grosse politische Methode, die Sensibilisierung der Gesellschaft. Um (ähm) ich denke die wirkt sehr direkt.“ (Interview B, Zeilen 129-130)

Ihre persönliche Zielsetzung „Entwicklungschancen für alle“ (Interview B, Zeilen 165-166) sieht sie ebenfalls als „sehr politische Arbeit“ (Interview B, Zeilen 165-166). Des Weiteren führt sie aus, dass es für den Erfolg eines Projekts von Relevanz ist, sich um die Rahmenbedingungen zu kümmern und benennt die Soziale Arbeit als anwaltschaftliche Interessen-

vertretungen. „Das hat mit dem Selbstverständnis zutun. Sie [die Sozialarbeitenden und die Klientinnen und Klienten] sehen ihre <spezifische Tätigkeit> als politische Arbeit an. Und das ist auch meine Sicht.“ (Interview B, Zeilen 403-404).

Für Interviewpartner E ist klar, dass kein einheitlicher Konsens darüber besteht, ob die Soziale Arbeit politisch ist oder nicht. Bei AvenirSocial hingegen besteht Einigkeit zu diesem Thema: „(...), dass Soziale Arbeit politisch ist. Nicht nur, aber auch politisch.“ (Interview E, Zeilen 8-18) Dies wird gestützt auf das dritte Mandat nach Staub-Bernasconi. Er sieht den Auftrag sich fachlich begründet in die Sozialpolitik einzumischen.

Das Bewusstsein für den politischen Auftrag ist wichtig und ist zu wenig vorhanden laut Interviewpartner E. Auch das Bewusstsein für den grösseren Kontext, über den Mikrokosmos der Organisation hinaus, ist nicht vorhanden und damit bleibt die Schlussfolgerung sich politische zu engagieren aus. Er geht einig damit, dass das Bewusstsein der sozialen Organisationen weitgehend dafür fehlt, dass ihr Schweigen als stille Zusage verstanden wird. „Wenn du dich nicht um die Politik kümmerst, kümmert sich die Politik um dich.“ (Interview E, Zeilen 877-888)

8.2 Konkrete Methoden

Politisches Engagement der Organisationen

Die Organisation A ist nach Aussagen der interviewten Person A nicht wirklich politisch aktiv und das Wissen zu den Problemlagen der Klientinnen und Klienten wird nicht öffentlich gemacht.

Für Führungskraft B stehen beim politischen Engagement der Organisation eindeutig die Klientinnen und Klienten im Zentrum. Die Person B nennt einmal mehr die Sensibilisierungsarbeit die von Organisation B geleistet wird. Des Weiteren macht Person B darauf aufmerksam, dass die Organisation sich mehr auf kantonaler Ebene politisch engagieren würden, wenn es möglich wäre. Eine eindeutig parteipolitische Positionierung der Organisation wird kategorisch ausgeschlossen mit den Worten: „Ja, also eine eindeutige parteipolitische Positionierung geht gar nicht.“ (Interview B, Zeilen 309-310) Es wird die regionale, kantonale und nationale Vernetzung durch die Mitgliedschaft in einem Verband erwähnt von der interviewten Person B.

Interviewpartner E gibt auf diese Frage, nach dem politischen Engagement von Organisationen, die Antwort, dass AvenirSocial nicht viel politisches Engagement wahrnimmt.

Konkrete Methoden

Als konkrete Methoden wird von der interviewten Person A die Umsetzung von Gesetzen benannt, den teilweise überdurchschnittliche Einsatz im Einzelfall, welcher als sinnvoll und effizient bewertet wird, sowie das teilweise hartnäckige „am Ball bleiben“ bei den Ämtern. Weiter wurden die Instrumente der Vernetzung und der Kontaktaufnahme zu politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger erwähnt.

Auf die Frage nach den konkreten Methoden der politischen Arbeit der Organisation B wurden Gespräche mit politisch, relevanten Personen benannt, bis Bundesratsebene. Des Weiteren werden politische Vertreterinnen und Vertreter in den Vorstand gewählt und eine gute Vernetzung wird angestrebt, z.B. durch den Verband. Denn „Eine Organisation allein ist nichts. Es braucht die Vernetzung.“ (Interview B, Zeile 421)

Eine mehrfache Erwähnung, als konkrete Methode, fand im Interview B die direkte, alltägliche Klientenarbeit. Einerseits wurde dabei das Empowerment der Klientinnen und Klienten aufgezählt und andererseits das notwendige Bewusstsein der Sozialarbeitenden für die Situation und die Ursachen der Problemlage des Klientels. Dies dient dann als Expertenwissen, um auf den Notstand aufmerksam zu machen. Die Auseinandersetzung mit der eigenen politischen Haltung benennt die Führungskraft B als relevant. Als weitere politische Methode wurde das Nutzen des Handlungsspielraums erwähnt: „Du kannst nur [im Rahmen] drin gestalten. Den Spielraum nutzen.“ (Interview B, Zeilen 612-614)

Im Interview E wurden folgende möglichen Methoden benannt: Effektive Fälle vor Gericht bringen, Monitoring, Beitritt in den Berufsverband, Kontaktieren von Stadt- oder Kantonsräten und die Ausgangslage erörtern, Einbringen in Verbände, Briefschreiben an die zuständigen Personen, lautstark vor Debatten auf sich aufmerksam machen, Diskussionsbeiträge leisten durch fundierte, ausführliche Argumentationspapiere, Austausch mit Fachkommissionen, Positionspapiere mit Gegenargumenten, Netzwerke aufbauen mit Entscheidungsträgern und Medienarbeit.

Interviewpartner E meint, dass der Einfluss des Berufsverbandes auf nationaler Ebene am grössten sei. Je nach Thema auch auf kantonaler Ebene.

„Uns sind die Hände gebunden“

Die Führungskraft A sieht teilweise keine politischen Veränderungen bei bekannten Problemen. Und beschreibt die Auswirkungen dieses Stillstands als „umherschoben von Menschen“ (Interview A, Zeile 300) Die zuständigen Ämter halten sich an Gesetze, welche nach Person A dieses Problem, des Umherschobens, verursachen. Hier spielt, laut Person A, auch das Prinzip der Subsidiarität eine negative Rolle.

Auch sieht Führungsperson A keinen grossen Spielraum in der täglichen Arbeit und sieht wenige Möglichkeiten an den Strukturen etwas zu ändern. Nach Meinung der Führungskraft

A verändert die engagierte Einzelarbeit die Gesetz nicht und die Entscheidungsmacht z.B. bei Kürzungen liegt bei Anderen.

Im Verlauf des Interviews B tauchten immer wieder Bemerkungen wie folgende auf: „Wir merken, es wird abgestimmt und dann geht es weiter und dann versackt es im politischen System. Da geht gar nichts.“ (Interview B, Zeilen 90-91) oder „Allein im politischen System, bis du da ein Gespräch bekommst.“ (Interview B, Zeilen 120-122) oder „Da merken wir, da sind uns total die Hände gebunden.“ (Interview B, Zeilen 88-89) Die nachdrücklichen Erzählungen zu einigen Beispielen endeten mit: „Es waren verschiedene Strapazen.“ (Interview B, Zeilen 120-122)

Interviewpartner E meinte, dass es einerseits nicht allzu viele Möglichkeiten der Einflussnahme gibt und andererseits, dass viele nicht zielführend sind. Des Weiteren schätzt er den Beitrag von AvenirSocial als einen kleinen ein. Er glaubt nicht daran, an den grossen Leitplanken des neoliberalen Dampfers etwas ausrichten zu können.

Zuständigkeit und Delegation der anwaltschaftlichen Interessenvertretung

Im Interview A fielen die Aussagen zur Zuständigkeit vage aus. Auf die Frage, ob die Organisation A dem Aufruf eines Verbandes zur Kontaktaufnahme mit Regierungsvertretenden nachgekommen ist, lautete die Antwort: „Nein. Aber wenn ich jemanden kennen würde. Dann würde ich es auch sicher machen.“ (Interview A, Zeilen 372-373) Die Führungskraft A schreibt ihrer Position keinen Auftrag zu. Und formuliert: „Die Frage ist wer es [Skandalisierung] macht so ein bisschen.“ (Interview A, Zeile 462) und äussert weiter die Hoffnung, dass durch die Einzelfallarbeit, politische Vertreterinnen und Vertreter auf Problemlagen aufmerksam werden.

Die Organisation A ist laut Person A zu spezifisch und klein für ein politisches Engagement und es gibt noch keine konkrete Idee dafür.

Person A schreibt dem Verband folgendes zu: „Dort gibt es einfach Leute, die sich aktiv damit beschäftigen. Es ist dann so (ähm) auch einfacher zu sagen: wir haben so und so viele Mitglieder und wir haben alle gemeinsam folgendes Anliegen.“ (Interview A, Zeilen 104-107)

Als weitere Delegationsstelle nannte die Führungskraft A eine kantonale Stelle als eine politisch sehr aktive Organisation im gleichen Arbeitsfeld. Diese Stelle macht laut Person A viel Öffentlichkeitsarbeit, da es der Auftrag vom Kanton sei. Dadurch bekommt diese Organisation, laut Interview A, auch mehr Gehör.

Entstandenen Unmut über den Sozialabbau deponiert die Führungskraft A beim Vorstand.

Führungskraft B schreibt die anwaltschaftliche Interessenvertretung den sozialen Organisationen, wie auch den einzelnen Sozialarbeitenden, die mit den Betroffenen arbeiten zu. Jedoch wird die Wichtigkeit des Zusammenspiels von Sozialarbeitenden, auf der persönlichen, anwaltschaftlichen Ebene und den politischen Parteien, auf der Ebene der Rahmenbedin-

gungen betont. Ein Zitat zu diesem thematischen Schwerpunkt lautet: „Ja ich glaube, sie [die Sozialarbeitenden] können über ihr Expertenwissen immer wieder darauf aufmerksam machen wo der Notstand ist und die Anderen können dann die Rahmenbedingungen verändern.“ (Interview B, Zeilen 508-510)

Im Interview E wurde die Frage nach der Zuständigkeit der Interessenvertretung ambivalent beantwortet. Einerseits wurde die Zuständigkeit dafür den Organisationen abgesprochen: „Einfach ein gutes Netzwerk. (...) das zählt viel mehr. Das meine Anliegen weitertragen kann, denn als Institution kannst du nicht (,) Politik machen oder (k) du kannst dass (mhm) du kannst sagen was du wahr nimmst und den Entscheidungsträger mitteilen.“ (Interview E, Zeilen 608-610) Und andererseits wurde darauf hingewiesen: „Diese [Sozialarbeitenden] sind nicht mehr oder weniger zuständig wie andere auch. Ich denke wenn (...) wenn etwas aus Sicht der Organisation nicht gut läuft, dann würde es zum Professionsverständnis der Organisation gehören, sich dann einzubringen.“ (Interview E, Zeilen 236-239)

Das effektive, politische Vertreten von Klientenanliegen ist laut Aussage von Interviewpartner E keine explizite Aufgabe. Er möchte diese Aufgabe nicht jedem einzelnen Sozialarbeitenden aufbürden. Für Person E besteht durch die engagierte Klientenarbeit keine Verpflichtung zum politischen Engagement. „Aber ich glaube nicht, das wir (k) explizit erwarten, oder es im Berufsausübungsethos von jedem Sozialarbeitenden drin steht, dass er sich politisch aktiv einsetzen muss. Das ist (,) finde ich nicht. Das ist eine völlige Überschätzung.“ (Interview E, Zeilen 195-197) Zusammengefasst lässt sich aus dem Interview E festhalten, dass die Meinung von Person E folgende ist: Von der Profession her gibt es den Auftrag der fachlich begründeten politischen Einmischung. Und es besteht der Anspruch an soziale Organisationen auf Missstände hinzuweisen und politische Entscheidungsträgerinnen und -träger darauf aufmerksam zu machen. An den einzelnen Sozialarbeitenden stellt er keinen höheren Anspruch, als an jede andere Bürgerin oder jeden anderen Bürger. Alle sollen sich, seiner Meinung nach, politisch einbringen.

Laut Person E wäre es schon viel, wenn Sozialarbeitende dem Berufsverband beitreten würden und die Aufgabe an den Berufsverband delegieren würden.

Verbandsarbeit

Die Organisation A ist Mitglied eines schweizerischen Fachverbandes, ist aber nicht im Vorstandsvorstand tätig. Der benannte Verband ist politisch aktiv, koordiniert das politische Vorgehen und steht im Kontakt mit den zuständigen Ämtern laut Aussage von Person A.

Die Führungsperson B erzählt, dass die Organisation B im Vorstand eines internationalen Verbandes ist, der die Vernetzung fördert, aber überhaupt nicht politisch aktiv ist.

Laut Person E sind die Verbände hoch politisch aktiv. Nicht mit dem Fokus der sozialen Ungleichheit oder dem Interesse der Klientinnen und Klienten. Das Interesse der Verbände liegt beim ökonomischen Erhalt der Organisation.

Nach Aussage der Person E ist AvenirSocial als Berufsverband stark, im Vergleich zu den Nachbarländern.

Ziviler Ungehorsam

Durch mehrmalige Nennung kam der Wunsch von Person E zum Vorschein, des verstärkten kreativen und dynamischen Basisengagements von Sozialarbeitenden, sowie der Förderung des kritischen Denkens der Studierenden und der politischen Positionierung der FHNW als Institution.

Im Interview E wurde explizit, wie auch implizit mehrfach auf die für ihn zielführende Methode des „zivilen Ungehorsam“ verwiesen. Unter anderem mit folgenden Zitaten: „Dann bringt das in diesen Fällen wenig bis nichts. (...) Deshalb kann man dort ruhig ein wenig radikalere Methoden ergreifen. Aber dazu fehlt dann oftmals (..) (mhm) der Mut (lacht).“ (Interview E, Zeilen 344-347) Die interviewte Person E gibt auf die Frage nach der Nutzung des Handlungsspielraums die Antwort: „Das reicht dann eben vermutlich nicht mehr. Darum ein bisschen kreativer sein.“ (Interview E, Zeilen 835-859) Des Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass zu viel Fragen oft nicht zielführend ist und „Das Gesetz sagt – aber wo kein Kläger, da kein Richter.“ (Interview E, Zeile 625) Die interviewte Person E vertritt die Meinung, dass durch zivilen Ungehorsam der Staat als Ganzes weitergebracht wird, dies gesund sei. Zu wenig ziviler Ungehorsam könne gefährlich werden.

8.3 AvenirSocial

Plattformen bieten

Im Interview B kam unter anderem die Frage nach Möglichkeiten sich einzubringen auf: „Wo kann ich mein Wissen einbringen, wo kann ich hingehen und das machen?“ (Interview B, Zeilen 609-610)

Im Interview E wurde mehrmals bemerkt, dass es Aufgabe von AvenirSocial ist, Plattformen zu bieten um politische Engagements zu fördern. „Wir müssen es ermöglichen, dass es möglich ist. Und Hilfestellungen geben, dort wo es erwünscht ist.“ (Interview E, Zeile 46-47)

Wünsche und Empfehlungen von AvenirSocial

Interviewpartner E bemerkte, dass der Berufsverband noch Potential nach oben hat sich politisch einzubringen und sich noch verstärkt, für die anwaltschaftliche Vertretung der Klientinnen und Klienten, positionieren und einbringen kann. Ihm ist bewusst, dass dies der Auftrag von AvenirSocial ist und auch ein Wunsch und eine Erwartung der Mitglieder ist. Interviewpartner E erwähnte die Idee, dass die Mitgliedschaft bei AvenirSocial als Teil des Anstellungsverhältnisses installiert und vom Arbeitgeber übernommen werden könnte.

Das Bewusstsein der diversen Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit, über die gemeinsamen Methoden und den gemeinsamen Gegenstand, sowie das Hinausschauen über den Mikrokosmos der eigenen Organisation, würde nach Meinung von Interviewpartner E zu einer Stärkung des Berufsverbands führen. Laut Person E werden Partikularinteressen von Organisationen eingebracht, aber Geschichten, die die ganze Soziale Arbeit betreffen, diese werden nicht verstanden oder eingebracht.

Interviewpartner E rät den Organisationen, eine Strategie zu erarbeiten und Eskalationsstufen durchzudenken, um im entscheidenden Fall politisch aktiv werden zu können. Auch die Unterstützung von Kooperationspartnern in Anspruch zu nehmen und um einen Beitrag zu zur Verbesserung der politischen Situation zu leisten.

8.4 Mikropolitik

Interne Zuständigkeit für das politische Engagement

Auch in der Organisation A ist der Vorstand die intern verantwortliche Instanz für die Risikoeinschätzung. In diesem Fall wird der Vorstand jedoch als passiv beschrieben. In der Erzählung zu einem konkreten Beispiel des Sozialabbaus wurde von der Führungskraft A gesagt: „Also es ist schon Unmut entstanden und ich habe dies auch beim Vorstand so platziert.“ (Interview A, Zeile 466-467) Neben dem Vorstand benennt die interviewte Person A die Geschäftsleitung als zuständig, da diese Position den Gesamtüberblick haben sollte.

In Bezug auf die interne Zuständigkeit und Verantwortlichkeit des politischen Engagements beschrieb die Führungskraft im Interview B die Arbeitsteilung der Geschäftsleitung in die Funktion der „Teppichetage“ und der „professionellen und anwaltschaftlichen Entwicklung“. (Interview B, Zeilen 113-116) Die Zuständigkeit und Verantwortung wurde von der Führungskraft B dem Vorstand zugeschrieben. Und erzählte im Interview von einem konkreten, zeitnahen Erlebnis der internen Unstimmigkeit in Bezug auf das politische Engagement der Organisation. Die Geschäftsleitung wollte öffentlich Stellung nehmen zu einem aktuellen Abstimmungsthema. Doch dazu kam es nicht: „Wir sind an die Grenzen gestossen bei der <Abstimmungsthema>. Weil <andere Organisation> sich konkret politisch engagierte und wir

wollten dies (,) eigentlich auch machen. Aber vom Vorstand wurde dies nicht goutiert. Weil wir sehr von den Stiftungen abhängig sind.“ (Interview B, Zeilen 190-193)

Im Interview E wurden ebenfalls interne Unstimmigkeiten zu Handlungsfragen benannt: „Das ist eine sehr aufwendige Positionsfindung. Weil es nicht immer eindeutig ist.“ (Interview E, Zeilen, 540-542)

AvenirSocial intern sind die Zuständigkeiten abhängig vom Thema. So kann die Co-Geschäftsleitung teilweise alleine oder im Austausch mit der Präsidentin oder dem Vorstand Entscheide fällen. Andere Entscheide werden in Absprache mit den Fachkommissionen getroffen.

In sozialen Organisationen allgemein schreibt Interviewpartner E den Leitungspersonen und der Organisationskultur dafür die Verantwortung zu.

Fähigkeiten der Führungspersonen für ein politisches Engagement

Die Führungskraft A traut sich selbst die Fähigkeiten für ein politisches Engagement nicht zu und erklärt dies einerseits mit der geringen persönlichen Auseinandersetzung mit politischen Strukturen und andererseits damit: „Und es ist auch nicht Teil vom Profil von dieser Stelle (,) so. Das heisst ich beschäftige mich auch nicht aktiv damit.“ (Interview A, Zeile 174-177)

Die Fähigkeiten für das politische Engagement der Organisation wurde von der Führungsperson B dem Vorstand zugeschrieben. Zu den vorhandenen Fähigkeiten in der Geschäftsleitung konnte sie keine Aussage treffen.

Im Interview E wird deutlich benannt, dass das Know-how fehlt und die Methodenkenntnisse nicht vorhanden sind.

Ressourcen

Führungskraft A hält fest, dass sie im kleinen Rahmen Ressourcen dafür hätte, nicht aber für grössere Engagements.

Trotz Nachfrage fiel im Interview B keine Bemerkungen zur den Ressourcen der Organisation für das politische Engagement,

Für Interviewpartner E ist klar, dass es für politische Arbeit Ressourcen braucht und dies das Potential der Einmischung erhöht. Er bemerkt, dass im Hinblick auf die Ressourcen Engagements mit Ausstrahlungskraft von AvenirSocial vorrangig behandelt werden.

Dass wenige Ressourcen in sozialen Organisationen für das politische Engagement vorhanden sind bestätigt der interviewte E und erklärt dies mit dem impliziten Auftrag der politischen Arbeit einer Organisation.

Verankerung des politischen Auftrags in den Grundlagendokumenten

Die Organisation A hat in ihren Grundlagendokumenten implizite Hinweise auf den politischen Auftrag der Sozialen Arbeit. So ist unter anderem die Zielsetzung, dass die Klientinnen und Klienten Lösungen für gesellschaftliche Problemen reflektieren und entwickeln können. Des Weiteren sind die Menschenrechte als Basis der pädagogischen Haltung benannt und es soll eine Förderung der Auseinandersetzung der Klientinnen und Klienten mit dem Thema Politik stattfinden.

In den Grundlagendokumenten der Organisation B gibt es explizite Hinweise auf zwei Formen des strategisch geplanten, politischen Engagements. Einerseits wird die Positionierung als Fachstelle für <den thematischen Schwerpunkt> angestrebt und andererseits die Sensibilisierung der Gesellschaft durch verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Verankerung des politischen Engagements in den Grundlagendokumenten von sozialen Organisationen allein ändert noch nichts, aber der Prozess fördert das Bewusstsein und regt zur Diskussion an. Diese Sensibilisierung wird von Interviewpartner E als förderlich eingestuft.

8.5 Entprofessionalisierung

Abhängigkeitsbeziehungen

Im Interview A wurden mehrere Ebenen der Abhängigkeiten erwähnt, welche bei einem politischen Engagement der Organisation zu berücksichtigen sind. Es wurden die geltenden Gesetze im Allgemeinen erwähnt und die Abhängigkeit von der Haltung im Vorstand, welche das Risiko einer Positionierung einschätzen. Die Abhängigkeit von den Zuweisenden wurde erwähnt. Im Falle einer Ablehnung einer Klientin oder eines Klienten durch die Organisation A, kann Kooperation von der zuweisenden Stelle eingefordert werden. Was nach Beschreibung der Person A auch eine Form von politischer Handlung ist.

Auch die Abhängigkeit von anderen Organisationen zur Erfüllung des Kernauftrags der Organisation A wurde erwähnt. Was ebenfalls in Verbindung gebracht wurde mit einer politischen Positionierung.

Neben diesen zu berücksichtigenden Abhängigkeitsbeziehungen wurde des Weiteren im Interview A der Auftragsgeber erwähnt. Führungskraft A äussert zur möglichen Systemkritik durch ein politisches Engagement der Organisation folgendes: „Wenn man das dann ein wenig kritisiert, das will natürlich dieser [staatlicher Auftragsgeber] nicht. Ja. Oder nicht in diesem Stil, dass man sich politisch engagiert.“ (Interview A, Zeilen, 534-535)

Auch dass die Kostenträgerschaft einem gut gesinnt bleiben, muss laut Person A im Auge behalten werden: „Aber ich denke, dass bei solchen Geschichten wären sie [der Vorstand] sehr vorsichtig. Weil ja (..) wir müssen ja natürlich auch immer im Sinne (,) handeln und eine

Haltung einnehmen, die vertretbar ist für die Leute, welche uns, ja das Geld geben. So zu sagen.“ (Interview A, Zielen 160-163)

Laut der Führungskraft B sind die Abhängigkeiten der sozialen Organisationen ein „Potpourri von allem“ (Interview B, Zeile 184). Explizit aufgezählt als Rahmenbedingungen werden die Kostenträgerschaft, der Auftrag, die politischen Entscheidungsträger, die politische Grundstimmung. Die Person B bewertet die Abhängigkeit von den Stiftungen als extrem stark. So wurde im Interview B das Beispiel genannt, dass sich die Organisation B politisch engagieren wollte, „(...) aber vom Vorstand wurde dies nicht goutiert. Weil wir sehr von Stiftungen abhängig sind.“ (Interview B, Zeilen 191-193). Beim Schreiben von Berichten wird drauf geachtet, was die Stiftungen hören wollen. In den Grundlagendokumenten der Organisation B ist das Ziel deklariert, die Abhängigkeit von Spendenerträgen zu verringern.

Auch Interviewpartner E verortet die Abhängigkeit der Sozialen Arbeit für ein politisches Engagement an mehreren Punkten. Einerseits werden die Leistungsvereinbarungen erwähnt, andererseits gesellschaftliche Fragen wie z.B. Was ist uns als Gesellschaft soziale Ungleichheit wert? Solche Frage werden im Interview E in weltpolitisch-ökonomische Zusammenhänge gesetzt. Aber auch die Haltung der Führungsperson und der damit verbundenen Organisationskultur wird als Faktor für ein politisches Engagement der Organisation von der Person E benannt.

Befürchtungen bei einer politischen Positionierung

Führungsperson A benennt die Befürchtung vor Konflikten mit der Kostenträgerschaft, sowie Nachteile in der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Die Person A stimmt der Aussage zu, dass eine starke politische Positionierung kontraproduktiv sein könnte für die soziale Organisation A. Zum Schluss des Interviews erwähnt die Person A, dass der Kanton hinter dem Auftrag der Organisation A steht und eine gute Beziehung zum Auftraggeber besteht. Im Zusammenhang mit der erwähnten Abhängigkeit vom Auftraggeber, wurden keine expliziten Befürchtungen von Person A formuliert.

Eine eindimensionale politische Präsentation wird vermieden, um keine Stakeholder zu verärgern und explizit die Stiftungsgelder nicht zu verlieren, wie im Interview B erwähnt wird. Des Weiteren wird eine Positionierung vermieden, um keine unvorhersehbaren Reaktion der Stiftungen zu riskieren, da die Organisation B in Konkurrenz um die Stiftungsgelder steht mit anderen Organisationen.

Für Interviewpartner E ist klar, dass sich soziale Organisationen, auch die FH, aus ökonomischen Überlegungen nicht aus dem Fenster lehnen. „Sonst fließt das Geld nicht mehr. Oder nicht in diesem Ausmass.“ (Interview E, Zeilen 817-818) Person E verordnet das politische Engagement ausserhalb des organisationalen Mikrokosmos, auch in einem gesellschafts-

dynamischen Prozess: „Dann ist man [als Organisation] nachher so ausgestellt und das ist nicht so angenehm.“ (Interview E, Zeilen 823-824)

Unterschied staatliche und freie Kostenträgerschaft

Die Einschätzung der Führungskraft A zum Einfluss des Unterschieds der Kostenträgerschaft ist, dass die Abhängigkeiten immer gegeben sind, auch bei freier Finanzierung. Und die Abhängigkeit von anderen Organisationen bestehen bleiben würde, auch bei einer freien Kostenträgerschaft. Kurz gesagt: „Es hängt immer etwas dran.“ (Interview A, Zeile 558)

Ohne explizite Nachfrage machte die Führungskraft B die Äusserung: „Wir haben eine Sonderaufgabe, aber wir haben genau die gleichen Abhängigkeiten, ob diese nun staatlich oder von Stiftungen ist.“ Interview B, Zeilen 369-370). Und weiter: „Aber jeder ist ja Abhängig von der Finanzierung. Jeder halt anders, (...).“ (Interview B, Zeilen 511-512).

Führungskraft B erwähnt mehrmals im Interview, dass sich Stiftungen nicht in die Karten schauen lassen. Auf die Nachfrage ob die Kostenträgerschaft eine politische Positionierung explizit ablehnt, kam von der Führungskraft B folgende Antwort: „Von den Stiftungen überhaupt nicht. Die Stiftungen reden ja echt nicht. Die sagen ja oder nein. Man erhält nie eine Begründung. Höchstens im Ausnahmefall.“ (Interview B, Zeilen 202-204)

Entprofessionalisierung und persönliches Engagement

Die Weiterführung einer schweizweiten Koordinationsstelle mit direktem Bezug zum zuständigen Bundesamt wurde eingestellt. Laut Person A, unter anderem weil eine engagierte und von Beginn an involvierte Person das Bundesamt verlassen hat.

Die Trägerschaft der Organisation A hat, laut Aussage der Person A, kein Interesse an der Vernetzung und möchte einfach, dass es im Kanton läuft. Auch beschreibt die Führungskraft A das Annehmen von Klientinnen und Klienten von der zuweisenden Stelle, obwohl die Organisation A ihr Programm für diese Personen als ungeeignet einschätzten. Die Führungskraft A schätzt die Organisation A als zu klein und spezifisch ein für ein politisches Engagement. Auch gab und gibt es keine konkrete Idee dafür und „Es ist sicher nicht mein Auftrag.“ (Interview A, Zeile 271) nach Aussage der Führungskraft A.

„Es gib Leute die sehr unterstützend sind und es gibt immer mehr Leute die sagen: tut mir leid, meine Befugnis geht nur bis dahin, da habe ich keine Möglichkeit mehr zu unterstützen.“ (Interview B, Zeilen 60-63) äussert die Führungskraft B.

Im Interview E wurden positive Aspekte der Professionalisierung der Sozialen Arbeit erwähnt, „Aber es [die Professionalisierung] hat auch den Nachteil, dass man sich (,) (hm) ein bisschen zurück lehnt.“ (Interview E, Zeilen 482-483) Diese Aussage aus dem Interview E bezieht sich auf das politische Engagement.

Das persönliche Engagement von Sozialarbeitenden ist massgeblich von der, von der Leitungsperson beeinflussten, Organisationskultur abhängig. Und weiter erwähnt die Person E auch, dass das kritische Denken von Studierenden aktuell wenig gefördert wird und „Man braucht so (...) Spezialisten, die einfach das Gesetz (...) umsetzen.“ (Interview E, Zeilen 103-104)

8.6 Kontext des politischen Engagements

Die Wahrnehmung der Veränderung der Rahmenbedingungen

Die Führungskraft A hält fest, dass das politische Klima für die Soziale Arbeit schwieriger wird.

Interviewperson B erzählt gestützt auf zahlreiche Beispiele, dass die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen und des gesellschaftlichen Wandels im Arbeitsalltag spürbar ist. „So sehe ich, dass sich die Rahmenbedingungen für unsere Zielgruppe (...) immer mehr verschärft haben.“ (Interview B, Zeilen 5-7) Z.B. durch restriktivere Normen der Sozialversicherungen. Und auch auf der Organisationsebene fügt die Person B ein Beispiel an: „Ich habe eher das Gefühl, wir müssen permanent kämpfen (-), um überhaupt überleben zu können (...), das soziale Bewusstsein wird immer geringer.“ (Interview B, Zeilen 37-40)

Eine weitere prägnante Aussage aus dem Interview B, zur Frage nach den Veränderungen der Rahmenbedingungen, welche im Kontext der Kostenträgerschaft steht ist folgende: „Es geht nicht mehr um dieses Soziale. Also man hat richtig gemerkt: ein paar sind draussen und die, die drin sind haben einen konkreten Auftrag. Und es läuft jetzt ein bisschen anders.“ (Interview B, Zeilen 341-343) Laut Person B wird von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in Führungspositionen ein gewisses Auftreten, und den gekonnten Umgang in und mit der „Teppichetage“ gefordert, um Stiftungsgelder zu erhalten. Und die Finanzierung und das Überleben der Organisation haben den höheren Stellenwert, als die Positionierung im Sozialbereich.

Als weitere wahrgenommen Veränderung erwähnt Person B, dass der Hintergrund der sozialarbeiterischen Tätigkeit so komplex geworden ist, dass ausgebildete Sozialarbeitenden juristische Unterstützung brauchen.

Auf die Frage nach den Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Soziale Arbeit antwortete Interviewpartner E unter anderem folgendes: „Ich meine die politischen Realitäten in den Kantonen, es gibt aktuell gewisse Mehrheiten, die sich relativ eindeutig zu Fragestellungen aus der Sozialen Arbeit positionieren. Und mehrheitlich nicht in unserem Sinn sind.“ (Interview E, Zeilen 341-344)

Des Weiteren erwähnt Person E, dass der Neoliberalismus Einzug in das Sozialwesen hält und als Organisationsleitung, auch im Sozialen, „(...) bist du Ökonom. Du musst extrem viel von Zahlen verstehen.“ (Interview E, Zeilen 367-368) Er zeichnet im Interview E das Bild eines Dampfers, welcher in Leitplanken fährt und keine Veränderung in Sicht ist. Und macht darauf aufmerksam, dass der Diskurs wieso etwas eingeführt wurde, vergessen geht, sobald das Geld dafür fehlt.

Sozialabbau

Als Beispiel des bestätigten Sozialabbaus, mit grossen Auswirkungen für das Arbeitsfeld der Organisation A, wurde im Interview der Abbau der direkten Verbindung mit einem Bundesamt benannt. Der Nutzen der Koordinationsstelle auf nationaler Ebene wurde in Frage gestellt.

Von staatlicher Seite wird die Begleitung von Klientinnen und Klienten teilweise nicht mehr geleistet, was zu einem erhöhten Aufwand der Organisation B führt laut interviewter Führungskraft. Von der Führungskraft B wird die Tendenz festgestellt, dass sich Stiftungen nach der Anstossfinanzierung zurückziehen aus der langfristigen Projektfinanzierung. Dies steht im Zusammenhang mit der mehrfach erwähnten Aussage im Interview B: „Das kann ich verkaufen. Sozialinnovation und Wirkung.“ (Interview B, Zeile 253)

Interviewpartner E bezeichnet die Sozialpolitik als einen Bereich, die aus Sicht der Politik, noch Sparpotenzial aufweist. Was den Leidendruck der Organisationen erhöhen wird.

Wettbewerb und Entsolidarisierung

Im Tätigkeitsbereich der Organisation A werden aktuell auf kantonaler Ebene Ideen für das Einführen eines Ausschreibeverfahrens geprüft. Dies würde die Konkurrenz unter den Organisationen extrem erhöhen und wäre laut Führungskraft A nicht mit der Klientenarbeit zu vereinbaren.

Durch den Konkurrenzkampf um Gelder, kann sich die Organisation B nach Aussage der Führungskraft nicht Positionieren. Da die Reaktionen der Stiftungen unberechenbar sind. Die Person B schildert den immer höheren und brutaleren Wettbewerbskampf um Gelder von freien Kostenträgerschaften unter anderem mit folgenden Worten: „Aber dies kann ich nicht schreiben. Ich muss dann etwas erfinden, es schönreden. Damit ich nächstes Mal, noch wettbewerbsfähig bleibe.“

Auch Person E ist der Überzeugung, dass der Wettbewerb unter sozialen Organisationen vorhanden ist und immer stärker wird.

9 Ergebnisse

In diesem Kapitel der Arbeit erfolgt die Rückbindung der empirisch gewonnenen Ergebnisse an die theoretischen Bezüge. Zuerst werden die Ergebnisse entlang den Unterfragestellungen diskutiert. Anschliessend wird die Hauptfragestellung zusammenfassend beantwortet. Im Kapitel 9.2 erfolgt die Besprechung der daraus abgeleiteten Implikationen für die Praxis, Forschung und Ausbildungsstätten der Sozialen Arbeit. Die Hinweise auf die Validierung der Ergebnisse und die Limitationen der vorliegenden Forschungsarbeit bilden den Abschluss dieses Kapitels.

9.1 Diskussion und Beantwortung der Fragestellung

Nachdem der theoretische Bezugsrahmen zur Fragestellung erörtert und die empirischen Ergebnisse der drei Interviews, sowie der beiden Dokumentenanalysen dargelegt wurden, werden die Ergebnisse nachfolgend diskutiert und miteinander verschränkt. Das Kategoriensystem verbunden mit konkreten Textpassagen und unter Zuzug des sensibilisierenden Konzeptes, werden nun im Sinne der Fragestellung die Ergebnisse interpretiert (vgl. Mayring 2015: 87).

Die Fragestellung und Unterfragestellungen der vorliegenden Arbeit lauten wie folgt:

- **Wie sieht das politische Engagement von sozialen Organisationen aus?** (Kapitel 9.1.6)
- Inwiefern ist das Bewusstsein für den politischen Auftrag der Sozialen Arbeit vorhanden und wem wird dieser Auftrag von den sozialen Organisationen zugeschrieben? (Kapitel 9.1.1)
- Inwiefern sind Veränderungen der Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit in den sozialen Organisationen spürbar? (Kapitel 9.1.2)
- Welche konkreten Methoden des politischen Engagements werden in sozialen Organisationen angewendet? (Kapitel 9.1.3)
- Wie wird das politische Engagement von sozialen Organisationen durch die Kostenträgerschaft beeinflusst? (Kapitel 9.1.4)
- Wo liegt die organisationsinterne Zuständigkeit für das politische Engagement? (Kapitel 9.1.5)

9.1.1 Beantwortung Unterfragestellung 1

Inwiefern ist das Bewusstsein für den politischen Auftrag der Sozialen Arbeit vorhanden und wem wird dieser Auftrag von den sozialen Organisationen zugeschrieben?

Wie die Untersuchungsergebnisse zeigen ist die aktuelle Stimme der Sozialen Arbeit in der Politik als schwach einzustufen und ihr kommt eine ausführende Aufgabe zu. Kotlenga (2013: 20) stützt diese Aussage und setzt sie in Bezug mit gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen über den Wert von Sozialer Arbeit. In der Vertretung von Anliegen wird der Sozialen Arbeit ein Defizit attestiert.

Als Voraussetzung für ein politisches Engagement wird das politische Interesse benannt (vgl. Rudolf/Zeller 2001: 104). Dieses ist, wie die Forschungsergebnisse der Studie „Die politische Funktion der Sozialen Arbeit“ von Helfer und Saxer (2014a) zeigen, unter Sozialarbeitenden gegeben. Die Seismographen-Funktion der Sozialen Arbeit, also das Aufmerksam machen der Gesellschaft, respektive der Politik auf soziale Problemlagen, ist in den empirischen Ergebnissen, wie auch in den relevantesten Theorien der Sozialen Arbeit unbestritten. Stéphane Beuchat schreibt der Sozialen Arbeit, im geführten Experteninterview, dadurch eine Mitverantwortung zu. Das Bewusstsein für den politischen Auftrag der interviewten Personen wird deutlich in Aussagen zur Funktion der anwaltschaftlichen Interessenvertretung, der Veränderungsmacht von „unten nach oben“, usw. Der Sozialen Arbeit wird der Auftrag sich fachlich begründet in die Sozialpolitik und die Gestaltung der Rahmenbedingungen einzumischen zugesprochen. Wie in den vorangegangenen Kapiteln aufgezeigt, besteht darüber ein mehrheitlicher, aber kein einheitlicher Konsens in der Fachwelt.

Die belegte Zurückhaltung von sozialen Organisationen bei einer öffentlichen, politischen Positionierung und das benannte geringen politischen Engagement, kann als Stillschweigen über das aktuelle politische Klima und die veränderten Rahmenbedingungen gesehen werden. Laut Knöpfel (2018: o.S.) übersehen die sozialen Organisationen dabei, dass ihr Schweigen zu sozialpolitischen Vorgängen oftmals nicht als neutrale Haltung, sondern als stille Zustimmung gewertet wird. Dies kommt einer Stabilisierung des Status quo gesellschaftlicher Verhältnisse gleich (vgl. Rieger 2013: 65). Auch Barbara Gysi, Nationalrätin (SG/SP) und Sozialpädagogin macht an der Fachtagung AvenirSocial (2018) auf den Systemerhaltenden Effekt bei einem ausbleibenden politischen Engagement von sozialen Organisationen aufmerksam.

Anders als die Untersuchungsergebnisse und die beruflichen Erfahrungen der Verfasserin aus der Praxis, erwähnt Stéphane Beuchat, dass das Bewusstsein für den politischen Auftrag der Sozialen Arbeit zu wenig vorhanden ist. Die Verfasserin hält durch die Ergebnisse und Literaturrecherchen an der Meinung fest, dass das Bewusstsein grundsätzlich vorhanden ist, es aber trotzdem nicht zum Engagement kommt. Die Gründe dafür und die Folgen

davon werden in diesem Kapitel diskutiert. Das Bewusstsein für den Auftrag bedeutet, wie die Ergebnisse verdeutlichen, noch nicht per se, dass die Zuständigkeit für die Erfüllung dieses Auftrages anerkannt wird. Die Ergebnisse zeichnen ein ambivalentes und unklares Bild über die Zuständigkeit des politischen Auftrages. Anders formuliert: Das Bewusstsein der politischen Aufgabe der Sozialen Arbeit ist vorhanden. Die Zuständigkeit für das Ausführen dieses Auftrages, also das konkrete politische Engagement ist unklar.

Trotz der allgemeinen Zuschreibung und der Anerkennung der Wichtigkeit von politischen Aktivitäten der Sozialen Arbeit und der Bezeichnung der eigenen Arbeit als politisch, schreiben sich die Führungspersonen keinen anderen Auftrag zu als die Sensibilisierung der Gesellschaft. Der Anspruch der Übernahme der Zuständigkeitsverantwortung liegt für Sozialarbeitende und soziale Organisationen beim Aufmerksam machen und zur Sprache bringen von sozialen Problemlagen. Mehr wäre laut Stéphane Beuchat eine Überschätzung. Die konkrete Arbeit an den Rahmenbedingungen wird an politische Entscheidungsträger, kantonale Stellen und Verbände delegiert. Dies deckt sich mit der Aussage von Wigger (2010: 16), dass Professionelle der Sozialen Arbeit die Abhängigkeit wahrnehmen und über sich verschärfende politische Rahmenbedingungen klagen, es aber nicht als ihren Auftrag sehen aktiv zu werden. Allenfalls delegieren sie den Auftrag an Fachverbände weiter und gestalten somit nur ihren eigenen Handlungsspielraum. Die Inhalte der Verbandsziele sind zu überprüfen, verfolgen eine Mehrzahl der Verbände doch vor allem berufspolitische Ziele für ein Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit und keine Professionspolitischen Ziele, betreiben also keine anwaltschaftliche Interessenvertretung. Diesen relevanten Einwand von Stéphane Beuchat gilt es für alle sozialen Organisationen zu beachten und zu überprüfen. Auch sind lange nicht alle Verbände politisch aktiv und stellen den Fachaustausch in den Vordergrund.

Die Zuständigkeit für den politischen Auftrag der Sozialen Arbeit wird den sozialen Organisationen einerseits zugesprochen in Form von gesellschaftlicher Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit, sowie der anwaltschaftlichen Interessenvertretung. Auch Jocelyne Haller, Genfer Kantonsrätin und Präsidentin der Region Genf von AvenirSocial macht in der Fachtagung (2018) darauf aufmerksam, dass die Zuständigkeit dafür bei sozialen Organisationen liegt. Andererseits wird den Sozialarbeitenden im Einzelnen nicht mehr Verantwortung zugeschrieben als anderen Bürgerinnen und Bürgern, trotz erwähntem Expertenwissen über soziale Problemlagen. Diese Haltung schneidet sich mit der historischen Überzeugung einer politischen Sozialen Arbeit aus den 60er-Jahren Bewegungen (vgl. Scherr 2011: 102).

Die Methode des Aufmerksam-Machens auf soziale Problemlagen wird, im aktuellen politischen Klima als nicht sehr wirkungsvoll erachtet, trotzdem wird die Zuständigkeit der sozialen Organisationen darauf reduziert und der einzelne Sozialarbeitende mehrheitlich komplett aus der Verantwortung genommen. Die Verfasserin setzt das vorhandene Bewusstsein des politischen Auftrages und die trotzdem ambivalente Haltung zur Zuständigkeit dafür, in Ver-

bindung mit dem Selbstverständnis von Sozialarbeitenden, welche immer mehr von der Überzeugung geprägt sind Teil der kapitalistischen Wertschöpfungskette zu sein (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2015: 162).

9.1.2 Beantwortung Unterfragestellung 2

Inwiefern sind die Veränderungen der Rahmenbedingungen der Soziale Arbeit in sozialen Organisationen spürbar?

Die Veränderungen der Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen auf die Soziale Arbeit sind spürbar und belegt. Das aktuelle politische Klima wird als verschärft, schwieriger und nicht im Sinne der Sozialen Arbeit beschrieben und mit prägnanten Beispielen zum Sozialabbau und dem verstärkten Wettbewerb um Kostenträgerschaften untermauert.

Der Sozialabbau und der steigende Wettbewerb unter sozialen Organisationen führen zu einem zwingenden, verstärkten ökonomischen Denken der Führungspersonen. Der permanente Überlebenskampf der Organisation steht im Vordergrund. Die Entprofessionalisierung wird vorangetrieben durch Abbau direkter Verbindungen zu politischen Entscheidungsträgern mit der vordergründigen Kosten-Nutzen Begründung. Der erhöhte Wettbewerb fördert die Denklöge des neoliberalen und kapitalistischen Systems, fachliche Begründungen und Haltungen treten in den Hintergrund wie Beispiele aus den Interviews belegen. Als eine Auswirkung des Sozialabbaus wird die Veränderung des Kompetenzprofils von Führungskräften benannt. Um dem finanziellen und legitimatorischen Druck stand zu halten und die Existenz der Organisation zu sichern müssen die Führungskräfte neben ausgeprägten fachlichen Fähigkeiten, auch „(...) strategisch die wirtschaftliche und politische Logik der eigenen Arbeit erfassen und entsprechend handeln – Managementkompetenzen sind gefragt“ (vgl. Engemann et al. 2007: 145).

Auch konkurrenzbedingtes Anpassungsverhalten sind laut Kotlenga (2013: 20) beobachtbar und unter anderem Folgen der veränderten Rahmenbedingungen. Daraus kann das Spannungsfeld der Sozialen Arbeit zwischen Dienstleistung und der gesellschaftlichen Rolle auf Missstände hinzuweisen abgeleitet werden. Was sich in der Befürchtung des Nachteils im Wettbewerb bei einer politischen Positionierung der Organisationen widerspiegelt. Die Anpassung der Sozialen Arbeit an das neoliberale Gedankenmodell beeinflusst die Arbeitsweise im sozialen Bereich markant. Das vierte Mandat, gegenüber der Organisation, betrifft somit die betriebswirtschaftliche Existenzsicherung. Die Vorgaben der Träger- und Kostenträgerschaft erfolgen im gesellschaftlich anerkannten Rahmen (vgl. Röh 2006: 447).

9.1.3 Beantwortung Unterfragestellung 3

Welche konkreten Methoden des politischen Engagements werden in sozialen Organisationen angewendet?

Die Frage nach konkreten Methoden des politischen Engagements der Organisationen generierte erstaunlich wenig klare Aussagen. Über das gesamte Datenmaterial gesehen, wurden aber einige Methoden benannt. Daraus schliesst die Verfasserin, einerseits dass sich die Führungskräfte über konkrete Methoden des politischen Engagements der Sozialen Arbeit nicht bewusst sind und andererseits deckt sich dies mit dem bereits erwähnten Befund, dass sich soziale Organisationen kaum politisch engagieren. Diese Einschätzung wird von Stéphane Beuchat geteilt, der die Methodenkompetenzen von Sozialarbeitenden im politischen Bereich als gänzlich fehlende beschreibt.

Die Mitgliedschaft der Organisationen in einem Verband wurde erwähnt, was nach Rudolf und Zeller (2001: 207f.) bereits als Indikator für ein politisches Engagement im engeren Sinn verstanden werden kann. In der Befragung von Helfer und Saxer (2014a: 69) wurden die gängigen Einflussmöglichkeiten der Demokratie erwähnt sowie das Politiklobbying und die Politikberatung. In der vorliegenden Untersuchung findet vor allem die politisch reflektierte Fallarbeit, als direkte Methode der politischen Einflussnahme Beachtung. Rieger (2010: 13) und auch Seithe (2012: 407) schreiben der reflektierten Einzelfallarbeit unter Einbezug der gegebenen sozialpolitischen Handlungsbedingungen, mit einem dem kritischen Selbstbewusstsein, sowie dem ethischen und menschenrechtlichen Professionsverständnis eine äusserst hohe Wichtigkeit zu. Die bewusste Politikimplementierung ist die grundlegende Basis für das politische Engagement von Sozialarbeitenden.

Die Öffentlichkeitsarbeit, als Form von Soziallobbying, mit dem Ziel der gesellschaftlichen Sensibilisierung findet ebenfalls Erwähnung in den Interviews als konkrete politische Methode. Unter anderem wird der Informationsfluss, konkret die Netzwerkpflege und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung erwähnt. Dieser Punkt fällt ebenso unter die Methode der politischen Lobbyarbeit (vgl. Engemann et al. 2007: 147f.). Der Ansatzpunkt des „Präsenz zeigen“ findet keine Erwähnung. Der Verfasserin liegen aber Informationen zu öffentlichen Jubiläumsanlässen und Sommerfesten der Organisationen vor. Somit wird auch diese Form von Soziallobbying betrieben, aber von den Führungskräften nicht als politische Methode erkannt. Der Punkt „Lösungen anbieten“ findet zwar eine Erwähnung in den Ausführungen, wird aber als nicht zielführend beschrieben oder als schwierig zu erreichen erachtet. Das Defizit von fehlenden Kontakten zu politischen Entscheidungstragenden kommt erschwerend hinzu. Dieses Defizit ist für die Verfasserin ein weiterer Hinweis auf die mangelnde Anerkennung der Zuständigkeit des politischen Auftrages der Sozialen Arbeit, sowie eine mangelnde Klärung der organisationsinternen Zuständigkeiten. Die Sozialarbeitenden in Führungsposi-

onen fühlen sich nicht in der Verantwortung Kontakte zu politischen Entscheidungstragenden zu pflegen. Dies bewertet die Verfasserin aber als zielführende und relevante Methode für ein politisches Engagement und somit zur Erfüllung des politischen Auftrages der Sozialen Arbeit. Auch Barbara Gysi, Nationalrätin (SG/SP) und Sozialpädagogin, erwähnt an der Fachtagung von AvenirSocial (2018) die Wichtigkeit der Kontaktpflege zu Regierungsvertretern und das notwendige, hartnäckige Dranbleiben, um politischen Entscheidungstragenden einen Einblick in den Praxisalltag zu gewähren. Die Vernetzung unter sozialen Organisationen wird in den Interviews als Methode beschrieben, jedoch nicht ausgeführt oder mit Beispielen belegt. Somit werden von den vier Dimensionen nach Rieger (2013: 64) die Politikimplementation als Einzelfallarbeit, das Soziallobbying in Form von sensibilisierender Öffentlichkeitsarbeit erwähnt. Die Politikberatung, also das Skandalisieren, Agendasetting, Lösungsstrategien formulieren wird nicht als konkrete Methode benannt, ebenso wurde die politische Bildung nicht erwähnt.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen eine gewisse Frustration und Ohnmacht unter Sozialarbeitenden in Bezug auf das politische Engagement. Es wird der politische Stillstand, der kleine Handlungsspielraum, die nicht vorhandene Entscheidungsmacht, die wenig zielführenden Einflussmöglichkeiten der Sozialen Arbeit und weitere Hürden benannt, welche unter dem bezeichneten Kategorientitel „Uns sind die Hände gebunden“ subsumiert sind. Unter anderem werden die spürbaren, negativen Auswirkungen der Subsidiarität, als „umherschoben von Menschen“, beschrieben. Dieser Aspekt des schweizerischen Politsystems, sowie der Föderalismus gehören zum weiten und komplizierten Feld der Sozialpolitik, mit seinen negativen und nicht förderlichen Auswirkungen. Knöpfel (2018: o.S.) erwähnt die teilweise vorhandene Unklarheit bei Zuständigkeiten und finanziellen Verpflichtungen. Um mehr Klarheit im weit verzweigten Institutionssystem und deren Aufgabenteilung zu erhalten können Analysemodelle zu den Phasen des Politikzyklus oder Politikfeldanalysen unterstützend wirken. Ziviler Ungehorsam, als wünschenswerte politische Partizipationsform, wurde von Stéphane Beuchat in die Untersuchungsergebnisse eingebracht. Die Rücküberprüfung am Ausgangsmaterial ergab keinen Hinweis in den anderen Interviews auf diese Kategorie. Diese Methode wird als zielführend und anstrebenswerte gesehen. Auch Stark (2007: 80f.) ist der Meinung, dass es Kreativität und Fantasie braucht, um die Handlungsspielräume zu erhalten und auszuweiten. Zusammenschlüsse und Zivilcourage werden in diesem Zusammenhang von Stark (ebd.) ebenfalls als wirkungsvolle Methoden erwähnt. Als Gegensatz zum zivilen Ungehorsam kann der vorausseilende Gehorsam gesehen werden, welcher in der Fachliteratur, wie auch in der Empirie starke Beachtung findet. Laut Knöpfel (2018: o.S.) ist eine Art vorausseilender Gehorsam zu beobachten, Ermessensspielräume werden kaum mehr genutzt und die Anpassung der Sozialen Arbeit an das verhärtete sozialpolitische Klima ist festzustellen. In den Untersuchungsergebnissen ist der vorausseilende Gehorsam im Zusammen-

hang mit der Befürchtung der Streichung von finanzieller Unterstützung durch Stiftungen zu erkennen. Durch die intransparente Kommunikation der Stiftungen in ihren Vergabepraktiken, wagen die sozialen Organisationen keine politische Positionierung, ohne jedoch mit Bestimmtheit die befürchtete, ablehnende Haltung der Stiftungen dazu zu kennen.

Interessant ist Bemerkung der Führungskraft B zur Entstehung der Organisation B aus einer politischen Bewegung heraus. Ist in der aktuellen Situation der Organisation eine doch ziemlich andere Haltung zum politischen Engagement zu erkennen. Wie Stövesand (2014: 33) bemerkt:

Wenn aber ein zentrales Merkmal Sozialer Bewegungen der Protest gegen bestimmte Aspekte des Status Quo und die etablierte Politik ist, sind Spannungen im Verhältnis zu einer, letztlich von dieser Politik finanzierten Sozialen Arbeit konstitutives Element in der Zusammenarbeit. Konflikte zwischen Institutionen der Sozialen Arbeit und Zuwendungsgebern, zwischen Institutionen und Sozialarbeitenden, (...) sind vorgezeichnet.

Das Kennen von konkreten Methoden, ist wie im vorliegenden Kapitel aufgeführt, ein wichtiger Aspekt für ein politisches Engagement. Das Wissen um konkrete politische Einflussmöglichkeiten sind in der Sozialen Arbeit kaum vorhanden. Die Untersuchungsergebnisse zeigten weiter, dass Plattformen zur Ermöglichung eines politischen Engagements wichtig sind. Diese, sollten wenn möglich strukturelle und bürokratische Hemmnisse abbauen (vgl. Rudolf/Zeller 2001: 161).

Der Zusammenschluss zu einer einheitlichen berufsständigen Organisation ist für die Verfasserin eine wichtige Folgerung aus den Ergebnissen. Zur Zeit gibt es eine grosse Anzahl an heterogenen Gruppierungen (vgl. Stark 2017: 80). Stéphane Beucht macht darauf aufmerksam, dass teilweise kein Bewusstsein über den gleichen Gegenstand der Professionellen der unterschiedlichen Arbeitsfelder vorliegt. Helfer und Saxer (2014a: 69) kommen in ihrer Untersuchung zum Schluss, dass unterschiedliche Ausprägungen der politischen Funktion zwischen den Arbeitsfeldern festzustellen sind. Für die Verfasserin ist klar, dass eine Steigerung der Mitgliederzahl von AvenirSocial, durch Aufklärungsarbeit unter Professionellen über den gleichen Gegenstand und die gemeinsamen Schwierigkeiten durch die verschärften Rahmenbedingungen eine zielführende Methode des politischen Engagements ist.

9.1.4 Beantwortung Unterfragestellung 4

Wie wird das politische Engagement von sozialen Organisationen durch die Kostenträgerträgerschaft beeinflusst?

Die Abhängigkeit der sozialen Organisationen von ihren Kostenträgerschaften ist nicht von der Hand zu weisen und hat einen eindeutigen Einfluss auf das politische Engagement von

sozialen Organisationen. Sie befürchten einen finanziellen Nachteil aufgrund eines politischen Engagements und lehnen sich somit aus ökonomischen Überlegungen nicht zu weit aus dem Fenster. Scherr (2011: 106) meint zu diesem Thema: „Gesellschafts- und Politikkritik ja, aber nur dann, wenn dies den Eigeninteressen der Sozialen Arbeit an staatlicher Finanzierung nicht schadet, so könnte man polemisch zugespitzt eine basale Regel des Fachdiskurses zusammenfassen, (...)“. Die Verfasserin stimmt diesem Zitat zu, mit der Erweiterung der freien Kostenträgerschaft. Dies gestützt auf die Untersuchungsergebnisse. Diese ergeben interessanterweise keinen Unterschied im Einfluss auf das politische Engagement zwischen Organisationen mit staatlicher und freier Kostenträgerschaft. Die Leitungsebene und die strategischen Entscheidungen einer Organisation sind den Einflüssen der Kostenträgerschaft ausgesetzt. „Sowohl öffentlich subventionierte, als auch spendensammelnde oder beitragsfinanzierte NPO sind entsprechenden Erwartungen ihrer Geldgeber ausgesetzt (...)“ (Lichtsteiner et al. 2015: 262) Die Abhängigkeit ist verknüpft mit existenzbedrohenden Befürchtungen und bei beiden Finanzierungsformen gegeben. Allenfalls ist die Intransparenz der Vergabe von finanzieller Unterstützung bei Stiftungen höher als bei staatlichen Kostenträgerschaften. Dies ist jedoch nur eine Mutmassung der Verfasserin angestossen durch Äusserungen der Führungsperson B. Des Weiteren birgt das Stiftungs- und Sponsorenwesen die Gefahr der selektiven Mittelvergabe (vgl. von Winter/Willems 2000: 21). In dieser Untersuchung wurde der mögliche Einfluss der Trägerschaft nicht systematisch beleuchtet. Bei der Auswertung wurde trotzdem ein Augenmerk auf diese Komponente gelegt. Laut den untersuchten Organisationen unterscheiden sie sich nicht von Organisationen mit staatlichen Trägerschaften, im Hinblick auf das politische Engagement. Dies ist für die Verfasserin insofern erstaunlich, da sie wie Nikles (2008: 13) von einer höheren Autonomie von Organisationen mit freier Trägerschaft ausgeht. Natürlich sind zwingend Anpassungsleistungen an den Kontext zu erbringen. Der Schluss, dass die Trägerschaft keinen Einfluss auf das politische Engagement von sozialen Organisationen hat, ist an dieser Stelle un gerechtfertigt und voreilig. Aus diesem Umstand wird eine Implikation für die Forschung der Sozialen Arbeit im Kapitel 9.2 abgeleitet.

Die Untersuchungsergebnisse verdeutlichen, im Hinblick auf das politische Engagement noch weitere relevante Abhängigkeitsbeziehungen. So wird die „horizontale“ Abhängigkeit von anderen Organisationen, welche z.B. Klientinnen und Klienten über mögliche Angebote informieren erwähnt. Dabei ist der Ruf der Organisation von höchster Wichtigkeit. Eine politische Positionierung wird als mögliche Gefährdung dieses Rufes gesehen. Die Organisation A mit staatlicher Trägerschaft benennt neben „horizontalen“ Abhängigkeiten und die Befürchtung um die Kostenträgerschaft, auch das zuweisende Amt als Unsicherheitsfaktor bei einem starken politischen Engagement. Ein weiterer nennenswerter Einflussfaktor, auf das politische Engagement von sozialen Organisationen, ist das persönliche Engagement der Profes-

sionellen. Zu diesem Schluss kommen auch Helfer und Saxer (2014a: 54) in ihrer Untersuchung. Die Beziehung von Sozialer Arbeit und Sozialpolitik ist vielen Einflussfaktoren unterworfen, die Gestaltung jedoch liegt bei konkreten Personen und der Haltung einzelner Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern (vgl. Stövesand 2014: 34). Aus den Untersuchungsergebnissen wird der Einfluss des persönlichen Engagements von Sozialarbeitenden deutlich. Stéphane Beuchat erwähnt in diesem Zusammenhang, dass die Professionalisierung der Sozialen Arbeit, neben vielen positiven Effekten, auch eine gewisse Haltung des „Zurücklehns“ im politischen Engagement von Sozialarbeitenden mit sich gebracht hat.

Die Verfasserin kommt zum gleichen Schluss wie Knöpfel (2018: o.S.), dass die Auswirkung, der Abhängigkeitsbeziehungen, und der daraus resultierenden Befürchtung, um die Gefährdung der finanziellen Basis der Organisation, der Verzicht auf ein sozialpolitisches Engagement zu Gunsten eines getreuen Vollzugs des Auftrags ist. Im Hinblick auf die Beantwortung der Unterfragestellung kann also festgehalten werden, dass die Befürchtung der finanziellen Abwendung der Kostenträgerschaft einen markanten Einfluss auf das politische Engagement von sozialen Organisationen hat. Unabhängig davon ob staatlicher oder freier Kostenträgerschaft.

9.1.5 Beantwortung Unterfragestellung 5

Wo liegt die organisationsinterne Zuständigkeit für das politische Engagement?

Die Organisationen der Sozialen Arbeit sind für die Verfasserin, wie für Lorenz (2006: 270) auch, ein Mikrobereich in dem praktizierte, kritische Sozialpolitik gemacht wird, welche durch dort gemachte Erfahrungen in die sozialpolitischen Diskussionen der Makroebene einfließen sollten. Daher sind die organisationsinternen Willensbildungsprozesse und Zuständigkeiten des politischen Engagements von Relevanz.

Wie die bereits aufgezeigten Unklarheiten, der allgemeinen Verortung der Zuständigkeit der politischen Aufgabe, bestehen auch innerhalb der Organisationen Unklarheiten über die Zuständigkeit. Knöpfel (2018: o.S.) meint, dass aus dieser ungeklärten Zuständigkeit heraus, eigentümliche Konstellationen entstehen, in denen engagierte Sozialarbeitende organisationsintern für ein verstärktes sozialpolitisches Engagement lobbyieren müssen. Aus den Untersuchungsergebnissen geht hervor, dass die Zuständigkeit bei den Führungspersonen und dem Vorstand angesiedelt wird. Dem Vorstand, oft fachfremde Personen, wird das letzte Wort und die Risikoeinschätzung zugeschrieben. Den Leitungspersonen wird eher der impulsgebende Part für das politische Engagement zugeteilt.

Die aktuelle Fachliteratur stellt den Sozialarbeitenden kein gutes Zeugnis über politische Fähigkeiten aus. Die geführten Interviews bestärken diesen Eindruck. Die Führungskräfte

schrieben sich selbst keine Fähigkeiten zum politischen Engagement zu und Stéphane Beuchat bestätigt, dass das Know-how und das Methodenwissen dazu gänzlich fehlen.

Wigger (2010: 16f.) beschreibt die ersten wichtigen Schritte für das politische Engagement von Sozialarbeitenden folgendermassen: Nach dem Bewusstwerden der politischen Aufgabe der Sozialen Arbeit, wird die arbeitsspezifische Analyse der Rahmenbedingungen der Organisation empfohlen. Dies setzt das Wissen über Gesetze, Verordnungen, usw. und eine kritische Auseinandersetzung damit voraus. Auch ein grundlegendes politisches Prozesswissen des schweizerischen Systems bildet die Grundlage für ein zielführendes Engagement. Das Wissen über formale Abläufe, Instrumente und konkrete Methoden, sowie die Vernetzung zu relevanten Akteurinnen und Akteure sind weitere unverzichtbare Schritte.

Durch die mangelnde Klärung der organisationsinternen Zuständigkeit und der fehlenden Fähigkeiten der Führungskräfte für ein politisches Engagement ist für die Verfasserin wenig überraschend, dass die Delegation dieser Aufgabe, in den Untersuchungsergebnissen mehrfache Erwähnung findet, wie bereits benannt.

Die Bereitstellung von Ressourcen sind eine Voraussetzung für ein gelingendes politisches Engagement (vgl. Rieger 2014: 343). Zur Überraschung der Verfasserin blieben empörte Aussagen über mangelnde oder fehlende Ressourcen für politische Aktivitäten praktisch komplett aus. Stéphane Beuchat machte auf die mangelnden Ressourcen aufmerksam und begründete dies mit dem nur impliziten politischen Auftrag von sozialen Organisationen. Diesem Argument würde entgegengewirkt, mit der Verankerung in den Grundlagendokumenten der Organisationen. Laut Burri (2008: 2) stützen sich zahlreiche Grundlagendokumente von sozialen Organisationen auf den Berufskodex, in dem die politische Aufgabe verankert ist. Eine direkte Verankerung der politischen Funktion der Sozialen Arbeit lässt sich aber kaum in den Leitbildern oder Pflichtenheften finden (vgl. Helfer/Saxer 2014b: 33). In den analysierten Dokumenten befanden sich implizite und explizite Hinweise auf den politischen Auftrag. Daraus lassen sich aber keine Rückschlüsse auf die Intensität des politischen Engagements der jeweiligen Organisation ziehen. Stéphan Beuchat erwähnt der förderliche Auseinandersetzungsprozess bei einer allfälligen Verankerung des politischen Engagements in den Grundlagendokumenten von Organisationen. Rieger (2014: 342f.) beschreibt die Koordination, Konsensbildung und gemeinsamen Argumentationsentwicklungen innerhalb einer Organisation als notwendige Voraussetzung für das Gelingen. Die Leitbildentwicklung, als mikropolitische Entwicklungsarbeit in Organisationen, kann als direkte Intervention bewertet werden, gleichzusetzten mit Soziallobbying, Politikberatung oder politisch reflektierte Fallarbeit (vgl. Benz et al. 2014: 19).

9.1.6 Beantwortung Hauptfragestellung

Wie sieht das politische Engagement von sozialen Organisationen aus?

Die vorliegende Masterarbeit diskutiert die Fragestellung: „Wie sieht das politische Engagement von sozialen Organisationen aus?“ Die zusammenfassende Beantwortung dieser Frage basiert auf den oben aufgeführten Interpretationen der Untersuchungsergebnisse, mit Rückbezug auf theoretische Aspekte im Hinblick auf die Diskussion der Unterfragestellungen.

Die Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass das Bewusstsein für den politischen Auftrag der Sozialen Arbeit unter den Professionellen vorhanden ist und ein mehrheitlicher fachlicher Konsens darüber besteht. Die negativen Auswirkungen der veränderten Rahmenbedingungen, im Zuge der Ökonomisierungstendenz und der neoliberalen Denklöge, sind in den Organisationen der Sozialen Arbeit spürbar. Die Verfasserin meint damit in erster Linie die negativen Folgen für die Klientinnen und Klienten der Sozialen Arbeit, erst in zweiter Linie die aus berufspolitischen Gründen. Die, in der vorliegenden Arbeit benannten Abhängigkeitsbeziehungen, in denen sich die Soziale Arbeit befindet, wirken sich auf das politische Engagement der sozialen Organisationen aus. So ist einerseits die Erwähnung von „horizontalen“ Abhängigkeitsbeziehungen der sozialen Organisationen festzuhalten. Die Befürchtung vor Rufschädigungen und die Abwendung von benötigten Partnerorganisationen stehen dabei im Zentrum. Andererseits gilt die Hauptbefürchtung der sozialen Organisationen bei einer politischen Positionierung, der allfälligen nachteiligen Behandlung im verstärkten Wettbewerb und der allfälligen negativen finanziellen Folgen durch die Kostenträgerschaft. Diese Befürchtungen sind durch die vorliegende Untersuchung, wie auch in der Fachliteratur belegt. Beispiel dafür, dass diese Befürchtungen bei einem politischen Engagement der sozialen Organisationen wahrhaftig eintreten, können an dieser Stelle nicht empirisch erbracht werden. Das kritische Hinterfragen dieses voraussetzenden Gehorsams der sozialen Organisationen ist daher zwingend notwendig.

Die Zuständigkeit für den politischen Auftrag, also die Anwendung konkreter Methoden zur politischen Einflussnahme und die politische Positionierung von soziale Organisationen, ist unklar. Einerseits werden die einzelnen Sozialarbeitenden von diesem überfordernden und nicht im Stellenprofil verankerten Auftrag befreit, andererseits wird den sozialen Organisationen und der Profession die Zuständigkeit dafür zugesprochen. Organisationsintern zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Die Zuständigkeiten sind unklar und werden daher an teilweise unzureichend überprüfte Stellen delegiert.

Die Hauptfolge dieser dargelegten, widersprüchlichen Ausgangslage für das politische Engagement von sozialen Organisationen und deren eindeutigen Befürchtungen im Zusammenhang mit den benannten Abhängigkeitsbeziehungen, ist das Ausbleiben einer öffentli-

chen, anwaltschaftlichen Skandalisierung der negativen Auswirkungen des Sozialabbaus und dem allgemeinen verschärften sozialpolitischen Klima. Dieses Schweigen der sozialen Organisationen kann und wird irrtümlicherweise als stille Zusage gewertet. Was nach Meinung der Verfasserin der Entprofessionalisierung und Entpolitisierung der Sozialen Arbeit gleichkommt. Die Untersuchungsergebnisse von Amann (2017: 77) bestärken die Erkenntnis der vorliegenden Arbeit. Trotz der Unzufriedenheit mit politischen Rahmenbedingungen, welche sich einschränkend auf die Arbeitsbedingungen auswirken, engagieren sich Sozialarbeitende und soziale Organisationen kaum.

Eine weitere Folge der fehlenden Anerkennung der Zuständigkeit des politischen Auftrags, ist die mangelnde Verankerung des politischen Engagements in den Grundlagendokumenten, somit können fehlende Ressourcen dafür nur erschwert eingefordert werden. Das politische Methodendefizit von Sozialarbeitenden in diesem Bereich und die Delegation dieser Aufgabe sind weitere Folgen. Oft liegen aktuell keine professionsethischen Überlegungen dem Entscheid zu Grunde, ob und wie stark sich eine soziale Organisation politisch positioniert. Viel mehr ist dies abhängig vom persönlichen Engagement der Führungsebene.

Das politische Bewusstsein der Professionellen alleine ist nicht ausreichend. Das konkrete politische Engagement ist aktuell von Willkür geprägt und verliert damit stark an Einflusskraft. Unter anderem die geringe Mitgliederzahl des Berufsverbands bleibt die Stimme der Sozialen Arbeit in der Sozialpolitik schwach. Die Gründe dafür sind wie bereits aufgeführt vielseitig. Ein weiterer nennenswerter Grund, ist nach Meinung der Verfasserin das mangelnde, arbeitsfeldübergreifende Bewusstsein von Sozialarbeitenden über den gleichen Gegenstand der Sozialen Arbeit. Der Blick über den Tellerrand des eigenen organisatorischen Mikrokosmos, würde das gemeinsame Angehen von sozialen Problemlagen auf der gesellschaftlichen Ebene verstärken und wäre ein wichtiger Schritt zur Erfüllung des Auftrages der Sozialen Arbeit.

Die Beantwortung der Hauptfragestellung der vorliegenden Arbeit verdeutlicht das Spannungsfeld zwischen dem Bewusstsein der Professionellen für den politischen Auftrag der Sozialen Arbeit und der Befürchtung von sozialen Organisationen sich mit einem politischen Engagement selbst zu schaden.

9.2 Implikationen

Die vorliegende Arbeit stellt soziale Organisationen, respektive Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in Führungspositionen und ihr politisches Engagement in den Mittelpunkt. Die aus der Ergebnisdiskussion abgeleiteten Implikationen richten sich an Professionelle der Sozialen Arbeit mit Tätigkeitsbereich in Forschung, Praxis und Ausbildungsstätten.

Die formulierten Folgerungen können als innovativ bezeichnet werden, im Sinne von aufschlussreichem „(...) Wissen zur Gestaltung und Bewältigung von relevanten internen und externen Veränderungsprozessen“ (Lichtsteiner et al. 2015: 186). Dieses Wissen zielt darauf ab, mögliche Schritte in Richtung verstärkter Mitgestaltung der Sozialpolitik durch die Soziale Arbeit aufzuzeigen. Dies mit dem Bezug zum wesentlichen Auftrag der Profession zur Schaffung von sozialen und fairen Rahmenbedingungen für die Lebensgestaltung von Menschen (vgl. Rudolf/Zeller 2001: 211).

Nach Meinung der Verfasserin geht als wichtigste Implikation aus der Untersuchung hervor, dass sich die Soziale Arbeit zu ihrem politischen Auftrag bekennen muss, um der voranschreitenden Anpassung an die neoliberalen Rahmenbedingungen zu entgehen und um sich zielführend, anwaltschaftlich und professionell politisch zu engagieren. Nur wenn sich Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und daraus resultierend auch soziale Organisationen dafür Zuständig fühlen, sich in der Sozialpolitik zu engagieren wird sich das zu Gunsten der Klienten auswirken.

Das Bewusstsein über die gesellschaftlichen Entstehungszusammenhänge von Problemlagen, sowie das Bewusstsein über einen gemeinsamen Gegenstand der Sozialen Arbeit, trotz unterschiedlichsten Berufsfeldern muss stärker gefördert werden. Dies um den Blick der Sozialarbeitenden für die Wichtigkeit eines politischen Engagements zu schärfen und die politische Gestaltungskraft, z.B. durch die Mitgliedschaft im Berufsverband zu erhöhen.

Die von Rieger (2007: 97) erwähnte Forschungslücke im sozialpolitischen Bereich der Sozialen Arbeit, sowie zu konkreten Methoden des politischen Engagements gilt es noch immer zu schliessen. An dieser Stelle möchte die Verfasserin auf einige Teilaspekte dieser Lücke hinweisen:

Die Erforschung der in den Interviews benannten „horizontalen“ Abhängigkeit, von anderen Organisationen, wäre sehr aufschlussreich mit dem kritischen Blick auf die Möglichkeit des vorausseilenden Gehorsams. Die Verfasserin steht der befürchteten Abwendung anderer Organisationen, bei einer fachlich begründeten, anwaltschaftlichen politischen Positionierung, skeptisch gegenüber. In diesem Zusammenhang wäre eine Beleuchtung der Haltung von Stiftungen, mit dem Fokus der Vergabepraktiken und deren Kommunikation ebenfalls relevant. Es stellt sich die Frage, ob die Befürchtung, dass sich Stiftungen bei einer öffentlichen politischen Positionierung der sozialen Organisationen, aus deren Finanzierung unmittelbar zurückziehen würden. Die Verfasserin sieht die Einnahme einer öffentlichen, politischen Haltung einer Organisation auch als Chance. Wird im Interview B doch prägnant erwähnt, dass sich Innovation und Wirkung aktuell am besten verkaufen lassen. Eine politische Positionierung wäre innovativ, da es noch eine wenig angewandte Form der unspezifischen Hilfe nach Rieger (2013: 58) ist und sich als wirkungsvoll herausstellen kann, da die Bearbeitung von

sozialen Problemlagen auf der gesellschaftlichen Ebene angegangen wird. Dies um die im Interview E erwähnte „Sisyphusarbeit“ zu vermeiden.

Der Verfasserin ist bewusst, dass das Dilemma der finanziellen Abhängigkeit der Sozialen Arbeit nicht lösbar ist und der Verlust von sozialen Organisationen aufgrund einer politischen Positionierung keine Verbesserung für Betroffene bringen würde. Um der totalen Abhängigkeit von einer einzelnen Kostenträgerschaft zu entgehen, wird ein breit abgestützter Finanzierungsmix von sozialen Organisationen als unverzichtbar gesehen. Es wäre wünschenswert, dass die Soziale Arbeit und ihre Professionellen sich ihre Unabhängigkeit bewahren und sich nicht von einer Seite, und deren Interessen vereinnahmen lassen (vgl. Staub-Bernasconi 2007: 199).

Des Weiteren stellt sich die Frage, wie soziale Organisationen zu den von ihnen öffentlich vertretenen politischen Entscheidungen und Positionen kommen. Dieser Willensbildungsprozess ist selten im Fokus von Analysen. Mit einer Mikropolitikanalyse werden relevante Interaktionen untersucht, aus denen sich politische Prozesse zusammensetzen (vgl. Benz/Rieger 2015: 173). Die daraus resultierenden Forschungsergebnisse könnten Aufschluss auf das Geschehen im komplexen Willensbildungsprozess geben und somit die Möglichkeit zur Handhabung solcher Vorgänge aufzeigen (vgl. Lichtsteiner et al. 2015: 99). Neue politische Handlungsoptionen für soziale Organisationen könnten damit erkannt werden (vgl. Benz/Rieger 2015: 174f.).

Um die teilweise nicht einfache Haltungsfindung bei politischen Positionierungen, wie im Interview E erwähnt, zu erleichtern, macht Röh (2006: 448) den Vorschlag zur Etablierung von Ethikkommissionen, welche sich mit Mandatskonflikten auseinandersetzen und sich aus Berufsverbänden, staatlichen und freien Trägerschaften und Ausbildungsstätten zusammensetzen. Auch Dischler (2014: 112) fordert die politische Soziale Arbeit zur Reflexion von Spannungen auf, die durch die Interessen der Organisation, der fachlichen Ideale und Klientinnen- und Klienteninteressen entstehen.

Benz und Rieger (2015: 183) schreiben Untersuchungen von Handlungsspielräumen, im Hinblick auf Trägerschaften und Einrichtungen, einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung in diesem Feld zu. Die leitende Frage nach dem politischen Engagement von sozialen Organisationen wäre ebenfalls, in einem sozialstaatlichen Kontext, also z.B. einem Sozialdienst, zu untersuchen. Dies um die vermeintlichen Anpassungsleistungen und das Nutzen des Handlungsspielraums der Sozialarbeitenden in diesem beruflichen Kontext zu erschließen und daraus unter anderem das Berufsverständnis abzuleiten. Diese Erkenntnisse könnten stärkend wirken für die Professionellen der Sozialen Arbeit im staatlichen Kontext, welche teilweise in der Unterzahl sind und oft genug im Konflikt mit ihrem Professionsverständnis stehen. Der Berufskodex bekommt sein Gewicht unter anderem, durch ausgebildete Sozialarbeitende welche sich in der Praxis darauf berufen.

Ein Weiterer, noch wenig erforschter Aspekt ist laut von Winter und Willems (2000: 12) die Mechanismen und Motive einer stellvertretenden Interessensrepräsentation in der Politik. Trotz dieses Mangels ist die Vertretung schwacher Interessen, von anderen als den Betroffenen selbst, weitgehend anerkannt. Nähere Erkenntnisse darüber wären wichtig, um den Ansprüchen der partizipativen Haltung der Sozialen Arbeit gerecht zu werden.

Für die Praxis der Sozialen Arbeit ergeben sich weitere Implikationen aus den vorliegenden Untersuchungsergebnissen. Wie bereits eingangs erwähnt, sieht es die Verfasserin als unumgänglich an, Überzeugungsarbeit in der eigenen Profession zu leisten, im Hinblick auf die Notwendigkeit des politischen Auftrags und der Anerkennung der Zuständigkeit dafür. Die eigene Profession von dieser Notwendigkeit zu überzeugen ist keine leichte Aufgabe (vgl. Engemann et al. 2007: 148).

Um das Verständnis für den politischen Auftrag zu fördern, wird in der Untersuchung von Helfer und Saxer (2014b: 33) die Verankerung in den Grundlagendokumenten von sozialen Organisationen als wichtig erachtet. Die Verfasserin der vorliegenden Untersuchung kommt zum gleichen Schluss. Wie im Interview E erwähnt, führt der Erarbeitungsprozess solcher Verankerungen zu förderlichen und wichtigen organisationsinternen Auseinandersetzungen. Die Verankerung des politischen Auftrages in den Grundlagendokumenten würde, nach Meinung der Verfasserin auch bei der Sprechung und Einplanung von Ressourcen hilfreich sein. Die politischen Aktivitäten von sozialen Organisationen werden massgeblich durch die Führungsperson beeinflusst. Es ist also an den Professionellen in Leitungsfunktionen diese Aufgabe wahrzunehmen (vgl. ebd.). Auch Wulf-Schnabel (2001: 286) siedelt die Herausforderung zum politischen Engagement von sozialen Organisationen bei den Leitungspersonen an. Durch gezielte Massnahmen, wie z.B. der Verankerung des politischen Auftrags in den Grundlagenpapieren oder der Sensibilisierung der Führungskräfte dafür z.B. durch den Berufsverband, könnte der Einflussfaktor des „persönlichen Engagements“ verringert werden. Die Untersuchungsergebnisse haben gezeigt, dass die persönliche Haltung der Führungspersonen zum politischen Auftrag der Sozialen Arbeit das Engagement beeinflusst. Dadurch wird die Ausführung des politischen Auftrags willkürlich. Laut Langer (2014: 90f.) besteht eine Lücke in empirischen Antworten auf die Frage, nach „(...) professionellen Kompetenzen in der Führung sozialer Organisationen in veränderten politischen Rahmenbedingungen.“ In den aktuellen Methoden zur Führung von NPO finden die politischen Aufgaben, aktuell noch zu wenig Beachtung.

Die Möglichkeiten des politischen Engagements von einzelnen Sozialarbeitenden sind, wie in der vorliegenden Arbeit aufgezeigt, vielseitig. Für Reformbestreben, wie Gesetzesänderungen braucht es jedoch notwendigerweise Koordination (vgl. Rieger 2016: 131). Organisationen ermöglichen erst das kollektive Handeln. Daher sind soziale Organisationen, wie auch einzelne Sozialarbeitende aufgerufen sich in z.B. Verbänden zusammen zu finden. Dies

dient auch dem Schutz der einzelnen Organisation. Die unliebsame Exponierung einzelner Organisationen wird damit abgeschwächt.

Die Verfasserin unterstützt die Idee aus dem Interview E, dass die Mitgliedschaft, beim Berufsverband AvenirSocial, als Teil des Anstellungsverhältnisses installiert und die Beiträge dafür vom Arbeitgeber übernommen werden. Damit können soziale Organisationen ein Zeichen für die Anerkennung des politischen Auftrages der Sozialen Arbeit setzen.

Als nennenswerte Schlussfolgerung für die Ausbildungsstätten der Sozialen Arbeit ist zu erwähnen, dass das politische Handeln von Sozialarbeitenden professionalisiert werden muss. „Politik als Hilfe muss professionellen Standards genügen. Andernfalls gefährdet Politisierung die Professionalisierung.“ (Rieger 2007: 105) Für diese, von der Verfasserin unterstützte Forderung, bedarf es der Anpassung der Ausbildung von Sozialarbeitenden. Die Verfasserin ist überzeugt, dass mit vermitteltem Wissen zum Politsystem der Schweiz, sowie konkreten politischen Handlungsmethoden der Sozialen Arbeit das Gefühl der Ohnmacht, oder wie aus dem Interview B bezeichneten Kategorie „Da sind uns die Hände gebunden“, reduziert werden kann. Zu den notwendigen professionellen Kompetenzen zählen Benz und Rieger (2015: 104) das Wissen darüber wie die Politik organisiert ist und mit welchem Mitsprache- oder Entscheidungsrecht oder welchen Kompetenzen die jeweilige Organisation ausgestattet ist. Auch die Vermittlung von spezifischen Methoden wie z.B. die der Politikfeldanalyse steigern die Politikfähigkeit (vgl. ebd.: 79).

Durch Impulse von „ausser“ kann laut Amann (2017: 78) die Politisierung der Sozialen Arbeit vorangetrieben werden. Dieser Impuls kann unter anderem den Ausbildungsstätten zugeschrieben werden. Durch den verstärkten Fokus auf die politische Dimension der Profession im Unterricht, und die Vermittlung von Grundlagenwissen und Handlungsmethoden für diesen Bereich, kann das Interesse und das Bewusstsein künftiger Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gefördert werden, was die Voraussetzung für ein politisches Engagement bildet. Des Weiteren möchte die Verfasserin darauf aufmerksam machen, dass die Bildungsstätten der Sozialen Arbeit aufgerufen sind, das kritische Denken der Studierenden zu fördern und systemkritisches Denken zuzulassen.

9.3 Validierung und Limitationen

Für die Überprüfung der Gültigkeit der Ergebnisse wurde für die vorliegende Forschungsarbeit auf die kommunikative Validierung zurückgegriffen. „Der Grundgedanke dabei ist, eine Einigung bzw. Übereinstimmung über die Ergebnisse der Analyse zwischen Forschern und Beforschten diskursiv herzustellen.“ (Mayring 2015: 131) Dies ist, nach Meinung der Verfasserin ein sinnvolles Gütekriterium für die gewählte Forschungsmethode. Daraus eröffnet sich für die interviewten Personen die Möglichkeit, sich in einer Selbstverständigung ihre Alltags-

praxen zu erschliessen. So kann die Rekonstruktion subjektiver Bedeutung abgesichert werden (vgl. ebd.). Die kommunikative Validierung wurde für die beiden Interviews mit Führungskräften aus sozialen Organisationen telefonisch vorgenommen. Die Gespräche waren kurz und brachten keine nennenswerten Anpassungen.

Die Reichweite der Ergebnisse ist durch die Anzahl und Auswahl der interviewten Personen sehr beschränkt. Eine fallübergreifende Generalisierung ist aufgrund von zwei Fällen inhaltlich nicht gerechtfertigt (vgl. ebd.: 83). Was sich im zu geringen Abstraktionsniveau der deskriptiven Ergebnisdarstellung widerspiegelt. Auf die zweite Reduktion und fallübergreifende Verknüpfung wurde im Auswertungsvorgang verzichtet, da das Ergebnis der ersten Reduktion des Datenmaterials eine bereits bearbeitbare Anzahl an Informationen hervorbrachte und eine weitere Reduktion der Verfasserin nicht sinnvoll erschien.

Das Vertrauen der Führungskräfte in die zuverlässige Anonymisierung der Interviews durch die Autorin war für die gewählte Form, des problemzentrierten Interviews, von grosser Bedeutung. Die Ergebnisse und deren Interpretation bilden einen Ausschnitt von zwei Organisationen in einem Kanton ab und gewichten somit minim. Jedoch liefern sie aufschlussreiche Erkenntnisse zum noch wenig empirisch erforschten Gebiet der sozialpolitischen Sozialen Arbeit. Die vorliegende Arbeit beruht auf einer begrenzten wissenschaftlichen Grundlage, unter anderem wegen des lückenhaften und von der Verfasserin als nicht entsprechend empfundenen, Forschungsstands. Die Arbeit beruft sich auf Erfahrungen aus der Praxis, die Verknüpfung mit ausgewählten Theorieaspekten und auf der durchgeführten qualitativen Untersuchung. Benz und Rieger (2015: 177) machen auf die Lücke der Forschung zur Mikropolitikanalyse aufmerksam und schreiben der Überprüfung des sozialarbeiterischen Alltags, auf seine politischen Konsequenzen hin, eine hohe Praxisrelevanz zu (vgl. ebd.). Die in der vorliegenden Arbeit formulierten Implikationen sind in keiner Weise als abschliessend zu betrachten.

10 Schlusswort und Fazit

Das politische Engagement von sozialen Organisationen oder anders formuliert: Wieso skandalisieren die Organisationen der Sozialen Arbeit die aktuellen sozialpolitischen Geschehnisse und die daraus entstehenden negativen Auswirkungen auf die Soziale Arbeit so wenig? Für die Verfasserin ist dieses Schweigen der meisten Organisationen eine verpasste Chance, sich für die Veränderung der Rahmenbedingungen für die Klientinnen und Klienten einzusetzen und für eine der grundlegendsten Zielsetzungen der Sozialen Arbeit, der sozialen Gerechtigkeit, einzustehen. Die Verfolgung dieser Leitidee gibt der Profession nach Meinung der Verfasserin eine politische Dimension. Es ist notwendig die Soziale Arbeit zu Repolitisieren. Einerseits um dem Professionsanspruch gerecht zu werden und andererseits um noch wirkungsvoller dem ersten Mandat, der Unterstützung von Betroffenen, nachkommen zu können.

Die von Stéphane Beuchet erwähnte Gefahr, der „Sisyphusarbeit“ der Sozialarbeitenden, kann durch die Mitgestaltung an politischen Rahmenbedingungen entgegengewirkt werden. Für die Verfasserin ist die direkte, kritisch reflektierte Einzelfallarbeit nicht weniger relevant, als weitere politische Methoden der Sozialen Arbeit. Die partizipative, ethisch- und fachlich begründete Soziale Arbeit auf beiden Flughöhen, wird von der Verfasserin als anstrebenswert und zielführend erachtet. Für eine kritische Auseinandersetzung, ist das Bewusstsein dafür nötig, dass gesellschaftliche Rahmenbedingungen konstruiert sind (vgl. Seithe 2012: 405). Die ökonomischen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit sind keine unvermeidbaren Naturgesetze, sondern sind durch politische Entscheidungen veränderbar. „Soziale Arbeit ist den Machtverhältnissen nicht einfach ausgeliefert.“ (Stark 2007: 80)

Die Verfasserin teilt die Meinung von Schmid (2011: 19) dass die Soziale Arbeit die demokratisch legitimierten, politischen Ergebnisse zur Kenntnis nehmen muss und den Handlungsspielraum innerhalb dieser Vorgaben möglichst gut nutzen soll. Die Kritik- und Widerstandsfähigkeit darf dabei aber nicht verloren gehen (vgl. Benz et al. 2014: 8). Als motivierenden Umgang mit Systemkritik, sieht die Verfasserin das Vorgehen von sozialen Bewegungen an, welche nicht bei der Ablehnung bestimmter Zustände stehen bleiben, sondern konkrete Utopien und Visionen entwickeln (vgl. Stövesand 2014: 27).

Die Visionen können aber nur entwickelt werden, wenn das Selbstverständnis der Sozialarbeitenden die Anerkennung der Zuständigkeit für den politischen Auftrag beinhaltet. Doch die Frage nach der Verantwortung bleibt aktuell noch ungeklärt. Nach Meinung der Verfasserin liegen die Verantwortung und die Zuständigkeit, für die Umsetzung des politischen Auftrags,

bei den sozialen Organisationen. Und somit bei jedem einzelnen Sozialarbeitenden, denn die angesprochenen Organisationen sind kollektive Zusammenschlüsse von Professionellen.

Um als Mitgestalterin in der Sozialpolitik auftreten zu können braucht es fachlich- und ethisch begründete Positionierungen und eine starke Stimme der Sozialen Arbeit. Diese Voraussetzungen sind nur mit der Anerkennung des politischen Auftrags und der Steigerung der politischen Methodenkompetenz zu erreichen. Auch die Klärung der organisationsinternen Zuständigkeit ist notwendig. Dafür ist ein kritisch selbstbewusstes und politisches Professionsverständnis unabdingbar. Auch um der Delegation dieser wichtigen Aufgabe entgegenzuwirken.

Das vorhandene Bedürfnis nach Plattformen, um sich als Sozialarbeitende politisch zu engagieren, auch ausserhalb der eigenen Organisationen, ist aus den Untersuchungsergebnissen klar ersichtlich. Dieses Bedürfnis ist der Verfasserin nicht neu und wird als erfreuliche Tendenz der Repolitisierung gesehen. Um diese positive Bewegung zu unterstützen, engagiert sich die Verfasserin bei KRISO, dem Forum für kritische Soziale Arbeit. Ein freier Zusammenschluss von Sozialarbeitenden in mehreren schweizerischen Städten und internationalen Verbindungen. Denn politisches Engagement ist nicht auf formale Institutionen beschränkt, jede Sozialarbeiterin und jeder Sozialarbeiter kann zur Verwirklichung des politischen Auftrages beitragen (vgl. Dischler 2014: 108).

Mehr Mut zur Verantwortungsübernahme von sozialen Organisationen zur kritischen Positionierung im sozialpolitischen Kontext.

Mit diesem abschliessenden Satz möchte die Verfasserin einen kritischen Anstoss zur Weiterentwicklung der Sozialen Arbeit und einen Anregungsimpuls für Professionelle der Sozialen Arbeit geben.

11 Literaturverzeichnis

- AvenirSocial – Soziale Arbeit Schweiz (Hg.) (2010). Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz. Ein Argumentarium für die Praxis der Professionellen. Bern: AvenirSocial – Soziale Arbeit Schweiz, Bern.
- AvenirSocial – Soziale Arbeit Schweiz (Hg.) (2017). In: http://www.avenirsocial.ch/cm_data/Statuts_AvenirSocial_2018_D_07.12.17_LOW.pdf [Zugriffsdatum: 12. April 2018].
- AvenirSocial – Soziale Arbeit Schweiz (2018). Soziale Arbeit und Politik. Fachtagung. Erste nationale Plattform der Fachpersonen der Sozialen Arbeit. Bern (01. Juni 2018).
- AvenirSocial – Soziale Arbeit Schweiz (Hg.) (o.J.). In: <http://www.avenirsocial.ch/> [Zugriffsdatum: 12. April 2018].
- Backhaus-Maul, Holger (2014). Sozialpolitische Entwicklungslinien in Deutschland. In: Arnold, Ulli/Grunwald, Klaus/Maelicke, Bernd (Hg.). Lehrbuch der Sozialwirtschaft. 4. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 108-129.
- Benz, Benjamin (2013). Politische Interessenvertretung in der Sozialen Arbeit. In: Benz, Benjamin/Rieger, Günter/Schönig, Werner/Többe-Schukalla, Monika (Hg.). Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag. S. 70-90.
- Benz, Benjamin/Rieger, Günter/Schönig, Werner/Többe-Schukalla, Monika (2014). Determinanten praktischer Politik Sozialer Arbeit. Akteure, Handlungsfelder und Methoden. In: Benz, Benjamin/Rieger, Günter/Schönig, Werner/Többe-Schukalla, Monika (Hg.). Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag. S. 8-19.
- Benz, Benjamin/Rieger, Günter (2015). Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Beuchat, Stéphane (2011). Soziale Arbeit und Politik. Erste nationale Plattform der Fachpersonen der Sozialen Arbeit. In: SozialAktuell. 50. Jg. (5). S.42.
- Beuchat, Stéphane (2018). Das sozialpolitische Engagement von AvenirSocial. Kampagnenarbeit, Lobbying und Vernetzung. In: SozialAktuell. 43. Jg. (6). S.25.
- Bieker, Rudolf/Floercke, Peter (Hg.) (2011). Träger, Arbeitsfelder und Zielgruppen der Sozialen Arbeit. Stuttgart: Kohlhammer.
- Burri, Katrin (2008). Sozialpolitisches Engagement von Sozialarbeiterin und Sozialarbeitern – eine Einführung in Begriffe und erste Erkenntnisse. URL: http://sfss.ch/cms/fileadmin/user_upload/documents/Fachtagung_SFSS_2008_Katrin_Burri.pdf [Zugriffsdatum: 18. Oktober 2017].

- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (2015). Soziale Dienstleistungspolitik. Eine kritische Bestandsaufnahme. Wiesbaden: Springer VS.
- Degiacomi, Patrik (2005). Bericht über sozialen Zusammenhalt in der Schweiz. URL: www.avenirsocial.ch/cm_data/BerichtSozialerZusammenhaltCH.pdf [Zugriffsdatum: 24. April 2017].
- Dischler, Andrea (2014). „Das Soziale ist politisch“. Politischer Auftrag in der Lehre Sozialer Arbeit. In: Benz, Benjamin/Rieger, Günter/Schönig, Werner/Többe-Schukalla, Monika (Hg.). Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag. S. 106-120.
- Duong, Yen (2018). «Das kommt bei uns nicht gut an»: Quartiervereine sperren sich gegen Stadtteilstreitigkeiten Ost URL: http://www.avenirsocial.ch/cm_data/Statuts_AvenirSocial_2018_D_07.12.17_LOW.pdf [Zugriffsdatum: 18. April 2018].
- Engemann, Thomas/Fischer, Jörg/Müller, Reinhard/Volkmer, Wolfgang (2007). Die Repolitisierung Sozialer Arbeit aus der Sicht eines Wohlfahrtsverbandes. In: Lallinger, Manfred/Rieger, Günter (Hg.). Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell. Hohenheimer Protokolle 64. Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. S. 133-149.
- Engler, Pascal (2015). Staatliche und private Träger im schweizerischen Sozialwesen. In: Riedi, Anna Maria/Zwilling, Michael/Meier Kressig, Marcel/Benz Bartoletta, Petra/Aebi Zbinden, Doris (Hg.). Handbuch Sozialwesen Schweiz. 2. Aufl. Bern: Haupt Verlag. S. 217-228.
- Grand, Olivier (2015). Berufs-, Fach- und Branchenverbände. In: Riedi, Anna Maria/Zwilling, Michael/Meier Kressig, Marcel/Benz Bartoletta, Petra/Aebi Zbinden, Doris (Hg.). Handbuch Sozialwesen Schweiz. 2. Aufl. Bern: Haupt Verlag. S. 533-561.
- Güntner, Simon/Langer, Andreas (2014). Sozialarbeitspolitik zwischen Professionspolitik und Gesellschaftsgestaltung. In: Benz, Benjamin/Rieger, Günter/Schönig, Werner/Többe-Schukalla, Monika (Hg.). Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag. S. 228-254.
- Gysi, Barbara (2018). Sozialarbeitende – politisch, links und nett? Sind Sozialarbeitende alle politisch? Diese Vorstellung ist falsch – aber nicht verkehrt. In: SozialAktuell. 50. Jg. (5). S.22-23.
- Helfer, Franziska/Saxer, Stéfanie (2014a). Die politische Funktion der Sozialen Arbeit. Ein Vergleich des Verständnisses und der Umsetzung in der Praxis der Berufsfelder der Sozialen Arbeit. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Hochschule für Soziale Arbeit, Hochschule Luzern. Ausbildungsgang Soziokultur. Luzern.

- Helfer, Franziska/Saxer, Stéfanie (2014b). Gehört denn Politisieren zu unsrem Job? Als Professionelle der Sozialen Arbeit aktiv am politischen Diskurs teilnehmen. In: SozialAktuell. 46. Jg. (11). S.33.
- Helferich, Cornelia (2011). Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. 4. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- IFSW - International Federation of Social Workers (2000). Definition of Social Work. In: www.avenirsocial.ch/cm_data/defsozarbeitifswiassw.pdf [Zugriffsdatum: 10. Oktober 2017].
- IFSW - International Federation of Social Workers (2006). Ethik in der Sozialen Arbeit – Darstellung der Prinzipien. In: http://www.avenirsocial.ch/cm_data/EthikprinzSozArbeitIFSW.pdf [Zugriffsdatum: 11. Juni 2018].
- Kelle, Udo/Kluge, Susann (2010). Vom Einzelfall zum Typus – Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Knöpfel, Carlo/Frei, Patricia/Janett, Sandra (2016). Hilfswerke und öffentliche Sozialhilfe – von der Komplementarität zur Subsidiarität? Eine Studie um Auftrag der Hilfswerke Caritas Schweiz, Heilsarmee Schweiz und Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK). URL: https://www.caritas.ch/fileadmin/user_upload/Caritas_Schweiz/data/folder/news/2016/ca_ch_7.11.16_news_hilfswerke_und_oeffentliche_Sozialhilfe_Studienbericht.pdf [Zugriffsdatum: 25. Mai 2018].
- Knöpfel, Carlo (2018). „Warum sich die Sozialearbeit auch politisch engagieren sollte.“ Sozialpolitik und Soziale Arbeit. Redebeitrag Verleihung PrixSocial. Basel (20. März 2018).
- Köpl, Regina (2014). Propädeutikum Politikwissenschaft. Policy Cycle: Modell des Policy-Making. URL: <http://www.univie.ac.at/sowi-online/esowi/cp/propaedpowi/propaedpowi-11.html> [Zugriffsdatum: 05. Oktober 2017].
- Kotlenga, Sandra (2013). Gesellschaftliche Bedingungen und Rollen Sozialer Arbeit. Finanzierung und sozialpolitische Bedeutung Sozialer Arbeit im Widerspruch? In: SozialAktuell. 45. Jg. (5). S.18-20.
- KRISO – Forum für kritische Soziale Arbeit (o.J.). In: <https://www.kriso.ch> [Zugriffsdatum: 02. Juni 2018].
- Krüger, Rolf (2012). Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienpolitik – Einflussmöglichkeiten von pädagogischen Fachkräften. In: Stange, Waldemar/Krüger, Rolf/Henschel, Angelika/Schmitt, Christof (Hg.). Erziehungs- und Bildungspartnerschaften. Wiesbaden: Springer VS. S. 162-168.
- Kuckartz, Udo (2010). Einführung in die computergestützte Analyse von qualitativen Daten. 3. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.

- Kusche, Christoph/Krüger, Rolf (2011). Sozialarbeit muss sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen! In: Merten, Roland (Hg.). Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Opladen: Leske+Budrich. S.15-25.
- Langer, Andreas (2014). Professionelle Sozialmanager/innen als Politikakteure im Bereich sozialer Dienstleistungsstrukturen. In: Benz, Benjamin/Rieger, Günter/Schönig, Werner/Többe-Schukalla, Monika (Hg.). Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag. S. 90-105.
- Lichtsteiner, Hans/Gmür, Markus/Giroud, Charles/Schauer, Reinbert (2015). Das Freiburger Management-Modell für Nonprofit-Organisationen. 8. Aufl. Bern: Haupt Verlag.
- Lorenz, Walter (2006). Soziale Arbeit als angewandte Sozialpolitik – eine europäische Perspektive. In: Böllert, Karin/Hansbauer, Peter/Hasenjürg, Brigitte/Langenohl, Sabrina (Hg.). Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren. Sechster Bundeskongress Sozialer Arbeit. Wiesbaden: Springer VS. S. 261-271.
- Mathis, Christoph (2014). Implikation des politischen Mandats Sozialer Arbeit. „Auswirkungen eines politischen Mandats Sozialer Arbeit auf gesellschaftliche Subsysteme“. Unveröffentlichte Bachelorarbeit. Hochschule für Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz. Studium in Allgemeiner Sozialer Arbeit. Basel.
- Mayring, Philipp (2002). Forschungsperspektiven in der Sozialen Arbeit. 6. Aufl. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Mayring, Philipp/Fenzl, Thomas (2014). Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.) (2014) Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS. S.543-556.
- Mayring, Philipp (2015). Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. 12. Aufl. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Meyermann, Alexia/Gebel, Tobias/Liebig, Stefan (2014). Organisationsdaten. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.) (2014) Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS. S.959-972.
- Nikles, Bruno W. (2008). Institutionen und Organisationen der Sozialen Arbeit. München/Basel: Ernst Reinhardt Verlag.
- Ramsenthaler, Christina (2013). Was ist „Qualitative Inhaltsanalyse?“. In: Schnell, Martin/Schulz, Christian/Kolbe, Harald/Dunger, Christine(Hg.). Der Patient am Lebensende. Eine Qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden: Springer VS. S. 23-42.
- Rieger, Günter (2007). Politisierung als professionelle Herausforderung. In: Lallinger, Manfred/Rieger, Günter (Hg.). Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell. Hohenheimer Protokolle 64. Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. S. 85-109.

- Rieger, Günter (2010). Das Mandat für eine angewandte Sozialpolitik. Ein Wegweiser zu einer politischen Professionalisierung der Sozialen Arbeit. In: SozialAktuell. 41. Jg. (7/8). S.10-14.
- Rieger, Günter (2013). Das Politikfeld Sozialarbeitspolitik. In: Benz, Benjamin/Rieger, Günter/Schönig, Werner/Többe-Schukalla, Monika (Hg.). Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag. S. 54-70.
- Rieger, Günter (2014). Soziallobbying und Politikberatung. In: Benz, Benjamin/Rieger, Günter/Schönig, Werner/Többe-Schukalla, Monika (Hg.). Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden. Weinheim/Basel: Juventa Verlag. S. 329-350.
- Röh, Dieter (2006). Die Mandate der Sozialen Arbeit. In wessen Auftrag arbeiten wir? In: Soziale Arbeit. 55. Jg. (12). S. 442–449.
- Rudolf, Karsten/Zeller, Melanie (2001). Wie entsteht politisches Engagement? Das Nidderau-Projekt – eine empirische Wirkungsstudie zur politischen Bildung. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.
- Salheiser, Axel (2014). Natürliche Daten: Dokumente. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.) (2014) Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS. S.813-827.
- Salustowicz, Piotr (2006). Soziale Arbeit und Empowerment – einige kritische Bemerkungen zur Suche nach einer politischen Sozialen Arbeit. In: Böllert, Katrin/Hansbauer, Peter/Hasenjürgen, Brigitte/Langenohl, Sabrina (Hg.). Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren. Wiesbaden: Springer VS. S. 187-196.
- Schellberg, Franz (2014). Finanzierung in der Sozialwirtschaft. Kontraktformen. In: Arnold, Ulli/Grunwald, Klaus/Maelicke, Bernd (Hg.). Lehrbuch der Sozialwirtschaft. 4. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 224-269.
- Scherr, Albert (2011). Auf der Suche nach dem Politischen in der Sozialen Arbeit. Ein Vorschlag für eine differenzierende Debatte. In: Merten, Roland (Hg.). Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem stritten Thema. Opladen: Leske und Budrich. S. 101-119.
- Schmid, Walter (2011). Konflikträchtige Schnittmengen. Zum Verständnis von Sozialpolitik und Soziale Arbeit. In: SozialAktuell. 43. Jg. (6). S.19-21.
- Schmocker, Beat (2011). Notizen zur Geschichte der Sozialen Arbeit Schweiz. Eine Profession und Disziplin – Soziale Arbeit – und drei Berufsfelder – Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Soziokulturelle Animation. URL: http://www.avenirsocial.ch/cm_data/Notizen_zur_Geschichte_der_Sozialen_Arbeit_Schweiz.pdf [Zugriffsdatum: 11. Juni 2017].

- Schubert, Klaus/Klein, Martina (2011). Das Politiklexikon. Begriffe. Fakten. Zusammenhänge. 5. Aufl. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
- Schulze-Krüdener, Jörgen/Ternes, Julia (2011). Wer nichts tut, hat schon verloren. Öffentlichkeitsarbeit aus Sicht der Praxis. In: SozialAktuell. 42. Jg. (11). S.10-13.
- Seithe, Mechthild (2012). Schwarzbuch Soziale Arbeit. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Sieber, David (2018). Leben mit Rückschlägen: Wie sich dieser Basler zurückgekämpft hat. URL: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/leben-mit-rueckschlaegen-wie-sich-dieser-basler-zurueckgekaempft-hat-132806715> [Zugriffdatum: 17. Juli 2018].
- Sommerfeld, Peter (2013). Demokratie und Soziale Arbeit – Auf dem Weg zu einer selbstbewussten und autonomen Profession? In: Geisen, Thomas/Kessler, Fabian/Olk, Thomas/Schnurr, Stefan (Hg.) (2013) Soziale Arbeit und Demokratie. Wiesbaden: Springer VS. S.167-185.
- Stark, Christian (2007). Politisches Engagement in der Sozialarbeit – Ist die politische Sozialarbeit tot? Plädoyer für eine Re-Politisierung der Sozialarbeit. In: Lallinger, Manfred/Rieger, Günter (Hg.). Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell. Hohenheimer Protokolle 64. Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. S. 69-85.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007). Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft. Systemtheoretische Grundlagen und professionelle Praxis – Ein Lehrbuch. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt Verlag.
- Stocker, Monika (2010). Die Soziale Arbeit kann nicht anders als politisch sein. Die Erkenntnisse einer Sozialpolitikerin aus der Missbrauchsdebatte. In: SozialAktuell. 41. Jg. (7/8). S.18-20.
- Stövesand, Sabine (2014). Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen. In: Benz, Benjamin/Rieger, Günter/Schönig, Werner/Többe-Schukalla, Monika (Hg.). Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag. S. 22-42.
- Uebelhart, Beat (2011). Das Social-Impact-Modell (SIM) – vom sozialen Problem zur Wirkung. In: Fritze, Agnès/Maelicke, Bernd/Uebelhart, Beat (Hg.). Management und Systementwicklung in der Sozialen Arbeit. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 221-281.
- Wigger, Annegret (2010). Fachliche Professionalität, geringe politische Handlungskompetenz. Die politische Dimension der Sozialen Arbeit in Praxis und Ausbildung. In: SozialAktuell. 41. Jg. (7/8). S.15-17.
- Wirz, Felix (2009). Kommunikation und Interessensvertretung von NPO in der Politik. In: Verbands-Management (VM). 35. Jg. (3). S.42-49.

- Witzel, Andreas (1985). Das problemzentrierte Interview. In: Jüttemann, Gerd (Hg.). Qualitative Forschung in der Psychologie: Grundfragen, Verfahren, Anwendungsfelder. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag. S. 227-255.
- Wulf-Schnabel, Jan (2001). Reorganisation und Subjektivierung von Sozialer Arbeit. Wiesbaden: Springer VS.
- Wunderlich, Holger (2014). Lokale Familienpolitik und Soziale Arbeit. In: Benz, Benjamin/Rieger, Günter/Schönig, Werner/Többe-Schukalla, Monika (Hg.). Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag. S. 170-197.
- Vatter, Adrian (2014). Das politische System der Schweiz. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Von Winter, Thomas/Willems, Ulrich (2000). Die politische Repräsentation schwacher Interessen: Anmerkungen zum Stand und zu den Perspektiven der Forschung. In: Willems, Ulrich/Von Winter, Thomas (Hg.). Politische Repräsentation schwacher Interessen. Opladen: Leske und Budrich. S. 9-39.
- Zängl, Peter (2015). Organisation – Ansätze und Theorien sowie ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit. In: Merten, Ueli/Kaegi, Urs (Hg.). Kooperation kompakt. Professionelle Kooperation als Strukturmerkmal und Handlungsprinzip der Sozialen Arbeit. Opladen: Verlag Barbara Budrich. S. 89-118.

12 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Polity-Policy-Politics	8
Abbildung 1: Policy-Cycle	9

Anhang

Einverständniserklärung Organisationen

Name:

Institution:

Interviewerin: Alexandra Wälti

Masterarbeit: Master Soziale Arbeit, FHWN Olten

„Das politische Engagement von sozialen Organisationen“

Interviewdatum:

Ich bin damit einverstanden, dass das Interview mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet wird, dass diese Aufzeichnung von der Interviewerin abgeschrieben wird, und dass diese Transkription für den Forschungszweck der oben benannten Masterarbeit verwendet werden darf.

Voraussetzung für diese Zustimmung sind die folgenden Punkte, über die ich vor dem Interview informiert worden bin:

- Alle Angaben zu meiner Person, Organisation und anderen zu mir in Beziehung stehenden Personen, Orten und Organisationen werden aus dem Text entfernt. Das heisst, dass der Text vollständig anonymisiert wird.
- Die Originalaufnahme wird gelöscht, sobald die Abschrift fertiggestellt ist.
- Die Abschrift wird auf dem privaten Computer der Interviewerin gespeichert. Der Zugang ist passwortgeschützt. Die Interviewerin unterliegt der professionellen Schweigepflicht, darf also keine personenbezogenen Daten oder Informationen an Dritte weitergeben.

Diese Einverständniserklärung wird getrennt von der Abschrift des Interviews aus rechtlichen Gründen aufbewahrt. Die FHNW und die Interviewerin tragen dafür Sorge, dass sie keinem Dritten zugänglich ist.

Basel,

Name interviewte Person

Einverständniserklärung AvenirSocial

Name: Stéphane Beuchat
Institution: Co-Geschäftsleiter AvenirSocial
Interviewerin: Alexandra Wälti
Masterarbeit: Master Soziale Arbeit, FHWN Olten
„Das politische Engagement von sozialen Organisationen“
Interviewdatum: Mittwoch 20.06.2018

Ich bin damit einverstanden, dass das Interview mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet wird, dass diese Aufzeichnung von der Interviewerin abgeschrieben wird, und dass diese Transkription für den Forschungszweck der oben benannten Masterarbeit verwendet werden darf.

Voraussetzung für diese Zustimmung sind die folgenden Punkte, über die ich vor dem Interview informiert worden bin:

- Ich werde in meiner Expertenrolle namentlich und in meiner Funktion benannt.
- Die Abschrift wird auf dem privaten Computer der Interviewerin gespeichert. Der Zugang ist passwortgeschützt.
- Die Originalaufnahme wird gelöscht, sobald die Benotung der Arbeit vorliegt.
- Die Transkription wird nicht vollständig veröffentlicht. Die, in der oben benannten Masterarbeit, verwendeten Ausschnitte werden regelkonform zitiert und gekennzeichnet.

Bern, 20.06.2018

Stéphane Beuchat

Leitfaden problemzentrierte Interviews

Soziodemographische Daten

Name: Funktion:
 Ausbildung: Organisation:
 Bereich: Rechtsform:
 Trägerschaft: Kostenträger:
 MA-Anzahl:

- Einwilligungserklärung unterschreiben
- Danke für das Zusenden des Dokuments
- Zeitfenster definieren (ca. 45min.)
- Arbeit nach Abschluss digital zustellen?

Leitfrage / Erzählaufforderung	Check – wurde das erwähnt? Konkrete Frage	Akzent (Auf was zielt die Frage im Hintergrund ab?)	Aufrechterhaltungsfragen / Allgemeine Nachfrage
Erzähl mir doch bitte wie du die Rolle oder Funktion der Sozialen Arbeit im politischen Prozess siehst	<ul style="list-style-type: none"> - Wie sieht der politische Auftrag der Sozialen Arbeit deiner Meinung nach aus? - Wie schätzt du die aktuelle Stimme/Stellung der SA in der Politik ein? - An welchen Beobachtungen/Beispielen machst du dies fest? 	Bewusstsein und Interesse des politischen Auftrags der SA (<u>Allgemeine Ebene</u>) <ul style="list-style-type: none"> - Ausführende oder gestaltende Funktion? - Seismographen-Funktion (Wahrnehmung von sozialen Problemen)? - Ausgangslage geklärt: Hat die SA einen politischen Auftrag oder nicht? - Aktuelle Stellung der politischen SA 	<ul style="list-style-type: none"> - Kannst du das noch ein wenig mehr ausführen? - Wo siehst du dich darin? - Ist dieser Teil relevant für dich?
Wie trägt deiner Meinung nach, deine Organisation zur Linderung oder Lösung der Problemlage der Klientinnen und Klienten auf gesellschaftlicher Ebene bei?	<ul style="list-style-type: none"> - Wie sieht das politische Engagement eurer Organisation aus? - Konkrete Methoden Aufzählung: <ol style="list-style-type: none"> 1. P. Implementation (Umsetzung, Reflexion, Spielräume) 2. P. Beratung (Agendasetting, Skandalisieren, Formulierungen) 3. P. Bildung (Empowerment Klienten) 4. Lobbying (Kontakt zur Politik, Öffentlichkeitsarbeit, Präsenz zeigen, Lösungen anbieten) 5. Kommissionen, Gremien, Unterstützung Referenden, Monitoring, usw. - Wer ist deiner Meinung nach zuständig für die Interessenvertretung der Klientinnen und Klienten? - Ist deine Organisation Mitglied eines Verbandes? 	Konkrete Methoden für das politische Engagement (<u>Wirkungsebene</u>) <ul style="list-style-type: none"> - Wirkung auf der gesellschaftlichen Ebene - Politisches Engagement (was wird benannt) - Konkrete Methoden (was wird gemacht) - Verbandsmitgliedschaft - Zuständigkeit Interessenvertretung 	<ul style="list-style-type: none"> - Gibt es noch andere Beispiele/Aspekte? - Kannst du mir das noch genauer beschreiben/ausführen? - Was denkst du darüber? - Was ist dein bestreben? - Fällt dir noch was ein?

<p>Wie sieht die Diskussion betreffend des politischen Engagements bei euch in der Organisation intern aus?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Wie kommen „politische“ Positionierungen in eurer Organisation intern zustande? - Wer ist konkret dafür zuständig? - Sind die nötigen Kompetenzen, Fähigkeiten und Ressourcen vorhanden? 	<p>Kompetenzen / Zuständigkeiten / Ressourcen (<u>Organisation intern</u>)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Interne Zuständigkeiten der politischen Positionierung (Verantwortlichkeit) - Kompetenzen (Mitsprache- und Entscheidungsrecht), Fähigkeiten (Bewusstsein, Interessen, politisches Wissen) und Ressourcen (Zeit, Geld, usw.) 	<ul style="list-style-type: none"> - Wie ist das für dich? - Wie fühlt sich das für dich an? - Gibt es noch weitere Aspekte?
<p>Was denkst du, würde passieren, wenn sich deine Organisation stark politisch engagieren würde?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Was wäre dein Antrieb für eine Positionierung? - Was wären deine Befürchtungen bei einer Positionierung deiner Organisation? - Welche Auswirkungen auf das Verhältnis zum Kostenträger (Trägerschaft) könntest du dir vorstellen? 	<p>Entpolitisierung / Entprofessionalisierung (<u>Befürchtungen und Motivation bei politischem Engagement</u>)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erklärungen zur schwachen Stimme der SA - Einfluss des Kostenträgers / Trägerschaft 	
<p>Wie schätzt du die aktuelle politische Situation für die Soziale Arbeit ein?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Inwiefern verändern sich die Rahmenbedingungen für deine Organisation? - Wie schätzt du den Wettbewerb unter den Organisationen ein? 	<p>Umgang mit dem sich verhärtenden Klima / Sozialabbau / Neoliberalismus / Ökonomisierung und Privatisierung der SA (<u>Kontext und Zusammenhang des politischen Engagements der Organisation</u>)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wahrnehmung veränderte/verschärfte Rahmenbedingungen - Entsolidarisierung unter den Organisationen (Wettbewerb) 	
<p>Haben wir etwas vergesse, dass du noch gerne ansprechen würdest?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Was ist dein persönliches Fazit aus diesem Gespräch? 	<p><u>Fazit</u> des Gesprächs und Ausblick (Abschluss – Prinzip der Offenheit)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Was denkst du darüber? - Kannst du das noch ein wenig mehr ausführen? - Wo siehst du dich darin? - Wie wäre das für dich?

Leitfaden Experteninterview

Soziodemographische Daten

Name: Stéphane Beuchat Funktion: Co-Geschäftsleiter
 Ausbildung: Organisation: AvenirSocial
 Rechtsform: Verein Finanzierung:
 Anzahl Mitglieder: Anzahl Mitarbeitende:

- Einwilligungserklärung unterschreiben
- Keine Anonymisierung, ok?
- Zeitfenster definieren (ca. 45min.)
- Arbeit nach Abschluss digital zustellen?

Leitfrage	Check – wurde das erwähnt? Konkrete Frage	Akzent (Auf was zielt die Frage im Hintergrund ab?)	Nachfragen
<p>Wie letzte Woche an der ersten Nationalen Fachtagung von AvenirSocial zum Thema „Soziale Arbeit und Politik“ mehrfach erwähnt wurde, sind sich die meisten Professionellen einig, dass die Soziale Arbeit einen politischen Auftrag hat und es nun um die Diskussionen über das „wie“ geht.</p> <p>Wie sieht deiner Meinung nach das „wie“ des politischen Auftrages/Engagements der Sozialen Arbeit aus?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Welche Bedeutung kommt deiner Meinung nach dem politischen Engagement in Sozialen Organisationen zu? - Wie schätzt du die aktuelle Stimme/Stellung der SA in der Politik ein? - Ist diese Haltung (pro politischer Auftrag) auch in den sozialen Organisationen vorhanden? Respektive ist ein Bewusstsein vorhanden? (Selbstverständnis) - Wer ist deiner Meinung nach Zuständig für die Interessenvertretung der Klientinnen und Klienten? 	<p>Bewusstsein und Interesse des politischen Auftrags der SA (<u>Allgemeine Ebene</u>)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausgangslage geklärt: Die SA hat einen politischen Auftrag/Funktion - Wie soll/sieht das politischen Engagement der Sozialen Arbeit aus? - Welche Bedeutung hat das politische Engagement? - Aktuelle Stellung der SA in der Politik - Bewusstsein für politischen Auftrag in den Organisationen / Selbstverständnis - Zuständigkeit Interessenvertretung 	<ul style="list-style-type: none"> - Direkte Nachfrage - Spezifizierung: W-Fragen - Exemplifizierung: Beispiel - Vergewisserung: Richtig verstanden - Indirekte Nachfrage: Wie denken sie, würde...
<p>Welche konkreten Methoden werden von den Organisationen gewählt?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Konkrete Methoden Aufzählung: <ol style="list-style-type: none"> 1. P. Implementation (Umsetzung, Reflexion, Spielräume) 2. P. Beratung (Agendasetting, Skandalisieren, Formulierungen) 3. P. Bildung (Empowerment Klienten) 4. Lobbying (Kontakt zur Politik, Öffentlichkeitsarbeit, Präsenz zeigen, Lösungen anbieten) 5. Kommissionen, Gremien, Unterstützung Referenden, Monitoring, usw. - Welche Methode ist deiner Meinung nach für soziale Organisationen besonders zielführend? (Policy-Cycle: Problemdefinition/Agenda Set- 	<p>Konkrete Methoden für das politische Engagement (<u>Wirkungsebene</u>)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Konkrete Methoden (was wird gemacht) (4 Dimensionen nach Rieger) - Welche Methode ist zielführend? (Policy-Cycle) - Verbände (Akteursform) 	<ul style="list-style-type: none"> - Direkte Nachfrage - Spezifizierung: W-Fragen - Exemplifizierung: Beispiel - Vergewisserung: Richtig verstanden - Indirekte Nachfrage: Wie denken sie, würde...

	<p>ting/Politikformulierung/Implementatin/Evaluation)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sind viele Organisationen der Sozialen Arbeit Verbänden angeschlossen? Sind Verbände politisch aktiv? Geben Organisationen die politische Arbeit an die Verbände ab? 		
<p>Wie sieht das politische Engagement von AvenirSocial aus? Liegt der Hauptfokus von AvenirSocial auf der Berufs- oder Professionspolitik?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Wieso zählt der Berufsverband AvenirSocial nicht mehr Mitglieder? - Wie kommen die Positionierungen von AvenirSocial intern zu Stande? - Auf welcher Ebene (Gemeinde, Kanton, Bund) ist der Einfluss von AvenirSocial am grössten? 	<p>Berufsverband (<u>AvenirSocial</u>)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Berufs- oder Professionspolitisch - Gründe für Mitgliederzahlen - Mikropolitik AvenirSocial - Einfluss Ebene 	
<p>Kannst du etwas zu den mikropolitischen Vorgängen in sozialen Organisationen sagen?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Wie kommen „politische“ Positionierungen einer Organisation intern zu Stande? - Wer ist konkret in der Organisation dafür zuständig? - Sind die nötigen Kompetenzen, Fähigkeiten und Ressourcen vorhanden? - Wie relevant ist die explizite Verankerung des politischen Auftrages der Organisationen in ihren Grundlagendokumenten (z.B. Leitbild)? 	<p>Kompetenzen / Zuständigkeiten / Ressourcen (<u>Organisation intern</u>)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mikropolitische Prozesse zur Positionierung - Interne Zuständigkeiten der politischen Positionierung (Verantwortlichkeit) - Kompetenzen (Mitsprache- und Entscheidungsrecht) - Fähigkeiten (Bewusstsein, Interessen, politisches Wissen) - Ressourcen (Zeit, Geld, usw.) - Verankerung Grundlagendokumente 	<ul style="list-style-type: none"> - Direkte Nachfrage - Spezifizierung: W-Fragen - Exemplifizierung: Beispiel - Vergewisserung: Richtig verstanden - Indirekte Nachfrage: Wie denken sie, würde...
<p>Meine Hypothese lautet: „Der Träger und/oder Kostenträger einer sozialen Organisation hat Einfluss auf das politische Engagement der Organisation.“</p> <p>Welche Rolle kommt der Trägerschaft, respektive den Kostenträgern beim politischen Engagement von sozialen Organisationen zu?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - In der Literatur wird die Hypothese gestützt, dass soziale Organisationen mit einem staatlichen Träger / Kostenträger Angst vor Kürzungen haben, wenn sie sich Positionieren. Was sieht es deiner Meinung nach in der Praxis der Sozialen Arbeit aus? - Was sind Gründe für das „schwache“ politische Engagement von sozialen Organisationen? - Was sind die Befürchtungen bei einer politischen Positionierung? - Was ist der Antrieb für eine politische Positionierung? - Was sind die Gründe 	<p>Entpolitisierung / Entprofessionalisierung (<u>Befürchtungen und Motivation bei politischem Engagement</u>)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einfluss des Kostenträgers / Trägerschaft - Erklärungen zur schwachen Stimme der SA - Befürchtungen bei Positionierung - Motivation/Antrieb für Positionierung - Staatliche Organisationen sind entpolitisiert → Spannungsviereck der Mandate (Hilfe, Kontrolle, Profession, Organisation) 	<ul style="list-style-type: none"> - Direkte Nachfrage - Spezifizierung: W-Fragen - Exemplifizierung: Beispiel - Vergewisserung: Richtig verstanden - Indirekte Nachfrage: Wie denken sie, würde...

	dafür, dass z.B. ein staatlicher Sozialdienst keine politische Position beziehen darf? (Beispiel: Unterschriftensammeln verboten)		
Führen die Sparmassnahmen / Sozialabbau/ NPM/ usw. paradoxerweise zu einer Entpolitisierung der Sozialen Arbeit? (Angst vor Kürzungen)	<ul style="list-style-type: none"> - Wieso handelt sie nicht vermehrt politisch im Zuge der sich verändernden Rahmenbedingungen? / Wieso skandalisieren soziale Organisationen z.B. den Sozialabbau nicht mehr? - Ohne politisches Engagement = stille Zusage der Sozialen Arbeit zu den Veränderungen (Implementation) (Systemkritisch oder sich fügen) - Haben die sozialen Organisationen eine Verantwortung zur politischen Positionierung? - Ist eine Entsolidarisierung (Wettbewerb) unter den Organisationen der Sozialen Arbeit spürbar? - Hypothese: Die Mandate „Kontrolle“ und „Organisation“ werden immer stärker, die Mandate „Hilfe“ und „Profession“ immer kleiner → stimmt das? 	Umgang mit dem sich verhärtenden Klima / Sozialabbau / Neoliberalismus / Ökonomisierung und Privatisierung der SA <u>(Kontext und Zusammenhang des politischen Engagements der Organisation)</u> <ul style="list-style-type: none"> - Entpolitisierung - Skandalisierung - Stille Zusage - Verantwortung für die Positionierung - Entsolidarisierung / Wettbewerb - 4 Mandate 	<ul style="list-style-type: none"> - Direkte Nachfrage - Spezifizierung: W-Fragen - Exemplifizierung: Beispiel - Vergewisserung: Richtig verstanden - Indirekte Nachfrage: Wie denken sie, würde...
Welchen Wunsch hat der Berufsverband AvenirSocial an die Organisation der Sozialen Arbeit?	<ul style="list-style-type: none"> - Was soll verstärkt gemacht werden? - Was fehlt? - Wo siehst du die Lösungs-/ Ansatzpunkte für die Repolitisierung der Sozialen Arbeit? (z.B. Ausbildungsstätten) 		<ul style="list-style-type: none"> - Direkte Nachfrage - Spezifizierung: W-Fragen - Exemplifizierung: Beispiel - Vergewisserung: Richtig verstanden - Indirekte Nachfrage: Wie denken sie, würde...
Ist aus deiner Sicht eine wichtige Frage nicht gestellt oder offen geblieben?	Ist dir während dem Interview ein offener Punkt aufgefallen? Möchtest du noch Aspekte hinzufügen, welche für dieses Thema von Relevanz sind?	Resümee (Abschluss – Prinzip der Offenheit)	

Transkriptionsregeln

Die Interviews wurden in Schweizerdeutsch geführt und in Hochdeutsch, im Programm f4/5, transkribiert. Es wurde folgenden Transkriptionsregeln, in Anlehnungen an Kallmeyer und Schütze (vgl. Kuckartz 2010: 45), sowie nach Kuckartz (vgl. ebd.: 43f.), mit eigenen Ergänzungen, gefolgt:

- Es wird wörtlich transkribiert, also nicht lautsprachlich oder zusammenfassend. Vorhandene Dialekte werden nicht mit transkribiert
- Die Sprache und Interpunktion wird leicht geglättet, d.h. an das Schriftdeutsch angenähert.
- Alle Angaben, die einen Rückschluss auf eine befragte Person in den problemzentrierten Interviews erlauben, werden anonymisiert.

I:	= Interviewerin
IP:	= Interviewte Person
(,)	= ganz kurzes Absetzen einer Äusserung
..	= kurze Pause
...	= mittlere Pause
(Pause)	= lange Pause
(ähm)/ (mhm)	= Pausenfüller, Rezeptionssignal
(.)	= Senken der Stimme
(-)	= Stimme in der Schwebelage
(')	= Heben der Stimme
(?)	= Frageintonation
()	= Formulierungshemmung, Drucksens
(k)	= markierte Korrektur
sicher	= auffällige Betonung
s i c h e r	= gedehnt
(lacht)	= Charakterisierung von nichtsprachlichen Vorgängen
&	= auffällig schneller Anschluss
(uv)	= unverständlich
[]	= gleichzeitiges Sprechen, mit Kennzeichnung des Einsetzens

Exemplarische Transkriptionsauszüge

Aus Gründen des Datenschutzes und Zwecks des Erhalts einer Übersichtlichkeit werden keine vollständigen Transkriptionen aufgeführt.

Exemplarischer Transkriptionsausschnitt Interview Organisation A:

I: Und konntet ihr in diesem konkreten Fall etwas aktiv machen? Habt ihr lobbyiert?

IP: Nein, das haben wir nicht. Aber wenn ich jemanden kennen würde. **Dann** würde ich es auch sicher machen (versuchen?).

I: Sehr spannend.

IP: Und allgemein habe ich das Gefühl (atmet ein und aus). (Mhm) also ich glaube eh, es ist eine Tendenz, dass es schwieriger wird für die Soziale Arbeit, weil es doch auch so aussieht, dass regierungsmässig alles ein wenig nach rechts rutscht und dies ist für die Soziale Arbeit normalerweise nicht so (lacht) von Vorteil. Weiss nicht ob es dann unbedingt einfacher wird.

I: Ich habe jetzt gerade noch gesehen, dass euer Kostenträger <Name Kostenträger> noch andere solche <Angebote> unterstützt. Wie ist das untereinander? Wie nimmst du das unter den <Angeboten> wahr?

IP: Also wie meinst du das, wie ist es untereinander? Welche Aspekte?

I: Tauscht ihr euch aus? Meldet ihr zurück was gut und was nicht gut läuft?

IP: (Ah) ja, also wir <Angebote> sprechen uns untereinander ab. Bis jetzt konnten wir uns auch schweizweit treffen. Also seit es die <Angebote> gibt. Dies ist ca. 20 oder 25 Jahre, seit es <Angebote> schweizweit gibt. Und diese konnten sich bis jetzt **treffen**, weil es eine Koordinationsstelle dafür gab. Und das SECO hat diese nun abgeschafft. Also dies stimmt so nicht (-). Sie haben gesagt, dass sie dies nicht mehr finanzieren und haben die Verantwortung den Kantonen abgegeben. Und (,) die Kantone haben dann gesagt: ja (,) ihr könnt euch ja schon irgendwie treffen, aber wir finanzieren kein solche Koordinationsstelle. Und an dieser Koordinationsstelle wurden eben bisher (ˆ) auch solche wirklich tolle eintägige Weiterbildungen angeboten. Und das bedeutet auch, dass man sich nicht mehr schweizweit trifft und man sich auch nicht mehr gleich austauschen kann (.). Man hat kein direktes Bindeglied mehr zum SECO. Was eigentlich sehr wichtig gewesen ist. (,) ja und das hat einen grossen, nicht gerade **Aufstand**, aber Aufruhr gegeben, dass es das nicht mehr gibt und es nicht mehr finanziert wird. Die Person die die Koordination gemacht hat, hat es einfach **sehr** gut gemacht und hat die Anliegen sehr gut beim SECO vertreten.

I: Und was ist die Begründung vom SECO für diese Kürzung?

IP: Sie haben gefunden (,) ja, es brauche es n i c h t wirklich. So. Also es braucht es nicht auf nationaler Ebene. So.

Exemplarischer Transkriptionsausschnitt Interview Organisation B:

I: Also auch ein persönliches Engagement von euren Mitarbeitenden.

IP: **Nur.**

I: Ok. Und wenn du jetzt so die Rahmenbedingung ansprichst und du weisst, dass sich da was verändert. Versucht ihr als Organisation denn etwas an diesen Rahmenbedingungen zu ändern?

IP: Nicht an den Rahmenbedingungen. Da merken wir, da sind uns so total die Hände gebunden. Allen im politischen System, bis du **da** ein Gespräch bekommst. Jetzt sind wir im Baselland dran, das dauert nun schon zwei Jahren. Wir merken, es wird im Landrat abgestimmt und dann geht es weiter und dann versackt es im politischen System. Da geht gar nichts. Unsere Leute können im Baselland nicht mehr <Tätigkeit der Organisation> früher durften sie, dann hiess es von einem Tag auf den Anderen nicht mehr. Sie sind rausgefallen die Leute und in eine riesen Krise gestürzt (ähm) (,) und die können jetzt seit Jahren nicht mehr teilnehmen und es gibt keinen Diskurs. Wir können mit politischen Leuten (u) (abwartend - Lärm von Aussen). Entschuldigung. Wir können mit (k) wir haben im Vorstand politische Vertreter, selbst wenn sie das Gespräch suchen, selbst da geht es nicht weiter. Es funktioniert einfach nicht, es geht einfach nicht weiter. Wenn die Rahmenbedingungen von politischer Seite ganz **klar** (,) dann will man nicht mehr Unterstützung, in Baselland schon zweimal nicht. Dann sind uns total die Hände gebunden.

I: Aber das heisst ihr würdet euch eigentlich politisch Positionieren und ihr würdet eigentlich Einstehen für eure Klienten.

IP: (Ähm) theoretisch schon, wenn es möglich wäre auf dieser politischen, kantonalen Ebene möglich wäre, würde wir sehr viel mehr machen.

I: Ja. Also konkret als [Methode].

IP: Das möchte ich noch sagen. Wir haben wie beides. Einerseits wollen wir dran sein im Rahmen für unsere <spezifische Klienten Bezeichnung>, da geht es um Bewilligungen. Weil die brauchen ja immer eine bezahlte Arbeitsbewilligung. Und wenn wir sie nicht bekommen, dann fangen unsere Gespräche an und dann müssen wir irgendwie über unseren Vorstand, der macht sogar (k) wir waren **sogar** bis Simonetta Sommaruga. Um zu schau, ob es eine Sonderbewilligung gibt. Wie es für Sexarbeiterinnen fast eine Sonderbewilligung gibt. Dass wir das Engagement von den Leuten (,) es wie honorieren. Dass sie weniger eingeschränkt werden durch die Freibeträge. Dass wir da wie die Möglichkeit bekommen um die Eigenverantwortung der Betroffenen zu unterstützen & aber wir haben gemerkt (,) es gab Gespräch, aber die sind dann immer wieder versandet. Simonetta Sommaruga hat es inhaltlich begrüsst (-) und dann hat man gemerkt () inhaltlich gibt es trotzdem zum Teil ein „nicht verstehen wollen“. Es waren verschiedene Strapazen.

Exemplarischer Transkriptionsausschnitt Experteninterview:

I: Also so die Individualisierung von Problemlagen, sondern auf der gesellschaftlichen Ebene.

IP: **Genau.** Und das können wir zu wenig. Dieses Bewusstsein ist nicht vorhanden. Würde ich aber erwarten (.). Diese Erwartung habe ich aber nicht nur an Sozialarbeiter, sondern an jeden Weltenbürger (lacht). Ist nichts Spezielles das wir können sollten und andere nicht.

I: Sehr spannende Aussage. Weiss noch nicht genau was ich mit dieser Aussage mache. Aber sehr spannend .. Du hast es bereits angesprochen, dass du eben dies genau differenzieren würdest. Wer quasi die Temperaturmessung, dieses Wissen, dass wir als Sozialarbeitende haben an die Öffentlichkeit bringen.

IP: Die Übersetzung leistet.

I: Genau. Somit sind wir eigentlich schon bei den konkreten Methoden, welche mich interessieren. Nicht von AvenirSocial im Konkreten. Dazu kommen wir später noch. Sondern mehr was die Organisationen machen. Also, wie bringen sie das zum Beispiel zur Sprache, wenn sie merken, dass da etwas nicht gut läuft?

IP: Ja (ähm) wenn ich mich jetzt hineinversetzte in einen .. **Heimleiter** oder so was. Im besten Fall kontaktiert er eine Stadt- oder Kantonsrätin und erzählt von seiner Ausgangslage oder bringt sich in Gemeindeverbänden ein oder in Heimverbänden, o d e r (atmet ein). Bei Curaviva oder Insos. Obwohl diese manchmal auch andere Ziele verfolgen (lacht). Weil sie Arbeitgeber sind.

I: (lacht) Ja.

IP: Das wird vermutlich oft g e w ä h l t. Konkrete (,) Instrumente welche politisch etwas verändern, im Sinn von Postulat einreichen oder so machen die wenigsten, weil (,) das Knowhow fehlt oder das macht dann ein Politiker den sie kennen. Und vielleicht wenn es dann ganz arg wäre, was eigentlich gut wäre, dann gehen sie vor eine Ratsdebatte, vor den Kantonsrat-Eingang und machen lautstark auf sich aufmerksam oder schreiben einen Brief an die zuständigen Damen und Herren, die politische (,) Veränderungsmacht haben. That's it. Vielmehr haben sie dann nicht. Oder mache (k) nehme ich nicht wahr. Es gebe vielleicht schon noch was anderes.

I: Ok. Spannend. (Ähm) das sind also die Methoden die deiner Meinung nach zielführend sind?

IP: Nein (lacht).

Kodierschema

Kategorie aus dem Leitfaden und dem Material	Unterkategorie
Allgemeine-Ebene Das Bewusstsein für die politische Soziale Arbeit	Aktuelle Stellung der Sozialen Arbeit in der Politik (ausführend oder gestaltend)
	Seismographen-Funktion (Wahrnehmung von sozialen Problemen)
	Das Bewusstsein für den politischen Auftrag
Wirkungs-Ebene Konkrete Methoden	Politisches Engagement der Organisation
	Konkrete Methoden
	„Uns sind die Hände gebunden“
	„Ziviler Ungehorsam“
	Zuständigkeit und Delegation der anwaltschaftlichen Interessenvertretung
	Verbandsarbeit
	„Ziviler Ungehorsam“
AvenirSocial	„Plattformen“
	Wünsche und Empfehlungen von AvenirSocial
Mikropolitische-Ebene Zustände kommen der politischen Positionierungen innerhalb der Organisation	Interne Zuständigkeit für das politischen Engagements
	Fähigkeiten der Führungspersonen für ein politisches Engagement
	Ressourcen
	Verankerung des politischen Auftrags in den Grundlegendendokumenten
Entprofessionalisierungs-Ebene Befürchtungen der Organisation bei politischem Engagement	Abhängigkeitsbeziehungen
	Befürchtung bei einer politischen Positionierung
	Unterschied staatliche und freie Kostenträgerschaft
Kontext-Ebene Kontext des politischen Engagements von sozialen Organisationen	Die Wahrnehmung der Veränderung der Rahmenbedingungen (Verhärtung Klima)
	„Sozialabbau“
	Wettbewerb und Entsolidarisierung

Exemplarische Auswertungsauszüge

Aus Gründen des Datenschutzes und Zwecks des Erhalts der Übersichtlichkeit wird keine vollständige Auswertungskategorie aufgeführt.

Exemplarische Auswertung A

Kategorie aus Leitfaden	Unterkategorie aus Leitfaden und Datenmat.	Dokumenten- und Interviewpassagen	Paraphrasierung	Generalisierung
<p>Mikropolitische-Ebene</p> <p>Zustände kommen der politischen Positionierungen innerhalb der Organisation</p>	Fähigkeiten	<p>Nein. Nein. Überhaupt nicht. Denn ich beschäftige mich sehr wenig mit so politischen Strukturen. Und (.) und es ist auch nicht Teil vom Profil von dieser Stelle, so. Das heisst ich beschäftige mich auch nicht aktiv damit. Es ist auch kein Teil, über den ich regelmässig nachdenke, denn es ist auch nicht mein Auftrag so. (A, 174-177)</p> <p>Nein ich würde es mir nicht so zutrauen. Nein. Dann würde ich es noch eher ein, zwei Leuten im Vorstand zutrauen. (A, 182-184)</p>	<p>Die Leitungsperson schreibt sich selbst die Fähigkeiten nicht zu.</p> <p>Beschäftigt sich wenig mit politischen Strukturen.</p> <p>Geschäftsleitung weiss darauf hin, dass es nicht im Stellenprofil ist und kein Auftrag dazu besteht. Daher keine aktive Beschäftigung damit.</p> <p>Selber nicht zutrauen.</p> <p>Zuschreibung der Fähigkeit an Vorstand.</p>	<p>Kein Zutrauen der Fähigkeiten der Leitungsperson.</p> <p>Geringe Auseinandersetzung mit politischen Strukturen.</p> <p>Stellenprofil fordert dies nicht. Es ist kein Auftrag. Keine aktive Beschäftigung.</p> <p>Keine Zuschreibung der Fähigkeit.</p> <p>Fähigkeiten im Vorstand.</p>

Exemplarische Auswertung B

Kategorie aus Leitfaden	Unterkategorie aus Leitfaden und Datenmat.	Dokumenten- und Interviewpassagen	Paraphrasierung	Generalisierung
Wirkungs-Ebene Konkrete Methoden	Ohnmacht „Uns sind die Hände gebunden“	<p>Da merken wir, da sind uns so total die Hände gebunden. (B, 88-89)</p> <p>Wir merken, es wird im Landrat abgestimmt und dann geht es weiter und dann versackt es im politischen System. Da geht gar nichts. (B, 90-91)</p> <p>Und die können jetzt seit Jahren nicht mehr teilnehmen und es gibt keinen Diskurs. (B, 94-95)</p> <p>Wir haben im Vorstand politische Vertreter, selbst wenn sie das Gespräch suchen, selbst da geht es nicht weiter. Es funktioniert einfach nicht, es geht einfach nicht weiter. (B, 96-98)</p> <p>Da sind uns total die Hände gebunden. (B, 100)</p> <p>Es gab Gespräch, aber die sind dann immer wieder versandet. Simonetta Somaruga hat es inhaltlich begrüsst (-) und dann hat man gemerkt (,) inhaltlich gibt es trotzdem zum teil ein nicht verstehen wollen. Es waren verschiedene Strapazen. (B, 120-122)</p> <p>Allein im politisch System, bis du da ein Gespräch bekommst. (B, 89)</p>	<p>Da sind uns total die Hände gebunden.</p> <p>Es wird abgestimmt, dann versackt es im politischen System. Da geht gar nichts.</p> <p>Es gibt keinen Diskurs.</p> <p>Politische Vertreter im Vorstand suchen das Gespräch, aber es geht nicht weiter.</p> <p>Die Hände sind total gebunden.</p> <p>Gespräche sind versandet. Bundesrat hat es inhaltlich begrüsst, aber es gibt ein nicht verstehen wollen.</p> <p>Es waren verschiedene Strapazen.</p> <p>Es ist anstrengend ein Gespräch zu bekommen im politischen System.</p>	<p>„(...) da sind uns total die Hände gebunden.“</p> <p>Es versackt im politischen System. Stillstand.</p> <p>Diskurs fehlt.</p> <p>Stillstand, auch über politische Vertreter.</p> <p>„Da sind uns total die Hände gebunden.“</p> <p>Gespräche führen nicht weiter. Es gibt ein nicht verstehen wollen.</p> <p>Strapazen.</p> <p>Aufwand ein Gespräch zu bekommen.</p>

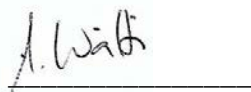
Exemplarische Auswertung E

Kategorie aus Leitfaden	Unterkategorie aus Leitfaden und Datenmat.	Dokumenten- und Interviewpassagen	Paraphrasierung	Generalisierung
Wirkungs-Ebene Konkrete Methoden	„Ziviler Ungehorsam“	<p>Dann kann man dort noch lange Briefe schreiben und so. Dann bringt das in diesen Fällen wenig bis nichts (schmunzelt). Ausser ein bisschen Sensibilisierung und H a I l o wir sind denn auch noch da. Deshalb kann man dort ruhig ein bisschen radikalere Methoden greifen. Aber dazu fehlt dann oftmals (...) (mhm) der Mut (lacht). Ja. (E, 344-347)</p> <p>Man muss ja nicht immer zu viel Fragen was man darf und was nicht. Einfach machen. (E, 625)</p> <p>Nein, da wäre eigentlich kein Spielraum. Das Gesetz sagt - aber wo kein Kläger, kein Urteil. (E, 640-641)</p> <p>Das ist ziviler Ungehorsam, das ist gesund. Ohne zivilen Ungehorsam kommt der Staat als Ganzes nicht weiter. Oder (,) oder zu wenig zivilen Ungehorsam hat zu (..) zu schlechten Sachen in der Geschichte geführt. (E, 656-662)</p>	<p>Briefe schreiben ist nicht zielführend.</p> <p>Radikalere Methoden als zielführender erachtet, aber dazu fehlt der Mut.</p> <p>Nicht zu viel Fragen, einfach machen.</p> <p>Das Gesetz gibt nicht immer Spielraum – aber wo kein Kläger, da kein Richter.</p> <p>Ziviler Ungehorsam ist gesund.</p> <p>Durch zivilen Ungehorsam den Staat als ganzes weiterbringen.</p> <p>Zu wenig ziviler Ungehorsam kann zu schlechtem führen.</p>	<p>Standardmethoden teilweise nicht zielführend.</p> <p>Radikalere Methoden als zielführender erachtet. Mut dazu fehlt.</p> <p>Einfach machen.</p> <p>Wo kein Kläger, da kein Richter.</p> <p>Ziviler Ungehorsam ist gesund.</p> <p>Den Staat weiterbringen durch zivilen Ungehorsam.</p> <p>Ziviler Ungehorsam erfüllt eine wichtige Aufgabe.</p>

Ehrenwörtliche Erklärung

Hiermit erkläre ich ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig und ohne unerlaubte Hilfe sowie nur unter Nutzung der angegebenen Literatur verfasst habe.

Basel, 25.07.2018



Alexandra Wälti